

BENJAMIN ZIEMANN

Der Januarstreik 1918 – eine Generalprobe der Novemberrevolution?

Erster Teil

Der Januarstreik 1918 ist ein wichtiges Kapitel der politischen und sozialen Entwicklung des deutschen Kaiserreichs im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1933 ist er in Teilnehmerzahl und regionaler Verbreitung nur mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920 vergleichbar. Als die größte soziale und politische Massenbewegung während des Weltkriegs gewinnt er seine Bedeutung auch als Teil der Vorgeschichte der Revolution von 1918/19, wie etwa das ebenso berühmte wie viel zitierte Diktum des Historikers Arthur Rosenberg verdeutlicht, der Streik sei die »Generalprobe für die Novemberrevolution« gewesen. Aber auch in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie an der Wende vom Kaiserreich zur Republik kommt dem Januarstreik Bedeutung zu, nicht zuletzt mit Blick auf die Frage, ob er als eine Niederlage der Mehrheitssozialdemokratie zu verstehen sei.

Angesichts dieser auf den ersten Blick erkennbaren historischen Relevanz des Januarstreiks ist der Forschungsstand nur als äußerst dürftig zu bezeichnen. Zwar sind seit den 1960er-Jahren eine ganze Reihe von Lokal- und Regionalstudien entstanden, teils in Aufsatzform, teils als Bestandteil von monografischen Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einzelnen Städten und Regionen.¹ Aber gerade

1 Die beste Lokalstudie ist *Bernhard Grau*, Der Januarstreik 1918 in München, in: *Georg Jenal* (Hrsg.), *Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neuere und Neuesten Zeit. Festgabe für Friedrich Prinz zu seinem 65. Geburtstag*, München 1993, S. 277–300; vgl. *Werner Boldt*, Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 25, 1965, S. 5–42; *Volker Ullrich*, Der Januarstreik 1918 in Hamburg, Kiel und Bremen. Eine vergleichende Studie zur Geschichte der Streikbewegungen im Ersten Weltkrieg, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 71, 1985, S. 45–74, wiederabgedr. in: *ders.*, *Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Bremen 1999, S. 109–157; *Klaus-Dieter Schwarz*, *Weltkrieg und Revolution in Nürnberg*. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971, S. 236–250; *Jörg Berlin*, *Die Arbeiterbewegung in den Küstenstädten der Nordsee zwischen Ems und Elbe vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zum Ausbruch der Revolution 1918/19*, Hamburg 1981, S. 449–480; *Manfred Faust*, *Sozialer Burgfrieden im Ersten Weltkrieg. Sozialistische und christliche Arbeiterbewegung in Köln, Essen* 1992, S. 125–133. Die Beiträge in *Chaja Boebel/Lothar Wentzel* (Hrsg.), *Streiken gegen den Krieg! Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918*, Hamburg 2015 (zuerst 2008), sind zumeist Kurzfassungen bereits vorher veröffentlichter Forschungen. Immer noch grundlegend zu Streiks im Ersten Weltkrieg sind: *Friedhelm Boll*, *Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914–1918. Das Beispiel Braunschweig*, in: *Afs* 17, 1977, S. 337–366; *Gerald D. Feldman/Eberhard Kolb/Reinhard Rürup*, *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920)*, in: *PVS* 13, 1972, S. 84–105. Für wichtige Hinweise danke ich Lutz Budrass, Stefan Heinz, Andreas Lemke, Christian Marx, Dieter Nelles, Nicolas Offenstadt, Anna Ross und Christian Westerhoff, für ihre Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der benutzten Archive, vor allem Anja Grothe und Robert Gahde, für zuverlässige technische Unterstützung Hendrik Olschewski. Für die Unterstützung meiner Forschungen zur Arbeiter-

zum Zentrum des Streiks in der Reichshauptstadt Berlin liegen nur ganz vereinzelt substanzielle Forschungen vor.² Historiker in der DDR haben vor allem in vielen ungedruckt gebliebenen Lokal- und Regionalstudien Forschungen zum Januarstreik auf lokaler Ebene vorgelegt.³ Doch wie die DDR-Historiografie zum Ersten Weltkrieg generell tendieren auch diese Studien dahin, den Einfluss der radikalen Linken, und hier vor allem der Spartakusgruppe, bei der Vorbereitung und Durchführung des Streiks in teils grotesker Manier zu überschätzen.⁴ Forschungen zum Verhalten der freigewerkschaftlichen Verbände liegen ebenfalls nur vereinzelt vor.⁵

Einen nachhaltigen Einfluss auf die historiografische Deutung des Januarstreiks hat dessen Darstellung durch Richard Müller (1880–1943) gehabt. Müller war Bran-

schaft im Ersten Weltkrieg danke ich Jürgen Kocka, Anja Kruke und Michael Schneider. Chris Dillon danke ich für die kritische Lektüre einer ersten Fassung dieses Textes. Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat meine Forschungen mit einem Reisestipendium unterstützt.

- 2 Vgl. den ganz ohne archivalische Quellen gearbeiteten Aufsatz von *Stephen Bailey*, *The Berlin Strike of January 1918*, in: CEH 13, 1980, S. 158–174. Aus Sicht der DDR-Historiografie: *Walter Bartel*, *Der Januarstreik 1918 in Berlin*, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.), *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918. Beiträge zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, Berlin 1957, S. 141–183. Ganz knapp: *Robert Scholz*, *Ein unruhiges Jahrzehnt. Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923*, in: *Manfred Gailus* (Hrsg.), *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße*, Berlin 1984, S. 79–123, hier: S. 95–99. Die Arbeiten von Dirk H. Müller konzentrieren sich vor allem auf die Entscheidungsprozesse im Berliner Ortsverband des freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Vgl. *Dirk H. Müller*, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung*, Berlin 1985, S. 307–314; *ders.*, *Metallarbeiterverband, Betriebliche Arbeiterausschüsse, oppositionelle Vertrauensleute und der Januarstreik 1918*, in: *Boebel/Wentzel*, *Streiken gegen den Krieg*, S. 40–50.
- 3 Vgl. *Bartel*, *Der Januarstreik 1918 in Berlin*; *Dieter Engelmann*, *Der Januarstreik 1918 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 9, 1982, S. 95–104; Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Bd. 3: November 1917 bis November 1918, Berlin 1969, S. 135–178. Weitere Lokal- und Regionalstudien der DDR-Forschung werden weiter unten zitiert. Dieser Tendenz folgen auch noch die nach 1990 entstandenen Arbeiten von Ottokar Luban. Vgl. *Ottokar Luban*, *Die politischen Massenstreiks in den letzten Weltkriegsjahren und die Haltung der Freien Gewerkschaften (1916–1918)*, in: *Karl-Christian Führer/Jürgen Mittag/Axel Schildt* u. a. (Hrsg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013, S. 121–134; *ders.*, *Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkriegs*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen* 40, 2008, S. 23–38. Zur Überschätzung der Rolle der Spartakusgruppe auch der sorgfältig abwägende Beitrag von *Frank Heidenreich*, *Der politische Streik gegen den Krieg und seine Bedeutung. Widersprüche der kollektiven Erinnerung in der Arbeiterbewegung*, in: *Boebel/Wentzel*, *Streiken gegen den Krieg*, S. 67–82, hier: S. 71–74.
- 4 Vgl. generell *Walter Bartel*, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin 1958.
- 5 Die wichtigste Ausnahme ist die anregende Studie von *Rudolf Steinke*, *Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914 bis 1924. Studie zur Sozial- und Organisationsgeschichte*, Dissertation, Berlin 1991, S. 316–329. Materialreich, aber mit zum Teil problematischen Wertungen: *Hans-Joachim Bieber*, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, 2 Bde., Hamburg 1981, S. 450–454. Weitgehend überholt ist: *Fritz Opel*, *Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution*, Köln 1980 (zuerst 1957), S. 70–75.

chenobmann der Dreher im Berliner Ortsverband des freigewerkschaftlichen Deutschen Metallarbeiter-Verbands (DMV) und Leiter der Revolutionären Obleute, die seit 1916 die Opposition gegen die Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führung des DMV in Berlin organisierten und bereits im April 1917 maßgeblich an der Durchführung des Massenstreiks in Berlin beteiligt waren. Müller, der als Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte auch eine maßgebliche Rolle in der Novemberrevolution spielte, hat Vorgeschichte und Verlauf der Revolution in zwei 1924 und 1925 erschienenen Bänden dargestellt. Durch den narrativen Stil, in dem Müller von sich selbst in der dritten Person spricht, und durch die Beifügung von zeitgenössischen Dokumenten erwecken diese Bände den Eindruck einer durchaus parteiichen, aber doch insgesamt zuverlässigen Darstellung des Geschehens und sind auch so in der Forschung rezipiert worden.⁶ Die Benutzung der Darstellung von Müller ist für manche Aspekte des Streikgeschehens unverzichtbar, da über die Diskussionen und die Entscheidungsfindung im Kreis der Revolutionären Obleute und ihrer Vertreter im Aktionsausschuss, der als Streikleitung fungierte, keine anderen Quellen vorliegen. Sie führt aber überall dort zu Verzerrungen, wo historische Darstellungen basale Daten zum Verlauf des Januarstreiks oder Urteile zu wichtigen Aspekten einfach von Richard Müller übernehmen, ohne andere Quellen zu konsultieren und andere Argumente zu berücksichtigen.

Die Folge dieses insgesamt unzureichenden Forschungsstands ist, dass viele Überblicksdarstellungen zu Deutschland im Ersten Weltkrieg fehlerhafte und irreführende Behauptungen zum Streikgeschehen enthalten. So findet sich etwa die Behauptung, die »Welle« der Streikbewegung habe bereits am 20. Januar 1918 die »Metallfabriken an der Ruhr« erreicht, wenn es dort tatsächlich nur einzelne Kohlenzechen waren, deren Belegschaften vor dem eigentlichen Streikbeginn am 28. Januar ihren Arbeitsplatz verließen. Ebenso falsch ist es, »das Rheinland« als ein Zentrum des Streiks zu identifizieren und von einem »Boykott« zu sprechen. Schließlich hat am 31. Januar auf der Berliner »Lustwiese« – war vielleicht der Lustgarten gemeint? – keine Massenkundgebung stattgefunden, zu der »rund eine halbe Million Arbeiter« zusammenkamen.⁷ Ein anderes Beispiel ist die wiederholt

6 Vgl. die biografische Darstellung von *Ralf Hoffrogge*, *Working-Class Politics in the German Revolution*. Richard Müller, the Revolutionary Shop Stewards and the Origins of the Council Movement, Leiden 2015; *Richard Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik (1924), in: *ders.*, Eine Geschichte der Novemberrevolution, hrsg. von *Jochen Gester/Ralf Hoffrogge/Rainer Knirsch*, Berlin 2011, S. 29–233 (zuerst erschienen als: *ders.*, Vom Kaiserreich zur Republik, Band 1: Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924).

7 *Jean-Jacques Becker/Gerd Krumeich*, *Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Essen 2010 (zuerst frz. 2008), Zitate: S. 133. Einige dieser Fehler sind wohl auf Übersetzungsprobleme zurückzuführen, da dieses Buch zuerst in französischer Sprache erschien. Der Befund einer äußerst oberflächlichen und fehlerhaften Behandlung des Streiks bleibt davon aber unberührt. Vgl. *Gerd Krumeich*, *Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik*, Freiburg im Breisgau 2018, S. 63, wo davon die Rede ist, die Streikbewegung sei »über die bayerischen Großstädte« nach Norddeutschland und Berlin gelangt, während es genau umgekehrt war, der Streik von Berlin aus mit Verzögerung nach München kam. Ebd., S. 64, werden die »Obleute« in den Betrieben auf das Hilfsdienstgesetz zurückgeführt, obwohl es gewerkschaftliche Obleute auf Betriebsebene selbstredend schon vor 1914 gab. Ebd., S. 65, wird die Protestkundgebung nun auf der »Lust-

vorgebrachte These, der Januarstreik sei als eine »weitgehend spontane, in unkoordinierten Schüben sich vollziehende Protestbewegung« zu verstehen.⁸

Vor diesem Hintergrund unternimmt der vorliegende Aufsatz den Versuch, eine umfassende Darstellung von Ursachen, Verlauf, Verbreitung und Dynamik des Streiks zu geben. Ein besonderes Anliegen ist es dabei, neben einer genauen Rekonstruktion des Geschehens in Berlin, dem Zentrum des Streiks, auch die Entwicklungen in anderen wichtigen Schauplätzen des Arbeitskamps darzustellen und vergleichend einzuordnen. Auf der Grundlage der hier vorgelegten Rekonstruktion des Streiks werde ich abschließend auch versuchen, dessen Konsequenzen für die beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien SPD und USPD sowie seine Rolle in der Vorgeschichte der Novemberrevolution zu bestimmen. Der hier vorliegende erste Teil behandelt die Vorgeschichte des Januarstreiks, den Impuls der Zimmerwalder

wiese« im Treptower Park situiert, und die weit überzogene Zahl von insgesamt »mehr als eine[r] halben Million« Teilnehmer an Berliner Protestveranstaltungen wiederholt. Tatsächlich waren es in ganz Berlin insgesamt mehrere Zehntausend Demonstranten. Auf einer »Spielwiese« (!) im Treptower Park, wo Ebert und Dittmann sprachen, versammelten sich nach Angaben der Polizei bis zu 20.000 Menschen. Mitteilung der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, an den Polizeipräsidenten Berlin, 1.2.1918, Landesarchiv Berlin (LAB), A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 29f., Zitat: Bl. 29. Ebert, Scheidemann und Braun »entschlossen sich« nicht am 29. Januar, in die Streikleitung einzutreten (*Krumeich*, Die unbewältigte Niederlage, S. 64), sondern sie wurden erst von den SPD-Betriebsdelegierten dazu aufgefordert und dann von der Mehrheit der Versammlung der Betriebsdelegierten in diese berufen, und zwar am 28. Januar – das erste Treffen des Gremiums fand noch am Abend des 28. Januar statt. Vgl. dazu *Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 115. Der »Vorwärts« wurde nicht »für eine Woche verboten« (*Krumeich*, Die unbewältigte Niederlage, S. 65), sondern am 29. Januar für zunächst drei Tage. Bereits am 1. Februar wurde das Verbot wieder aufgehoben und eine Rumpfausgabe konnte noch am selben Tag erscheinen. Zu den Hintergründen vgl. *Leo Stern* (Hrsg.), Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, 4 Teilbde., Berlin 1959, S. 991f. Die Regierung lehnte nicht »jegliche Verhandlung beziehungsweise auch nur Unterredung mit den Führern der Streikbewegung – also auch mit dem MSPD-Vorstand! – ab« (*Krumeich*, Die unbewältigte Niederlage, S. 65). Sie lehnte vielmehr jegliche Unterredung mit den Arbeiterdelegierten der Streikleitung ab, während mehrere Gespräche mit Vertretern der Generalkommission und des SPD-Vorstands stattfanden. Schließlich wurde Kurt Eisner auch nicht in Berlin verhaftet (Ebd.), sondern am 31. Januar in München. Fehlerhaft ist auch die Darstellung bei *Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Trina Renz*, 1918: »...die schrecklichste Jahreszahl der deutschen Geschichte«, in: *dies.* (Hrsg.), 1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution, Berlin 2018, S. 11–58, hier: S. 15f. Die »ersten Protestaktionen« – was immer damit gemeint sein mag, denn es handelte sich um einen Streik – wurden nicht »gemeinsam« von USPD und Spartakus »organisiert« – der Spartakus war an der Organisation des Streiks nicht beteiligt. Die elfköpfige Berliner Streikleitung bestand nicht »überwiegend aus Politikern der USPD«, sondern aus oppositionellen Obleuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Der Belagerungszustand wurde nicht »umgehend« verhängt, sondern war seit dem 31. Juli 1914 in Kraft. Dem Aktionsausschuss, der den Abbruch des Streiks beschloss, gehörten keine Vertreter des Spartakus an, weshalb diese kein »Votum« dagegen einlegen konnten. Fast durchgängig fehlerhaft oder ungenau auch *Gerd Krumeich*, Der Erste Weltkrieg. Die 101 wichtigsten Fragen, München 2015 (zuerst 2014), S. 128–130. Dasselbe gilt für *Robert Gerwarth*, Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018, S. 64–66.

⁸ So etwa *Volker Ullrich*, Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Frankfurt am Main 1999 (zuerst 1997), S. 531. Fehlerhaft auch die Behandlung des Streiks bei *Antoine Prost*, Workers, in: *Jay Winter* (Hrsg.), The Cambridge History of the First World War, Bd. 2: The State, Cambridge/New York etc. 2014, S. 325–357, hier: S. 352.

Bewegung, den Streikbeginn und Fortgang des Streiks in Berlin, die Forderungen der Streikenden, Ausdehnung und Verlauf des Streiks außerhalb Berlins sowie die Haltung von Gewerkschaften und Mehrheitssozialdemokratie.

I. Zur Vorgeschichte des Januarstreiks

Der Aprilstreik 1917 hatte den staatlichen Behörden, den Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien sowie nicht zuletzt der Masse der Arbeiter selbst vor Augen geführt, über welch erhebliches Mobilisierungspotenzial die industrielle Arbeiterschaft in den Rüstungsbetrieben knapp drei Jahre nach Kriegsbeginn verfügte. Das am Rande des Gründungsparteitags der USPD in Gotha verabredete Ziel einer breiten, viele Städte zugleich erfassenden Mobilisierungswelle wurde zwar deutlich verfehlt. Außer in Berlin und Leipzig, den Zentren des Aprilstreiks, gab es nur noch in Chemnitz und Magdeburg einen jeweils von mehreren Tausend Beschäftigten geführten Arbeitskampf, der in der Chronologie und Handlungslogik des mit dem Stichtag 15. April beginnenden Streiks zu sehen ist. Aber die Beteiligung von mindestens 250.000 Arbeitern in Berlin und Leipzig zeigte eindrucksvoll die kollektive Handlungsfähigkeit der Arbeiterschaft in diesen industriellen Zentren an.⁹

Besonders für die eben gegründete USPD hielt der Aprilstreik eine wichtige Botschaft bereit. Denn nach der russischen Februarrevolution zeigte er, dass auch in Deutschland Massenaktionen möglich waren. Doch nicht nur das: Sowohl in Leipzig als auch in Berlin – dort seit dem dritten Streiktag, dem 18. April – war es Vertretern der USPD gelungen, den Streik unter parteipolitische Vorzeichen zu stellen, indem die Streikenden Forderungen der USPD vertraten. Der Aprilstreik demonstrierte also, dass die USPD trotz des staatlichen Verfolgungsdrucks, dem sie seit ihrer Gründung ausgesetzt war, zumindest punktuell erheblichen Einfluss unter der großstädtischen Industriearbeiterschaft gewonnen hatte. Aus dieser Einsicht entwickelte die USPD eine »Doppelstrategie«, die sie bis zur Novemberrevolution durchhielt. Auf der einen Seite nutzte sie die parlamentarische Arena des Reichstags, um die Kriegspolitik der Reichsleitung und die burgfriedliche Haltung der SPD anzuprangern. Auf der anderen Seite wollte die USPD den von Massenbewegungen ausgehenden Druck nutzen, um die Demokratisierung des Reichs und die Forderung nach einem Friedensschluss zu unterstützen. Dabei vermied sie allerdings »jede offene Revolutionspropaganda«, um nicht etwa eine vollständige Zerschlagung der Partei durch staatliche Repressionsmaßnahmen zu riskieren.¹⁰

Die Frage nach der Möglichkeit von weiteren Massenaktionen stellte sich bereits unmittelbar nach der Beendigung des Aprilstreiks. In Berlin und anderen Städten wie etwa Gotha rief die Spartakusgruppe mit Flugblättern für den 1. Mai 1917 zu Demonstrationen auf, die sich zu einem Massenstreik weiten sollten. In Stuttgart

9 Vgl. *Benjamin Ziemann*, Massenbewegungen der Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg. Der Aprilstreik 1917, in: AfS 63, 2023, S. 435–462.

10 Vgl. *Friedhelm Boll*, Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn 1980, S. 230–232, Zitat: S. 231.

und Göppingen waren es Mitglieder der dortigen USPD-Ortsgruppen, darunter die erst 19-jährige Verkäuferin Anna Kinkel, Tochter des langjährigen Vorsitzenden des Göppinger Gewerkschaftskartells, Gottfried Kinkel, die Flugblätter mit dem Streikaufruf verteilten. Anna Kinkel und ihr Vater wurden ebenso wie andere an der Aktion beteiligte USPD-Mitglieder verhaftet und bald darauf wegen Landesverrats angeklagt. Diese Repressionsmaßnahmen sorgten dafür, dass es am 1. Mai 1917 zu keinen nennenswerten Streikaktionen kam.¹¹

Bereits im Juli 1917 begannen aber in einer Reihe von USPD-Hochburgen Planungen für einen neuerlichen Massenstreik. Diese gingen nicht auf Anweisungen der USPD-Parteiführung zurück, sondern beruhten nach Informationen des Berliner Polizeipräsidenten auf einer Absprache zwischen der Gruppe der Bremer Linksradikalen um die Zeitschrift »Arbeiterpolitik«, Hermann Liebmam von der Leipziger USPD und Wilhelm Koenen aus Halle, der dem radikalen linken Flügel der USPD angehörte.¹² In einer Hochburg der USPD wie Düsseldorf waren die Belegschaften mehrerer Betriebe darüber informiert, dass für den 15. August ein Generalstreik geplant war, ohne dass es dort dann zu Arbeitseinstellungen kam.¹³ In Halle an der Saale trafen sich bereits Ende Juli Delegierte von rund zwei Dutzend Betrieben aus dem Regierungsbezirk Merseburg, um einen koordinierten Streik vorzubereiten. Auch in Braunschweig war den Polizeibehörden seit Juli 1917 bekannt, dass ein Massenstreik geplant war. Dort war Sepp Oerter die treibende Kraft. Er war seit dem Sommer 1916 in der Stadt tätig und stand auf dem linken Flügel der USPD, vertrat aber nicht die Spartakuslinie. Die überregional koordinierten Streikbewegungen begannen am 15. August. In Braunschweig beteiligten sich insgesamt rund 11.000 Arbeiter aus 39 Betrieben an dem Streik, der bis zum 18. August dauerte. Der dem Braunschweigischen Staatsministerium überreichte Forderungskatalog der Streikenden konzentrierte sich auf Fragen der Lebensmittelversorgung, eine Reform des Landtagswahlrechts sowie die Aufhebung der kriegsbedingten Repres-

11 Vgl. Sylvia Neuschl, Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben, Esslingen 1983, S. 138f.; Ziemann, Der Aprilstreik 1917, S. 454f.; Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/1: Juli 1914–Oktober 1917, Berlin 1958, S. 634–640; zu Gotha vgl. Ewald Buchsbaum, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920. Unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920, Dissertation, Halle an der Saale 1965, S. 68f. Die von Wilhelm Groener in seinen Lebenserinnerungen überlieferte Episode, nach der Hugo Haase ihm in einer persönlichen Aussprache versichert habe, sich für die Verhinderung von Streiks am 1. Mai 1917 einzusetzen, entbehrt jeder Plausibilität. Eine solche Zusicherung widerspricht dem Charakterbild und dem politischen Wirken von Haase, und dieser hätte ohnehin keine Handhabe gehabt, eine solche Anweisung in der USPD durchzusetzen. Vgl. Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiter-schaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin/Bonn 1985, S. 279, sowie die Kritik bei David W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca/London 1975, S. 75.

12 Vgl. Bericht der Abteilung VII der Berliner Polizei, 20.8.1917, in: Ingo Materna/Hans-Joachim Schreckenbach (Bearb.), Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, Weimar 1987, S. 218f.

13 Vgl. Polizeiverwaltung Düsseldorf an stv. GK VII. AK, 16.8.1917, Bundesarchiv (BArch), PH 2/414, Bl. 276f.

salien und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Erst als siebter Punkt wurde die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt. Das Zentrum des Streiks im Bezirk Merseburg lag in den Leunawerken, in denen sich 12.000 Beschäftigte beteiligten. Zu Arbeitsniederlegungen kam es aber auch in einer ganzen Reihe weiterer Orte wie Halle, Sangerhausen und Bitterfeld.¹⁴

Die staatlichen Behörden waren über die Möglichkeit eines Generalstreiks besorgt und reagierten auf die regional begrenzten Arbeitsniederlegungen mit scharfen Repressionsmaßnahmen. Allein in Braunschweig wurden 34 Männer und 90 Frauen zu Haftstrafen von bis zu einem Jahr verurteilt. In der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der betroffenen Städte machte sich Enttäuschung breit. In einer Mitgliederversammlung der Braunschweiger USPD gab es heftige Kritik und »Verurteilungen« der mit dem Generalstreik eingeschlagenen Taktik. August Merges, Vertreter der Spartakusgruppe in der USPD – er wurde im November 1918 zum Präsidenten der Sozialistischen Republik Braunschweig ernannt, einer revolutionären Alleinregierung der USPD –, erwiderte darauf, er habe auf eine revolutionäre Umwälzung gehofft. Der USPD-Reichstagsabgeordnete Fritz Kunert hingegen äußerte Kritik an solchen Revolutionserwartungen.¹⁵ Die punktuellen Massenbewegungen des Sommers 1917 blieben zunächst eine kurzlebige Episode. Die von der USPD verfolgte Doppelstrategie hatte so eine erhebliche Schlagseite. Anfang Oktober 1917 beklagte sich der USPD-Vorsitzende Hugo Haase über die »Energierlosigkeit« der deutschen »Arbeitermassen«, die der Vaterlandspartei »das Feld überlassen« würden, und stellte die bange Frage: »Wann aber werden sie sich regen?«¹⁶

II. Der Impuls der dritten Zimmerwalder Konferenz

Haase teilte die von der USPD-Führung mehrheitlich vertretene Auffassung, dass die Arbeitermassen den Regierungen ernste Schritte zu einem Frieden abringen mussten. Aber an seiner Klage über die »Energierlosigkeit« der Arbeiter zeigt sich auch, dass er Massenaktionen als ein politisches Mittel verstand, das auf dem autonomen Handeln der Arbeiterschaft beruhte und sich nicht durch sozialistische Parteien planen oder herbeizitierten ließ. In diesem Punkt änderte die USPD allerdings im Herbst 1917 ihre Haltung – ein Positionswechsel, den Haase trotz mancher Bedenken unterstützte. Der Impuls zu dieser neuen Taktik ging von der Einbindung der USPD in die Diskussion mit anderen in der Opposition zur Kriegspolitik ihres

14 Vgl. *Friedhelm Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981, S. 245–249; *Roswitha Mende/Karl-Heinz Leidigkeit*, Von der Jahrhundertwende bis zum Roten Oktober. Geschichte der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Halle-Merseburg 1900 bis 1917, Halle an der Saale 1987, S. 324–330; Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/1, S. 661 f.

15 *Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920, S. 249; vgl. Niederschrift über eine Besprechung von Vertretern der Kriegsministerien und der stv. Generalkommandos, 13.8.1917, BArch, PH 2/414, Bl. 293–299.

16 Brief vom 1.10.1917, in: *Ernst Haase* (Hrsg.), Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, Berlin 1929, S. 150.

Landes stehenden sozialistischen Parteien in der Zimmerwalder Bewegung aus.¹⁷ Seit Juli 1917 hatte das gerade von Bern nach Stockholm verlegte Sekretariat der Internationalen Sozialistischen Kommission (ISK) eine Konferenz der Zimmerwalder Bewegung in Stockholm geplant. Diese sollte der von einem niederländisch-skandinavischen Komitee für September 1917 geplanten Konferenz der sozialistischen Parteien der kriegführenden und neutralen Staaten in Stockholm beratend vorausgehen. Die zweite Zusammenkunft fand aufgrund der Verweigerung von Reisepässen für die französischen und britischen Delegierten nicht statt. Aber die Versammlung der oppositionellen Parteien – die sogenannte dritte Zimmerwalder Konferenz – fand wie geplant vom 5. bis zum 12. September in Stockholm mit Vertretern aus Russland, den neutralen Staaten, Bulgarien sowie der Opposition in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) statt.¹⁸

Für die USPD nahmen Käthe Duncker, Hugo Haase, Adolf Hofer, Georg Ledebour, Arthur Stadthagen und Robert Wengels teil. In Stockholm wurden die tiefgreifenden Unterschiede deutlich, die innerhalb der USPD über Zusammenkünfte mit den »Regierungssozialisten« und über die Ausrichtung der Zimmerwalder Bewegung bestanden.¹⁹ Über die Notwendigkeit koordinierter Massenaktionen herrschte in der Delegation allerdings weitgehend Einigkeit. Offenbar hatte es bereits bei einem Treffen der USPD-Führung Ende August zahlreiche Stimmen gegeben, die militante Aktionen zur Kriegsbeendigung verlangten. Auch Haase stimmte diesem Gedanken zu, als er in Stockholm formulierte: »Den Massen ist deutlich, daß sie den Frieden nicht aus den Händen der Regierungen erhalten werden, sondern daß sie ihn selbst durch Massenaktionen erobern müssen.«²⁰ Eine auf der Konferenz eingesetzte Kommission arbeitete den Entwurf eines Manifests mit einem Aufruf zur Massenaktion aus, das nach einem Vorschlag von Arthur Stadthagen den Titel »Friedenskundgebung aus Stockholm« erhielt. Das Stockholmer Manifest bezeichnete die »sogenannte« Friedensarbeit der »Regierungssozialisten« als »aussichtslos«. Nur »proletarische Kampfmittel« könnten den Frieden bringen. In einzelnen Orten oder Ländern geführte »Einzelkämpfe« seien für die Erreichung dieses Ziels aber nicht mehr hinreichend. »Das Mittel« zum Frieden sei deshalb, so die Forderung, »der gemeinsame internationale Massenstreik«.²¹ Die in Stockholm versammelten Delegierten nahmen dieses Manifest einstimmig an, auch wenn Haase in den Besprechungen Bedenken anmeldete, da er Zweifel an der Machbarkeit eines solchen koordinierten Massenstreiks hatte.²²

17 Vgl. als Überblick *Reiner Tosstorff*, Die Zimmerwalder Bewegung, in: *Bernd Hüttner* (Hrsg.), *Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2015, S. 46–58.

18 Für die Ententemächte waren nur Gruppen aus Rumänien und den USA vertreten. Vgl. *Horst Lademacher*, *Die Illusion vom Frieden. Die Zweite Internationale wider den Krieg 1889–1919*, Münster/New York 2018, S. 590–606.

19 Vgl. *Robert F. Wheeler*, *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1975, S. 30–35, Zitat »Regierungssozialisten«: S. 34.

20 Zit. nach *Boll*, *Frieden ohne Revolution*, S. 238.

21 Text des Manifests in: Institut für Marxismus-Leninismus, *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. II/1, S. 671–673, Zitate: S. 672 f.

22 Vgl. *Boll*, *Frieden ohne Revolution*, S. 238; zur Einstimmigkeit der Beschlussfassung *Angelica Balabanoff*, *Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919*, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialis-*

Da Delegierte aus den Ländern der Entente in Stockholm fehlten, war die dritte Zimmerwalder Konferenz nicht mehr als eine »Rumpfkonzferenz«.²³ Aber das Beispiel der russischen Februarrevolution gab den Delegierten die Zuversicht, dass eine international koordinierte Massenaktion möglich sein könne. Ohnehin beabsichtigten die in Stockholm Versammelten, durch Massenbewegungen in anderen Ländern den Fortgang der russischen Revolution und eine mögliche Machtübernahme der Bolschewiki zu fördern. In Stockholm hatte man beschlossen, das Manifest nicht sofort zu veröffentlichen, um zunächst die Zustimmung der beteiligten Gruppen und Parteien abzuwarten. In der USPD gab es hierzu grundsätzliche Bedenken. Georg Ledebour, der einen Massenstreik befürwortete, stieß bei der Mehrheit der USPD-Reichstagsfraktion auf Skepsis. Die Vorbehalte gingen auch auf die drakonischen Strafen zurück, die der wilhelminische Staat im September gegen die Anführer der Protestbewegung in der Kriegsmarine ausgesprochen hatte. Der – falsche – Vorwurf, diese Proteste seien von der USPD koordiniert worden, ließ schärfere Repressalien oder gar ein Verbot der Partei befürchten. Am 28. September traf Luise Zietz in Stockholm ein, um mit dieser Begründung Angelica Balabanoff, die Vorsitzende des Sekretariats der ISK, dazu zu bewegen, die Veröffentlichung des Manifests vorerst auszusetzen. Doch Balabanoff beharrte auf dem auf der Konferenz gefassten Beschluss. Die nach dem gregorianischen Kalender am 7. November beginnende bolschewistische Revolution machte diese Vorbehalte dann hinfällig. Ab Ende November wurde das Manifest auch in Deutschland verbreitet – allerdings nicht von der USPD, deren Zentralkomitee diesen Schritt nicht machen wollte, sondern von der Spartakusgruppe.²⁴

Die Machtergreifung der Bolschewiki löste in den Reihen der USPD zunächst ungeteilte Zustimmung aus, zumal sie mit einem Appell für einen Waffenstillstand und baldigen Friedensschluss verbunden war. Das Zentralkomitee der USPD veröffentlichte am 12. November einen Aufruf, der die »große Aufgabe« betonte, die auch dem »deutschen Proletariat« mit diesem »Ereignis von welthistorischer Bedeutung« zukomme. Es gelte, die Bolschewiki mit »Massenkundgebungen für einen annexionslosen Frieden« zu unterstützen.²⁵ Doch das Echo auf diesen Aufruf blieb gering. Von der Polizei im Vorfeld verbotene Versammlungen zum »Friedensvorschlag der russischen Regierung« am 17. November brachten in Berlin nur etwas

mus und der Arbeiterbewegung 12, 1926, S. 310–413, und 13, 1928, S. 232–284, hier: S. 403. Die These von Wheeler, USPD und Internationale, S. 35, Haase habe gegen das Manifest gestimmt, beruht auf einem Missverständnis.

23 Lademacher, Die Illusion vom Frieden, S. 605.

24 Vgl. ebd., S. 612f.; vgl. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution, S. 85; Stern, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 792–794. Zur Herausgabe durch die Spartakusgruppe vgl. den vermutlich von Leo Jogiches verfassten »Neuköllner Bericht« über Vorgeschichte und Verlauf des Januarstreiks aus Sicht der Spartakusgruppe in: Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. II/2: November 1917–Dezember 1918, Berlin 1957, S. 131–136, hier: S. 131; für den kryptischen Hinweis auf einen nicht näher benannten »Beschluss« vgl. hingegen o. A., »Die dritte Zimmerwalder Konferenz«, in: Mitteilungs-Blatt des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend (Mitteilungs-Blatt), 11.11.1917.

25 O. A., »An das sozialistische Proletariat Deutschlands!«, in: Leipziger Volkszeitung (LVZ), 12.11.1917.

mehr als 1.000 Menschen zusammen. Für den folgenden Sonntag, den 25. November, mobilisierte die Partei erneut mit in den Betrieben verteilten Flugblättern und Handzetteln für eine Straßenkundgebung. Doch in Berlin folgten wiederum nur rund 2.000 Demonstranten diesem Aufruf. Die insgesamt geringe Resonanz dieser Aufrufe ist allerdings in erster Linie durch die Repressionsmaßnahmen der Polizeibehörden zu erklären. Allein im Bezirk des IV. Armeekorps in Magdeburg wurden etwa in Eilsleben drei Korbmacher und eine Zeitungsausträgerin vorübergehend festgenommen, nachdem sie Flugblätter mit der Aufforderung zu einer Friedensdemonstration verteilt hatten. In Halle an der Saale nahm die Polizei am frühen Morgen des 25. November fünf leitende Mitglieder der örtlichen sozialdemokratischen Arbeiterjugend fest, die frühzeitig zur Opposition übergetreten war und bereits zuvor kriegskritische Aktionen unterstützt hatte. Zudem wurden Karl Bock, Redakteur der Hallenser Volksstimme, sowie der Stadtverordnete und Schriftführer des USPD-Kreisverbands, Wilhelm Osterburg, inhaftiert. So sei der 25. November in Halle »völlig ruhig verlaufen«, wie die Polizei zufrieden feststellte, die die Inhaftierten am Abend wieder aus ihrem Gewahrsam entließ.²⁶

Nur wenige Tage später kamen äußere Umstände ins Spiel. Nachdem die alliierten Mächte sich geweigert hatten, die neue Sowjetregierung anzuerkennen und auf ihren Aufruf zu einem allgemeinen Frieden vom 8. November einzugehen, verfolgten die Bolschewiki den Plan eines Sonderfriedens mit Deutschland. Bereits am 27. November verabredeten beide Seiten die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen, die bereits am 15. Dezember zum Abschluss eines zunächst befristeten Waffenstillstands zwischen Deutschland und Russland führten. Am 22. Dezember begannen in Brest-Litowsk die Verhandlungen über einen Sonderfrieden. Als sich Kurt Eisner kurz vor Weihnachten in Berlin mit Mitgliedern der USPD-Reichstagsfraktion und anderen führenden Mitgliedern seiner Partei traf, wurde er mit den Konsequenzen der deutsch-russischen Diplomatie konfrontiert. Die Arbeiterschaft sei, so wurde ihm bedeutet, für einen Massenstreik im Sinne des Friedens nicht zu mobilisieren, da dieser nun von den Verhandlungen in Brest-Litowsk erwartet werde. Die Leitung der USPD hatte versucht, die Bolschewiki von Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit dem Hinweis abzubringen, dass sie und die deutschen Arbeiter nur einen allgemeinen Friedensschluss vorbehaltlos unterstützen würden. Einer Delegation der USPD, die Anfang Dezember zu Gesprächen mit den Bolschewiki nach Stockholm reisen wollte, waren jedoch von der deutschen Regierung die Reisepässe verweigert worden.²⁷ Die Stimmungsberichte der Polizeibehörden in Berlin und anderen Großstädten sowie die militärische Überwachung der Feldpostbriefe bestätigten, dass sowohl an der Front als auch in der Heimat die Hoffnung

26 Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 23–31; Telegramm des sächsischen Kriegsministeriums, 23.11.1917; stv. GK IV. AK an das preuß. Kriegsministerium, 2.12.1917; Polizeiverwaltung Halle an das stv. GK IV. AK, 26.11.1917 (Zitat), allesamt BArch, R 1501/20096, Bl. 401 und 408; zu Bock und Osterburg vgl. *Mende/Leidigkeit*, Von der Jahrhundertwende bis zum Roten Oktober, S. 143 und 324.

27 Eisners Aussage vom März 1918 in: *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1244–1246, hier: S. 1244; vgl. *Morgan*, The Socialist Left and the German Revolution, S. 87; *Wheeler*, USPD und Internationale, S. 36.

auf einen »baldigen endgültigen Frieden mit Rußland und Rumänien« weit verbreitet war und zu einer erheblichen Aufhellung der Stimmungslage beitrug.²⁸

Doch die deutsche Verhandlungsführung in Brest-Litowsk ließ seit dem 25. Dezember klar erkennen, dass sie auf die Herauslösung von Polen, Litauen und Kurland aus dem russischen Reich zielte und damit keineswegs einen Frieden ohne Annexionen verfolgte, womit sie kurz darauf die Abreise der russischen Delegation provozierte. Die Strategie der russischen Delegation unter ihrem neuen Verhandlungsführer Leo Trotzki bestand darin, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Damit verband sich zugleich die Hoffnung, dass Massenbewegungen für den Frieden in anderen kriegführenden Staaten die Verhandlungsposition der Bolschewiki stärken würden.²⁹ Da die Annexionsabsichten der deutschen Regierung nun klar hervortraten, konnte die USPD-Presse nicht zu Unrecht von einem »Friedensfiasco« der Mehrheits-SPD sprechen, deren Vertrauen in die guten Absichten der deutschen Verhandlungsführung nun desavouiert war.³⁰

Vor dem Hintergrund dieser veränderten außenpolitischen Situation fand Anfang Januar 1918 eine gemeinsame Sitzung des aus jeweils sieben Personen bestehenden Zentralkomitees und des Beirats der USPD – der die regionalen Gliederungen in der Parteispitze repräsentierte – statt. Es war vermutlich Sepp Oerter, der Braunschweiger Vertreter der radikalen USPD-Linken im Beirat, der die Anregung gab, »aus Anlaß der Verhandlungen« in Brest-Litowsk eine »Aktion« zur »Friedensfrage« zu machen. Doch die Vertreter des Zentralkomitees beharrten darauf, dass es in der Arbeiterschaft zur Zeit kein kritisches Potenzial für die Durchführung einer Massenaktion gebe.³¹ Daraufhin setzten sich Vertreter des Beirats, nach seinem eigenen Zeugnis aber auch Georg Ledebour – der bereits in Stockholm Massenstreiks befürwortet hatte –, mit den Vertretern der Revolutionären Obleute in Verbindung, den oppositionellen Obmännern des Berliner DMV. Daraufhin kam es zu einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Revolutionären Obleute sowie der Reichstags- und preußischen Landtagsfraktion der USPD. Die Obleute um Richard Müller versicherten, dass die Arbeiterschaft in Berlin und Umgebung auf einen Streik dränge, und verlangten von den Abgeordneten, öffentlich dazu aufzurufen. Dabei traten Meinungsunterschiede unter den Mitgliedern beider Fraktionen hervor. Eine Gruppe um Heinrich Ströbel, ehemaliger Chefredakteur des »Vorwärts« und Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus, vertraute den Zusicherungen der Obleute nicht und blieb skeptisch. Die Mehrzahl der Abgeordneten folgte jedoch Hugo Haa-

28 Vgl. Stimmungsbericht vom 17.12.1917 in: *Materna/Schreckenbach*, Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung, S. 235 f. (Zitat); Postüberwachungsbericht der 5. Armee, 10.1.1918, BArch, RH 61/1035, Bl. 35 f.; *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 947.

29 Vgl. *Friedhelm Boll*, Der Januarstreik 1918 in seinen friedenspolitischen Kontexten, in: *Boebel/Wentzel*, Streiken gegen den Krieg, S. 27–39, hier: S. 35.

30 O. A., Das Friedensfiasco des Regierungssozialismus, in: *Mitteilungs-Blatt*, 13.1.1918.

31 Vgl. für diese Abläufe den »Neuköllner Bericht«, S. 131. Der Autor des Berichts, Leo Jogiches, schrieb die Anregung zum Streik »unseren Leuten« im Beirat zu. Aber im siebenköpfigen Beirat der USPD gab es keinen Vertreter der Spartakusgruppe. Sepp Oerter gehörte zur radikalen Linken, vertrat aber nicht die Spartakuslinie. *Luban*, Die politischen Massenstreiks in den letzten Weltkriegsjahren, S. 127 f., übergeht die Vorgeschichte des Streiks in der USPD seit der Zimmerwalder Konferenz und betont einseitig die Initiative der Obleute um Richard Müller.

se und unterstützte einen Streik, lehnte allerdings eine öffentliche Aufforderung ab, da dies »die ganze Partei vernichten« würde. Ledebour und Adolph Hoffmann teilten diese zögerliche Haltung nicht und waren bereit, den Aufruf persönlich zu unterschreiben.³²

Auf diese Diskussionen folgte dann die am 10. Januar getroffene Entscheidung der Spitzengremien der USPD – Zentralkomitee und Reichstagsfraktion –, für den 21. bis 23. Januar zu einem dreitägigen Demonstrationsstreik aufzurufen. Dieser solle »zunächst in Berlin« und überall dort stattfinden, »wo die radikalen Elemente« in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft stark genug seien. Die Berliner Spitzengremien der Partei informierten noch am selben Tag brieflich die regionalen Parteigliederungen.³³ In der Berliner USPD scheint die bevorstehende Entscheidung bereits weithin gefordert und antizipiert worden zu sein. Auf einem Zahlabend im 4. Berliner Reichstagswahlkreis am 10. Januar 1918 meinte der Versammlungsleiter, ein Abteilungsführer namens August Dietrich, dass »das einzige Mittel der Massenstreik in der Rüstungsindustrie« sei, »falls ein Friede mit Rußland nicht zustande kommt«. »Die internationale Bevölkerung müsse einen Druck auf ihre Regierungen ausüben, um zum Frieden zu zwingen.« Die Kampfbereitschaft der Berliner USPD wurde in der Aussprache deutlich, in der ein Teilnehmer meinte: »Falls es wirklich zu einem Streik käme, dürfe man auch vor keinem Mittel zurückschrecken, selbst Inhaftierungen und Bestrafungen dürften die Genossen nicht davon abhalten.«³⁴

Nach der Information durch die Berliner Spitzengremien der USPD traf sich bereits am 13. Januar der Dresdner Bezirksvorstand, um die Schlussfolgerungen vor Ort zu diskutieren. Bei dieser durch einen Spitzelbericht der Polizei gut dokumentierten Sitzung gab der örtliche Vorsitzende Hermann Fleißner Hintergrundinformationen zur geplanten Aktion bekannt, die er aus Berlin erhalten hatte. Demnach gehe die Absicht zu einem Massenstreik auf die »Verpflichtungen« zurück, die die Partei in Stockholm eingegangen sei, und auf den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowsk, angesichts derer die USPD etwas »zur schnellen Beendigung des Krieges« beitragen müsse. »Illegal« herausgegebene Flugblätter sollten im Namen der USPD-Reichstagsfraktion zum Streik aufrufen. »Ob die ganze Fraktion – jeder einzeln – mit Namen unterzeichnet, oder nur der Vorstand, das steht noch nicht fest.« Dabei sei sich die Fraktion »der Tragweite« dieses Vorgehens »voll bewußt, selbst wenn alle Abgeordneten festgenommen würden«.³⁵ Die Durchführung des

32 Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 112f.; *Georg Ledebour*, »Die deutsche Novemberrevolution«, in: Sozialistische Arbeiter-Zeitung, 12.11.1931. Die Berichte von Müller und Ledebour stimmen weitgehend überein, nur in der Frage der Initiative weichen sie ab: Müller zufolge ging sie von den Obleuten aus, nach dem Zeugnis von Ledebour – das der Neuköllner Bericht bestätigt – vonseiten der USPD-Vertreter. Nach dem Zeugnis von *Emil Barth*, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin o. J. [1919], S. 20, fand bereits im November 1917 ein erstes Treffen der Obleute um Richard Müller mit dem Parteivorstand der USPD statt. Dieser lehnte zu diesem Zeitpunkt den Aufruf zu einem Massenstreik allerdings noch ab.

33 Vgl. Bericht des Polizeipräsidiiums Dresden, Politische Abteilung, 15.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 5–7, Zitate: Bl. 5f.; zu einer Versammlung in Gotha am 13. Januar *Buchsbaum*, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung, S. 84.

34 Schreiben der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, an den Polizeipräsidenten Berlin, 10.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 16005, Bl. 275f.

35 Bericht des Polizeipräsidiiums Dresden, Politische Abteilung, 15.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 5f.

Januarstreiks als eines reichsweiten Massenstreiks ging also auf einen Beschluss der Spitzengremien der USPD zurück. Auch wenn die technische Vorbereitung in Berlin – seinem wichtigsten Zentrum – bei den Revolutionären Obleuten des DMV lag, war die USPD »die entscheidende, koordinierende Kraft« hinter dieser Massenbewegung.³⁶ Sie allein konnte sicherstellen, dass der als politische Demonstration konzipierte Streikaufruf nicht nur in wenigen industriellen Zentren, sondern in vielen Regionen befolgt wurde.

Mit der grundsätzlichen Entscheidung zur Durchführung eines Massenstreiks waren noch nicht alle Details geklärt. Die Beteiligten der Sitzung vom 10. Januar hatten noch an ein »zweiseitiges Flugblatt« gedacht, »welches direkt zum Streik auffordert«. Es sollte zentral in Berlin hergestellt und an die Parteigliederungen verteilt werden. Logistische Probleme waren zu diesem Zeitpunkt aber noch ungeklärt, so etwa, ob das Flugblatt das geplante Datum des Streiks enthalten sollte und was geschehen solle, wenn es etwa zu einer Verschiebung käme. Dann wäre es etwa in Dresden – so der Plan des dortigen Bezirksvorstands – zur Verteilung von Handzetteln gekommen. Wenn das nicht gelingen sollte, dann sollte »auf Weisung aus Berlin ›irgend etwas‹ ganz bestimmt vorgenommen werden«.³⁷ Dem Zeugnis von Georg Ledebour zufolge traten nur er selbst, Alfred Henke, Joseph Herzfeld sowie Fritz Zubeil dafür ein, in dem Flugblatt direkt zum Massenstreik aufzurufen. Ledebour war der Auffassung, dass die Führer der Arbeiterbewegung auch bei Risiken für die eigene Person mit gutem Beispiel vorangehen sollten, wenn sie die Arbeiter zu einem Massenstreik aufriefen. Doch die Mehrheit der Fraktion wollte ihm darin nicht folgen.³⁸

Die Ausformulierung des Flugblatts erfolgte am 12. Januar in einer Sitzung der USPD-Reichstagsfraktion. Hier traten die bereits in der Besprechung mit den Revolutionären Obleuten erkennbaren Meinungsverschiedenheiten über Form und Autorisierung des Aufrufs erneut hervor. Schließlich autorisierte die Fraktion einen Aufruf an die »Männer und Frauen des werktätigen Volkes«, der auf den 10. Januar zurückdatiert und von allen 25 Abgeordneten namentlich unterzeichnet wurde. Das Flugblatt verwies auf die deutschen Annexionsziele in Brest-Litowsk und die Notwendigkeit, dieser Gefahr für den Frieden »kräftige Willenskundgebungen der werktätigen Bevölkerung« entgegenzusetzen. Es enthielt keinen direkten Streikaufruf.

36 So zu Recht *Boll*, Der Januarstreik 1918 in seinen friedenspolitischen Kontexten, S. 34; vgl. *ders.*, Frieden ohne Revolution, S. 242; *Morgan*, The Socialist Left and the German Revolution, S. 87. Dieser Zusammenhang wird in der Literatur oft nicht klar genug herausgestellt. Vgl. etwa *Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie, S. 307f.; *Hartfrid Krause*, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 106. In der Chronologie der Ereignisse unklar ist auch *Boris Barth*, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003, S. 41f. Auch *Ullrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 150, spricht fälschlich davon, es könne »keine Rede« von einer zentralen Steuerung des Streiks sein.

37 Bericht des Polizeipräsidiums Dresden, Politische Abteilung, 15.1.1918, BAArch, R 43/548, Bl. 6.

38 Vgl. seine Aussage aus dem Jahr 1919 in: Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919. Auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour, Berlin 1919, S. 24.

ruf, aber machte die Notwendigkeit einer Massenaktion in seinem Schlusswort deutlich: »Die Stunde ist gekommen, eure Stimme für einen solchen Frieden [ohne Annexionen und Kontributionen] zu erheben! Ihr habt jetzt das Wort!«³⁹ Aus dem erweiterten Führungszirkel der USPD war es allein Kurt Eisner, der eine grundsätzlich andere Vorstellung über den geplanten Streik hatte als die Mitglieder der beiden Spitzengremien der Partei. Eisner hielt sich im Januar in Berlin auf, konnte aber auf die Beschlussfassung über die Konzeption des Streiks keinen Einfluss mehr nehmen. Zurück in München verfasste er wohl am 16. Januar einen eigenen Flugblattentwurf, der die zentrale Idee eines dreitägigen Demonstrationsstreiks aufnahm, aber dann durch ein »zunächst« relativierte. Anders als das von der USPD-Reichstagsfraktion unterzeichnete Flugblatt forderte Eisners Entwurf nicht nur die sofortige Aufhebung der innenpolitischen Befugnisse des Militärs und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Seine Forderung nach einem baldigen Frieden implizierte zudem den Sturz der aktuellen Regierung und der bestehenden Regierungsform. Denn Eisner forderte, einen »Frieden zu erzwingen, den nicht die heutige Regierung schließen will und schließen kann, sondern nur das freie Volk selber durch seine Vertreter«, was, in anderer Formulierung, ein »Weltfriede der Demokratie und des Sozialismus« sei. Er beabsichtigte von vornherein, die Streikenden über die drei geplanten Tage hinaus zu mobilisieren und den Streik erst dann zu beenden, wenn ein Friedensschluss erreicht war.⁴⁰

Im Vorfeld des Januarstreiks kamen innenpolitische Konflikte hinzu, die die Mobilisierungsfähigkeit der Arbeiterschaft verstärkten. Ein wichtiger Faktor war das zunehmend aggressive Auftreten der im September 1917 gegründeten Deutschen Vaterlandspartei. Sie vereinigte konservative und bürgerlich-imperialistische Gruppen und Strömungen und fand in der Agitation für einen Siegfrieden mit weitreichenden deutschen Annexionen ihre wichtigste politische Aufgabe. Rund um den 18. Januar trat die Vaterlandspartei in vielen Orten mit Reichsgründungsfeiern hervor, die auf den erbitterten Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft stießen. In einer Reihe von Städten – so unter anderem in Dortmund, Kassel, Leipzig, Mannheim, München und Stuttgart – störten oder sprengten Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterjugend oder der USPD im Vorfeld des Streiks derartige Feiern. In Stuttgart untersagte das stellvertretende Generalkommando daraufhin am 23. Januar alle öffentlichen Versammlungen.⁴¹ An den Aktionen gegen die Vaterlandspartei waren an einigen Orten Frauen prominent beteiligt. In Jena nahm eine

39 Vgl. die Schilderung der Abläufe im »Neuköllner Bericht« sowie den Aufruf in: Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 59–61. Die Behauptung von Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 113, der Text des Aufrufs sei in einem Treffen von Revolutionären Obleuten und USPD-Fraktion formuliert worden, ist nicht plausibel.

40 Vgl. die sorgfältige Analyse bei Bernhard Grau, Kurt Eisner. 1867–1919. Eine Biographie, München 2001, S. 333–336, Zitate: S. 334f.

41 Vgl. Barth, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, S. 42; Gunther Mai, Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918, Stuttgart 1983, S. 370; Walter Pöhl, Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen von 1914–1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD, Dissertation, Halle an der Saale 1965, S. 124; Wilhelm Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 2 Teilbde., Düsseldorf 1970, S. 1144–1147; Peter Kuhlbrodt, Die proletarische Frauen-

Kundgebung von etwa 500 »Kriegerfrauen und -witwen« am 8. Januar eine gegen die Vaterlandspartei gerichtete Resolution an. Im Anschluss daran sprengten die Frauen eine Versammlung der Vaterlandspartei. In Hanau zog am 24. Januar eine Demonstration von Frauen, die der USPD angehörten oder mit ihr sympathisierten, zum Rathaus und legte dem Bürgermeister die Forderung nach Frieden vor.⁴²

Der Unmut vieler Arbeiter gegen den Radikalnationalismus und die weitreichenden Annexionsziele, die die Vaterlandspartei vertrat, war auch während des Januarstreiks als Mobilisierungsfaktor erkennbar. So traten am 31. Januar rund 2.700 Werftarbeiter der AG Weser in Bremen in den Streik. Auf einer Versammlung verabschiedeten sie eine Resolution, die an erster Stelle die »Gründung einer Partei gegen die Vaterlandspartei« forderte, danach die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, die Aufhebung des Belagerungszustands und eine Reihe weiterer, auch andernorts vertretener Ziele. Bei einer Kundgebung in Schweinfurt am 30. Januar forderte der Hauptredner, der Arbeitersekretär und USPD-Vertreter August Karsten, die etwa 3.000 streikenden Teilnehmer dazu auf, der Vaterlandspartei zu zeigen, dass »wir ihre Ansicht nicht teilen«, woraufhin »Pfeifurufe« erklangen.⁴³ Die Mobilisierung für den Januarstreik wurde durch das Auftreten der in der Arbeiterschaft »zum Teil wild ghassten Vaterlandspartei« befördert.⁴⁴

Bei den Behörden liefen ab Anfang Januar 1918 Hinweise darauf ein, dass ein landesweiter Massestreik bevorstehe. Als um den 15. Januar herum die Verteilung des von der USPD-Fraktion gezeichneten Flugblatts begann, war den Polizeibehörden bereits bekannt, dass der Streik unmittelbar bevorstand. In einigen Städten wie etwa Bremen und Leipzig wurden Tausende von Exemplaren beschlagnahmt. Die Behörden rechneten dabei zunächst damit, dass der Streik wie ursprünglich geplant vom 21. bis zum 23. Januar stattfinden würde. Einiges spricht für die Vermutung, dass der Streikbeginn sich gegenüber diesen Planungen auch deshalb um eine Woche verzögerte, weil Verhaftungen von an der Flugblattverteilung beteiligten USPD-Mitgliedern in einer Reihe von Orten dies nötig machten.⁴⁵ Nach Informa-

bewegung in Deutschland am Vorabend und während der Novemberrevolution. Herbst 1917 bis Anfang Mai 1919, Dissertation, Leipzig 1981, 2 Teilbde., S. 72.

42 Kuhlbrodt, Die proletarische Frauenbewegung, S. 72.

43 Telegramm der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten an das Reichsinnenministerium, 31.1.1918, BAArch, R 1501/112255, Bl. 61f.; Anlage zu Stadtmagistrat Schweinfurt an das bayer. Innenministerium, 30.1.1918, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. II (BHStA/II), MInn 66283. Eine abweichende Darstellung der Forderungen bei der AG Weser findet sich bei Ullrich, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 149.

44 Polizeipräsident Berlin an preuß. Innenministerium, 6.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 145. Die »innerste Ursache« des Streiks war dies aber nicht, wie Hans-Ulrich Wehler im Anschluss an bürgerliche Beobachter formuliert. Dies war der Streikentschluss der USPD-Spitzenorganisationen. Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 141.

45 Vgl. Bericht der Eisenbahn-Überwachungsstelle Düsseldorf, 4.1.1918; Regierungspräsident Köln an Reichsministerium des Innern, 1.2.1918, beides BAArch, R 1501/112255, Bl. 8 und 128; Polizeipräsident Berlin an preuß. Innenministerium, 25.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 115; Auszug aus dem Monatsbericht des st. GK II. AK, 2.2.1918, BAArch, R 43/548, Bl. 192; Stern, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 950–952 und 966f.; Erhard Lucas, Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Welt-

tionen des Berliner Polizeipräsidenten beschlossen Parteivorstand und Reichstagsfraktion der USPD am 17. Januar, den Streikbeginn auf den 28. Januar festzusetzen und dafür durch »Mund-zu-Mund«-Propaganda zu werben.⁴⁶ Überall lag die Streikvorbereitung in den Händen von Mitgliedern und Funktionären der USPD, ob in Dresden und München, in Bochum, Dortmund, Düsseldorf oder in Hamburg und Bremen. USPD-Mitglieder übernahmen die Verteilung der Flugblätter, die zum Streik aufriefen. Nachdem er begonnen hatte, leiteten sie die von den Streikenden einberufenen Versammlungen und sprachen bei Demonstrationen. Curt Geyer erinnerte sich daran, dass die Leipziger USPD den »Anweisungen der USPD-Zentrale« folgte, als sie den Streik vor Ort vorbereitete.⁴⁷ In Bottrop hatte der Bergmann August Banko erst im August 1917 die Initiative ergriffen, um einen USPD-Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Recklinghausen-Borken zu gründen. Dieser wurde am 16. Januar 1918 angemeldet und umfasste zu diesem Zeitpunkt gerade einmal 167 Mitglieder mit Zahlstellen in Bottrop, Buer und Osterfeld. Nach Informationen der Behörden trafen sich die Wahlkreisleiter des USPD-Bezirks Westfalen am 13. Januar in Essen, um die technischen Details der Flugblattverteilung zu besprechen. Am 20. Januar besprach Banko mit neun Vertrauensleuten vor Ort – allesamt Bergarbeiter – die Rollenverteilung. Dieser Absprache folgend, reisten zwei der Bottroper Vertrauensleute am 23. Januar nach Düsseldorf, um dort 6.000 Exemplare des Flugblatts der USPD abzuholen. Ab dem 26. Januar begann die Verteilung zunächst in Osterfeld, mit drei Tagen Verzögerung auch in Bottrop, unter anderem auf der Zeche Arenberg-Fortsetzung, wo der Streik dann am 30. Januar begann.⁴⁸

Anhänger und Sympathisanten der USPD ergriffen selbst dort die Initiative, wo formell noch keine Ortsgruppe der Partei bestand. Ein Beispiel dafür ist Wilhelmshaven und die direkt angrenzende Stadt Rüstringen. Dort war der auf der Kaiserlichen Werft beschäftigte Maschinenbauer Bruno Böttge Initiator des Streiks. Er stand mit dem Bremer USPD-Reichstagsabgeordneten Alfred Henke in Kontakt, mit dem er gerade die Gründung einer Ortsgruppe der Partei in Wilhelmshaven und

krieges, Bremen 1969, S. 96; zur Erklärung der Verzögerung *Wheeler*, USPD und Internationale, S. 37 und 300.

46 Polizeipräsident Berlin an preuß. Innenministerium, 26.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 120f.

47 *Curt Geyer*, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD: Erinnerungen von Curt Geyer, hrsg. von *Wolfgang Benz/Hermann Graml*, Stuttgart 1976, S. 65; vgl. *Detlef Josczo*, Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Düsseldorf während des 1. Weltkrieges, Hamburg 1980, S. 78; *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 975 und 1169–1172; *Ulrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 151.

48 Nach einer Rede auf einer Belegschaftsversammlung auf dieser Zeche am 30. Januar wurde Banko umgehend verhaftet. Vgl. Amtmann Bottrop an den Landrat Recklinghausen, 1.2.1918, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA PK), I. HA Rep. 197 A, Nr. 599, Bl. 98f.; zur Verteilung des Flugblatts in Nürnberg *Schwarz*, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, S. 238. Die Abläufe in Bottrop, Nürnberg und vielen anderen Orten widersprechen der These von Friedhelm Boll, die USPD habe als »wichtigste Medien« zur Streikvorbereitung nicht Flugblätter, sondern »Mundpropaganda« und »regionale Parteikonferenzen« benutzt. In Essen, Dresden und vielen anderen Orten dienten diese Bezirkskonferenzen der Planung der Flugblattverteilung, und das auf den 10. Januar rückdatierte Flugblatt war das wichtigste Medium der Vorbereitung des Streiks. *Boll*, Frieden ohne Revolution, S. 242.

Rüstringen vorbereitete. Am 30. Januar suchte Böttge den örtlichen DMV-Geschäftsführer auf und forderte die Einberufung einer Versammlung, die einen Streik beschließen solle. Auf dieser Zusammenkunft von rund 7.000 Arbeitern, die am Nachmittag des 31. Januar stattfand, rief Böttge zum Anschluss an den Streik und zum Eintritt in eine unbefristete Arbeitsniederlegung auf. Der oldenburgische SPD-Landtagsabgeordnete Paul Hug forderte hingegen, die Arbeit am nächsten Tag wieder aufzunehmen, und fand dafür die Zustimmung der Versammelten. Wegen versuchten Landesverrats wurde Böttge bereits am 14. Februar zu einer dreijährigen Festungshaft verurteilt. Bei seiner Verhaftung hatte die Polizei eine Liste mit den Namen von rund 60 Personen gefunden, die Mitglieder der geplanten USPD-Ortsgruppe werden sollten. Alle Männer im militärpflichtigen Alter erhielten sofort einen Einberufungsbescheid.⁴⁹ Bei einer Fräserei in der Kruppschen Gussstahlfabrik in Essen verteilte ein Vertrauensmann des DMV am 26. Januar die drei in seinem Besitz befindlichen Exemplare eines Flugblatts der Spartakusgruppe unter den etwa 40 Arbeitern seiner Werkstatt.⁵⁰

Den letzten Anstoß für den Streikbeginn im Reich brachten die Ereignisse in Österreich-Ungarn. Dort begann am 14. Januar eine Streikbewegung, die in Wien ihren Ausgangspunkt hatte und in kurzer Zeit viele weitere Städte der Doppelmonarchie, darunter Prag, Budapest und Brünn, erfasste. Dem Streik waren Versammlungen der SPÖ in Wien und Budapest mit der Forderung nach einem sofortigen Frieden vorangegangen. Er entzündete sich an einer Kürzung der Brotration und Fragen der Lebensmittelversorgung, weitete sich allerdings umgehend zu Forderungen nach Friedensverhandlungen und einer Wahlrechtsreform aus. Nach Verhandlungen mit der Regierung forderte die Parteileitung der SPÖ die Streikenden am 20. Januar zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. In Wien war der Streik aber erst am 23. Januar beendet. Allein dort waren über 100.000 Arbeiter in den Streik getreten.⁵¹ Die deutschen Militärbehörden versuchten, die Verbreitung von Nachrichten über die Ereignisse in Österreich zu unterbinden, und erließen am 18. Januar eine entsprechende Zensurverfügung. Für den 22. Januar erging ein eintägiges Verbot des »Vorwärts«, der gegen diese Verfügung verstoßen hatte.⁵² Noch am Vorabend des Streiks gab es in der Reichskanzlei Überlegungen, ob eine gezielte Pressekampagne zu dessen Eindämmung beitragen könne. Bei einer Besprechung mit dem Pressechef der Reichskanzlei, Erhard Deutelmoser, äußerte Ernst Heilmann die Überzeugung, dass sich der Streik noch in letzter Sekunde abwenden oder mildern ließe, wenn die Regierung einen substanziellen Durchbruch in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform verkünden könne. Heilmann, der den sozialdemokratischen Pressedienst »Internationale Korrespondenz« leitete, auf dem äußersten

49 Vgl. *Berlin*, Die Arbeiterbewegung in den Küstenstädten der Nordsee, S. 461–466; *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1117–1120.

50 Vgl. Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 12.5.1918, in: ebd., S. 1349–1351; Text des Flugblatts ebd., S. 979–981.

51 Vgl. *Susanne Miller*, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 372f.; Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 142–146.

52 Vgl. *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg, S. 1132f.

rechten Flügel der Partei stand und offen deutsche Annexionen befürwortete, handelte hier auf eigene Faust.⁵³

III. Der Streikbeginn in Berlin

Berlin war die einzige Stadt, in der die Vorbereitung des Januarstreiks nicht in erster Linie in den Händen der örtlichen Leitung der USPD lag. Die Initiative lag hier vielmehr bei den Revolutionären Obleuten, den oppositionellen Vertrauensleuten innerhalb des DMV. Zu deren engerem Kreis zählten am Kriegsende etwa 40 Personen, die wiederum in Kontakt mit insgesamt wohl einigen Hundert Vertrauensleuten in den Betrieben standen. Die Mitglieder dieses Zirkels waren zwar mehrheitlich Mitglieder der USPD und ließen Vertreter der Partei zu ihren Sitzungen zu, agierten aber in der Durchführung von Arbeitskämpfen autonom. Nach den ersten Absprachen mit Vertretern der USPD-Reichstagsfraktion hatten die Obleute geplant, den Streik auf der monatlichen Versammlung der Dreher zu verkünden, deren Branchenobmann Richard Müller war. Die Spartakusgruppe durchkreuzte diesen Plan allerdings. Sie hatte zwar keine offizielle Repräsentanz im Kreis der Revolutionären Obleute – diese erhielt sie erst kurz vor der Revolution im November 1918. Mitglieder der Spartakusgruppe hatten jedoch Informationen über den geplanten Streiktermin erhalten und verteilten bereits am 25. Januar ein Flugblatt mit einem Aufruf zu einem »Massenstreik«, der kein befristeter »hohler Demonstrationsstreik« sein solle, sondern ein »Machtkampf«.⁵⁴ Dessen ungeachtet verkündete Richard Müller auf der Branchenversammlung der Dreher am 27. Januar den Beginn des Streiks am Morgen des folgenden Tags.⁵⁵ Das von den Revolutionären Obleuten verbreitete Flugblatt sprach ausdrücklich von einem »zunächst auf drei Tage« befristeten »Demonstrationsstreik«, mit dem die »Kolleginnen und Kollegen« ihren »Friedenswillen« zum Ausdruck bringen sollten.⁵⁶ Der Begriff des Demonstrationsstreiks war zuvor gewiss auch in den Spitzengremien der USPD benutzt worden, auch wenn die vorhandenen Quellen dafür keinen direkten Beleg bringen. Die Befristung des Streiks auf drei Tage – ursprünglich geplant für den 21., 22. und 23. Januar – macht dies klar.⁵⁷

53 Aufzeichnung Erhard Deutelmoser über eine Besprechung in der Reichskanzlei am 26.1.1918, BAArch, R 43/548, Bl. 10f. *Boll*, Frieden ohne Revolution, S. 241, geht fehl, wenn er in diesem Zusammenhang auch Friedrich Stampfer erwähnt und Heilmanns Vorschlag als offizielle Kontaktaufnahme der SPD interpretiert. Zu Heilmann vgl. *Peter Lösche*, Ernst Heilmann (1881–1940). Parlamentarischer Führer und Reformsozialist, in: *ders./Michael Scholing/Franz Walter* (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 99–120.

54 Aufruf der Spartakusgruppe in: Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 71–73. Zur Zahl der Obleute vgl. *Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie, S. 324f.

55 Ebd., S. 307f.

56 Flugblatt »Kollegen und Kolleginnen!«, o. D., LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 189.

57 Vgl. nochmals den Bericht des Polizeipräsidiums Dresden, 15.1.1918. Die Spartakusgruppe griff diese Sprachregelung und die damit verbundene, von vornherein geplante Befristung in ihrem Flugblatt »Am Montag, dem 28. Januar beginnt der Massenstreik!« direkt an. Der »Massenstreik« solle »kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler De-

Es ist eine auf die Darstellung von Richard Müller zurückgehende und in der Literatur unkritisch übernommene Legende, dass am Montag, dem 28. Januar 1918, seit dem Morgen »die gesamte Berliner Rüstungsindustrie« stillgestanden habe.⁵⁸ Vielmehr war der Streik in Berlin zunächst auf eine Reihe großer Rüstungsbetriebe beschränkt, von denen viele bereits im April 1917 bestreikt worden waren. Nach den bei der Kriegsamtssstelle in den Marken bis 12 Uhr mittags eingelaufenen Informationen wurden in Groß-Berlin insgesamt 17 Großbetriebe bestreikt. Von diesen liegen für 15 Betriebe mit insgesamt 95.430 Beschäftigten Zahlen über die Streikbeteiligung vor. Zu diesem Zeitpunkt waren 41.906 Arbeiter dieser 15 Betriebe in den Arbeitskampf getreten. Unter anderem bei den beiden größten aller 17 Betriebe, den Niederlassungen der AEG in der Brunnenstraße und der Ackerstraße mit zusammen 28.000 Beschäftigten, waren bis zum Mittag des 28. Januar jedoch lediglich 800 Arbeiter im Streik. Bis 16 Uhr am Nachmittag desselben Tags traten noch 19.500 weitere Beschäftigte in 28 anderen Rüstungsbetrieben in den Streik.⁵⁹ Am Tag darauf meldete der preußische Kriegsminister 57 bestreikte Betriebe in Berlin.⁶⁰ Gerade diese Zahl ist gewiss zu niedrig, da in den ersten drei Tagen des Arbeitskampfs die Zahl der in Berlin bestreikten Betriebe sowohl im Tagesverlauf als auch von Tag zu Tag weiter anstieg. Dennoch ist klar, dass die von den Revolutionären Obleuten für den ersten Streiktag einberufene Delegiertenversammlung keineswegs die bereits bestreikten Betriebe vertrat.⁶¹

Die Revolutionären Obleute um Richard Müller verfolgten wiederum die bereits beim Aprilstreik angewandte Vorgehensweise, die Streikleitung auf einer Versammlung von Betriebsdelegierten wählen zu lassen. Zu diesem Zweck bestimmten die Belegschaften von rund 400 Berliner Industriebetrieben am Vormittag des 28. Januar für jeweils 500 Beschäftigte einen Delegierten. Es handelte sich dabei also – um das nochmals zu betonen – um Delegierte aus Betrieben, die bestreikt werden sollten, deren Beschäftigte zu diesem Zeitpunkt aber ganz überwiegend noch nicht im Arbeitskampf standen.⁶² Am Nachmittag trafen sich rund 400 Delegierte im Gewerkschaftshaus am Engeldamm in Berlin-Mitte zu einer etwa vier Stunden dauernden Sitzung, die von Richard Müller geleitet wurde. Sie wählten einen aus elf Vertretern der Revolutionären Obleute bestehenden »Aktionsausschuss«, der die Streikleitung übernahm. Dazu zählte mit Cläre Casper auch eine Frau, die zu die-

monstrationsstreik« sein. Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 71–73, hier: S. 72.

58 So Ralf Hoffrogge, *Hinter den Kulissen des Januarstreiks 1918. Richard Müller und die Revolutionären Obleute*, in: *Boebel/Wentzel*, *Streiken gegen den Krieg*, S. 51–66, hier: S. 58.

59 Hinzu kamen 1.500 Streikende bei der Firma Franz Sauerbier, die Spiralfedern herstellte, ohne dass die Belegschaftszahl bekannt ist. Bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die zu den 17 Betrieben zählte, wurde demnach am Vormittag »zum Teil gearbeitet«. Bei Siemens-Schuckert, einem weiteren in dem Bericht genannten Großbetrieb, wurde vollumfänglich gearbeitet. Meldungen des preuß. Kriegsministeriums/Kriegsamt, 28.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 18f.

60 Vgl. *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 988.

61 So aber die irreführende, auf die Darstellung von Richard Müller zurückgehende Behauptung bei Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie*, S. 308.

62 Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 114, nannte eine Zahl von exakt 414 Delegierten.

sem Zeitpunkt aber noch nicht dem Zirkel der Revolutionären Obleute angehörte. Auf Anregung des anwesenden Georg Ledebour erhielt das Gremium der 400 Delegierten den Namen »Arbeiterrat Groß-Berlin«.⁶³ Diese Bezeichnung ist allerdings nicht so zu verstehen, dass der Rat nach sowjetrussischem Vorbild eine politische Funktion übernehmen sollte. Er war nicht in Konkurrenz zum Reichstag oder anderen politischen Institutionen konzipiert, sondern als Ersatz für die Gremien des DMV, deren Legitimität die Streikenden nicht anerkannten.⁶⁴ Das schloss nicht aus, dass Streikende den Berliner Arbeiterrat im Streikverlauf mit den Sowjets auf eine Stufe stellten. Dies geschah beispielsweise am 29. Januar bei einer improvisierten Streikversammlung auf einer Wiese gegenüber dem Bahnhof Beusselstraße, an der etwa 1.500 Personen teilnahmen. Der Redner, der sich als Belegschaftsvertreter der AEG-Pulverfabrik in Hennigsdorf vorstellte, gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Berliner »Arbeiterrat« eine ebenso »fruchtbringende Tätigkeit als die des russischen« ausüben werde.⁶⁵ Im Übrigen wurden auch auf betrieblicher Ebene Gremien gebildet, welche dort die Streikleitung übernahmen.⁶⁶

Die Delegierten forderten den Vorstand der USPD auf, drei Vertreter in den Aktionsausschuss zu entsenden. Dieses Vorgehen lag darin begründet, dass die Obleute in der Vorbereitung des Berliner Streiks eng mit der Partei zusammengearbeitet hatten. Ihre Repräsentanten waren bereits anwesend und so wurden Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann als USPD-Vertreter im Aktionsausschuss bestimmt. Umstritten war hingegen die Frage der Einbeziehung von Repräsentanten der Mehrheitssozialdemokratie. Dem Zeugnis von Richard Müller zufolge wurde ein Antrag, auch Vertreter der SPD in den Aktionsausschuss aufzunehmen, zunächst mit einer Mehrheit von zwei Stimmen abgelehnt. Er selbst habe den Antrag dann nochmals zur Abstimmung vorgelegt, um einen »Mißton« zu vermeiden, woraufhin er angenommen worden sei.⁶⁷ Der SPD-Vorstand gab eine abweichende Darstellung der Abläufe und Hintergründe. Demnach hätten sich bereits am Vormittag des 28. Januar »in schneller Folge« Deputationen von SPD-Mitgliedern aus den Betrieben beim Parteivorstand eingefunden und darum gebeten, dass auch dieser Vertreter in die Streikleitung entsende. Daraufhin erwiderten die Vorstandsmitglieder zunächst, dass der Streik ohne »Zutun« der Partei und der Freien Gewerkschaften entstanden sei und sie deshalb »nachträglich« keine Verantwortung dafür übernehmen könnten. Auf die Nachfrage, ob sich diese Position ändere, wenn die Delegiertenversammlung selbst darum bitte, war die Antwort positiv. Eine Kommission von SPD-Fabrikdelegierten ging anschließend

63 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 116f.; vgl. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 114f.; Müller, Gewerkschaftliche Versammlungs-demokratie, S. 307f. Richard Müller zufolge vertrat ein Delegierter jeweils 1.000 Beschäftigte. Aber dies diente offenkundig nur dazu, überhöhte Angaben über die Zahl der insgesamt Streikenden plausibel zu machen. Die Skepsis der Berliner Polizei – die in ihrem Bericht von jeweils 500 Beschäftigten pro Delegierten sprach – war durchaus berechtigt.

64 So bereits der zutreffende Hinweis von Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1988 (zuerst 1928/1935), S. 187.

65 Polizeibericht, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 234f.

66 Vgl. für die Firma Zwietusch Bericht der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, an den Polizeipräsidenten Berlin, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 243f.

67 Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 115.

sofort in die noch tagende Versammlung, wo der Antrag auf Hinzuziehung von SPD-Mitgliedern gerade in erster Runde abgelehnt worden war. Adolf Wuschick, Angestellter der DMV-Bezirksleitung, begründete dort das Anliegen der mehrheitssozialdemokratischen Abordnung. Ledebour widersprach, wurde aber wiederholt »stürmisch unterbrochen«, und mit etwa 360 gegen nur 40 Gegenstimmen wurden SPD-Vertreter im Aktionsausschuss akzeptiert.⁶⁸ Für die SPD traten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun in den Aktionsausschuss ein. Letzterer wurde bald darauf durch Otto Wels ersetzt, und zwar wohl deshalb, weil dieser mit den lokalen Verhältnissen in Berlin besser vertraut war.⁶⁹ Das Votum der Betriebsdelegierten in dieser Sache vermittelt wichtige Hinweise auf die Verankerung der beiden sozialdemokratischen Parteien in der Berliner Industriearbeiterschaft zu diesem Zeitpunkt. Die These von Ulrich Cartarius, jene 40 Delegierten, die auch in der zweiten Abstimmung gegen jegliche Beteiligung von Vertretern der Mehrheits-SPD stimmten, seien die »eigentlichen Anhänger der USPD« unter den rund 400 Delegierten gewesen, scheint überzogen. Aber das Argument von Cartarius, die Masse der Delegierten habe keinen Widerspruch darin gesehen, allein Vertreter der Revolutionären Obleute als Arbeiterdelegierte in den Aktionsausschuss zu wählen und zugleich die Hinzuziehung von SPD-Vertretern zu befürworten, ist zutreffend und von Bedeutung. Dies spricht dafür, dass die Arbeiterschaft die Revolutionären Obleute als Vertreter ihrer betrieblichen Interessen respektierte, aber in politischer Hinsicht der Mehrheits-SPD weiter Vertrauen entgegenbrachte.⁷⁰ Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sowohl die USPD als auch die Spartakusgruppe die Mehrheitssozialdemokraten konsequent als Verräter der Arbeiterinteressen gebrandmarkt hatten. Bereits vor dem Streik hatte die Spartakusgruppe in Flugblättern die Parole ausgegeben, keine Vertreter der Mehrheits-SPD – die sie als »Todfeinde des Massenstreiks« verunglimpfte – in die Streikleitungen zu wählen.⁷¹ Die Abstimmung am 28. Januar zeigt, dass diese Agitation der USPD-Linken und der Spartakusgruppe auf die überwältigende Mehrheit der von den Belegschaften gewählten Delegierten der Berliner Rüstungsbetriebe keinerlei Eindruck machte.

Es ist nachvollziehbar, warum Richard Müller den Eindruck erweckte, es sei allein seinem Großmut zu verdanken, dass auch die SPD Vertreter in den Aktionsausschuss entsenden konnte. Seine Darstellung der Vorgeschichte und Geschichte

68 Bericht des SPD-Vorstandes über den Massenstreik, 5.2.1918, in: *Erich Matthias/Eberhard Pikart* (Bearb.), *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*, 2 Bde., Düsseldorf 1966, Bd. II, S. 364–372, hier: S. 366f.; vgl. die nur unwesentlich abweichende Darstellung von Wuschick in: *Karl Brammer* (Bearb.), *Der Prozeß des Reichspräsidenten. Nebst juristischen Gutachten von Friedrich v. Payer, Gustav Radbruch, Eugen Schiffer, Hugo Sinzheimer u. a.*, Berlin 1925, S. 44f. Der Berliner Polizeipräsident vermutete in einem Bericht vom 6. Februar 1918 wohl nicht zu Unrecht, die der USPD angehörenden Delegierten im Arbeiterrat hätten dem Eintritt der Mehrheitssozialdemokraten in die Streikleitung vor allem deshalb zugestimmt, weil sie sich selbst nicht imstande sahen, der Streikbewegung »den nötigen Umfang zu geben«. *Materna/Schreckenbach*, *Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung*, S. 253–259, hier: S. 258.

69 Vgl. *Hagen Schulze*, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1977, S. 215.

70 *Ulrich Cartarius*, *Linksradikale Klassenkampfparolen. Ausgangspunkt für eine Massenbasis in der deutschen Arbeiterschaft?*, Frankfurt am Main/Bern etc. 1980, S. 239f.

71 Vgl. ebd., S. 240; *Steinke*, *Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914 bis 1924*, S. 325 (Zitat).

der Novemberrevolution zielt durchgehend darauf ab, die Rolle der Mehrheitssozialdemokraten als marginal hinzustellen und deren Vertreter als verknöcherte Funktionärstypen, die der Härte des Klassenkampfes nicht gewachsen waren, lächerlich zu machen. Damit folgte Müller den Erzählkonventionen und habituellen Deutungsmustern der radikalen Linken in der Arbeiterbewegung, denen zufolge nur »echte« proletarische Männlichkeit zum Sieg im Klassenkampf führen könne.⁷² Als die erste Sitzung des Aktionsausschusses gerade begonnen hatte, so Müllers Behauptung, sei die Meldung gekommen, dass die Polizei gegen das Gewerkschaftshaus vorrücke. Daraufhin sei Scheidemann »wie der Blitz« in seinen Überzieher gefahren, während dem »korpulenten« Ebert dabei geholfen werden musste. Die »Arbeitervertreter« der Obleute hätten hingegen »in aller Ruhe« die Beratungen fortgesetzt.⁷³ Die über Vorgänge in den leitenden SPD-Gremien in der Regel gut informierte Berliner Polizei hatte eine andere, genau entgegengesetzte Version der Vorgänge. Demnach habe Georg Ledebour um einen Abbruch der Sitzung gebeten, da er ein Eingreifen der Polizei und seine »Festnahme« befürchtete. Daraufhin habe Friedrich Ebert ihn zurechtgewiesen und Ledebour bedeutet, »er solle sich seine Ängstlichkeit abgewöhnen. Wenn er es jetzt schon mit der Angst zu tun bekäme, wie würde es dann erst werden, wenn der Ausstand schärfere Formen anzunehmen beginnt.«⁷⁴

Der Streik war, das machte auch das von den Revolutionären Obleuten verbreitete Flugblatt klar, von vornherein als ein auf drei Tage befristeter Demonstrationstreik geplant. Diese Vorgabe konnte allerdings nicht verhindern, dass einzelne Redner bereits in den ersten Streiktagen versuchten, diese Ausgangsbedingungen eigenmächtig zu verändern oder zumindest den Streikenden zu signalisieren, dass das Ende des Streiks offen sei. Ein Beispiel dafür ist die Rede des USPD-Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil. Er hielt sie am ersten Streiktag in einer der wenigen

72 Die für das radikale Arbeitermilieu spezifischen Ausdrucksformen hegemonialer Männlichkeit sind bislang nur unzureichend untersucht. *Eric D. Weitz*, *Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protests to Socialist State*, Princeton 1997, S. 189–205, identifiziert sie vorschnell – und meines Erachtens unzutreffend – als Ausdrucksformen militärischer beziehungsweise militarisierter Männlichkeit. Vgl. dagegen *Nicholas Stargardt*, *Male Bonding and the Class Struggle in Imperial Germany*, in: *Historical Journal* 38, 1995, S. 175–193, hier insb.: S. 187–191, der betont, dass hegemoniale Männlichkeitsbilder tief in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor 1914 und ihrer Betonung des gelernten Arbeiters als Angel- und Fixpunkt der Bewegung verwurzelt waren. Als weiteres Beispiel vgl. etwa den Kommentar von Karl Liebknecht zum Ergebnis der Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Zwickau-Crimmitschau am 13. Mai 1918, die nach dem Tod des 1917 zur USPD übergetretenen SPD-Parteiveteranen Karl Wilhelm Stolle am 11. März 1918 nötig geworden war. Fritz Heckert, der Kandidat der USPD, landete mit 5.000 Stimmen nur auf dem dritten Platz. Karl Liebknecht kommentierte dies aus dem Zuchthaus so: »Nur 5.000 stimmten in Zwickau für den Spartakuskandidaten. Aber 5.000 Männer.« Zit. nach *Siegfried Beckert*, Fritz Heckert als Reichstagskandidat im Wahlkreis Zwickau-Werdau-Crimmitschau, Zwickau 1984, S. 21. Liebknecht benutzte des öfteren Metaphern der Männlichkeit, um den eigenen Standpunkt von dem der SPD abzugrenzen. Vgl. *Karl Liebknecht*, *Kastratengekreisch* (Juni 1918), in: *ders.*, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 9: Mai 1916 bis 15. Januar 1919, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin 1971 (zuerst 1968), S. 542–543.

73 *Müller*, *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 115.

74 Schreiben der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, an den Polizeipräsidenten Berlin, 30.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 248.

betrieblichen Streikversammlungen, die am 28. Januar stattfanden, bevor die Polizei jegliche Versammlungen im Zusammenhang mit dem Streik in Berlin am folgenden Tag untersagte. Die von etwa 1.500 Arbeiterinnen und Arbeitern – »in der Mehrzahl Frauen« – der Telefonfabrik Zwietusch besuchte Versammlung fand am Nachmittag im Volkshaus Charlottenburg statt. Zunächst sprach ein leitender Funktionär des Berliner DMV. Er bezeichnete den Arbeitskampf als »Anfang eines kommenden Generalstreiks«. Sollte es Arbeiter geben, die sich dem Streik noch nicht angeschlossen hätten, sollte »energisches Auftreten« ihrer streikenden Kollegen das ändern. Zubeil verwies auf das Beispiel der österreichischen Genossen und meinte dann, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter »verpflichtet« seien, die Arbeit so lange niederzulegen, »bis die gestellten Forderungen seitens der Regierung bewilligt seien«. Am Ende seiner Rede forderte er nochmals dazu auf, »durchzuhalten«. Als Arbeitervertreter stehe er »mit an erster Stelle« und falls man ihn etwa einsperren würde, »seien genügend Stellvertreter vorhanden«.⁷⁵ Auch bei der improvisierten Versammlung in der Nähe des Bahnhofs Beusselstraße schloss der Redner mit der Aufforderung, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, »als bis es von der Leitung angeordnet würde«.⁷⁶ Solche Rhetorik zeigt an, dass es in den Reihen der USPD bereits in den ersten beiden Streiktagen gravierende Divergenzen über den Zweck des Streiks und seine taktische Ausrichtung gab, ohne dass diese zu diesem Zeitpunkt bereits offen ausgetragen wurden oder zu Konflikten führten.

Wie lange der Streik dauern und welche Erfolge er haben konnte, hing unter anderem von seinem Ausmaß ab. Die Zahl der Streikenden wiederum war von Beginn an eine ebenso umstrittene wie eminent politische Größe. Ein auf drei Tage befristetes Verbot des »Vorwärts« erging am 29. Januar ausdrücklich, weil die Zeitung in ihrer Ausgabe vom selben Tag Zahlen über die Streikbeteiligung veröffentlicht hatte, die nach Ansicht der Militärbehörden eine »unnötige Beunruhigung« der Bevölkerung bewirken konnten.⁷⁷ Richard Müller hatte in seiner Vorgeschichte der Novemberrevolution die Zahl der Streikenden in Berlin für den 28. Januar auf 400.000, für den zweiten Streiktag gar auf 500.000 beziffert. Diese Zahl ergab sich aus der Unterstellung, dass in der Delegiertenversammlung am 28. Januar jeder der nach Müller exakt 414 Delegierten jeweils 1.000 Streikende vertrat.⁷⁸ Die Polizeibehörden gingen aber davon aus, dass ein Delegierter jeweils nur 500 Arbeiter vertrat, und dass sich unter den Teilnehmern der Versammlung auch solche aus

75 Bericht der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, an den Polizeipräsidenten Berlin, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 243f.

76 Polizeibericht, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 234f.

77 So die Verfügung des Oberkommandos in den Marken, 29.1.1918, in: *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 990f.

78 Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 114 und 116. Die Spartakusgruppe nannte wiederholt stark überhöhte Fantaziezahlen von 600.000 oder gar 650.000 Streikenden allein in Berlin. Vgl. zum Beispiel die Aufrufe und Flugblätter in: Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 88 und 105 (Flugblatt von Anfang Februar über den Verlauf des Januarstreiks). Die Zahlenangaben dieses Flugblatts wurden in der DDR-Geschichtswissenschaft unkritisch übernommen und sind von dort in die Literatur eingesickert. Vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 168f. Danach etwa die Angaben bei *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 980.

Betrieben befanden, die seit dem 28. Januar nicht bestreikt wurden.⁷⁹ Dennoch ist die Zahl von 400.000 Streikenden in Berlin, darin Richard Müller folgend, in der Forschungsliteratur ohne kritische Überprüfung übernommen worden.⁸⁰ Dabei wird übersehen, dass während der ersten Streiktage auch unter den Streikenden selbst ganz andere Zahlen zirkulierten. So gab der »Vorwärts« in dem inkriminierten Artikel zu Protokoll, dass die Zahl der beteiligten Arbeiter am 28. Januar nach Angaben der Streikleitung bei 250.000 gelegen habe. Dieselbe Zahl nannte am Mittag des 29. Januar der Redner bei einer improvisierten Versammlung im Treptower Park mit etwa 1.000 Teilnehmern.⁸¹

Die Behörden nannten selbstredend niedrigere Zahlen, da sie ein Interesse hatten, die Bedeutung des Streiks herunterzuspielen. Der Berliner Polizeipräsident nannte für den ersten Streiktag eine Zahl von 87.000 Streikenden aufgrund einer unvollständigen Zusammenstellung, die eine Reihe von Orten, die verwaltungstechnisch nicht zur Hauptstadt gehörten, nicht erfasste. Die tatsächliche Größenordnung bezifferte er auf rund 100.000 Streikende, betonte aber zugleich, dass sie für den 29. Januar »erheblich größer« ausfallen würde, da an diesem Tag auch die Beschäftigten anderer Betriebe wie der Königlichen Militärwerkstätten in Spandau – allein dort mit 5.000 weiteren Arbeiterinnen und Arbeitern – in den Streik getreten seien.⁸² In einem späteren Bericht nannte er für Berlin und Umgebung eine »angenommene Höchstzahl« von rund 175.000 Streikenden. Bei einer Besprechung mit dem Reichskanzler gab der Berliner Polizeipräsident Heinrich von Oppen am 29. Januar an, dass sich etwa die Hälfte aller Metallarbeiter und ein Sechstel der gesamten Arbeiterschaft in der Reichshauptstadt im Streik befänden. Eine Höchstzahl von 180.000 Streikenden nannte auch der preußische Kriegsminister.⁸³ Die von den Behörden gemachten Angaben und die in den ersten Streiktagen von der Streikleitung genannten Zahlen liegen, das zeigt dieser Vergleich, nicht völlig diametral auseinander. Zudem stimmen sowohl die Behörden als auch die Vertreter der Streikenden darin überein, dass die Zahl in Berlin am 28. Januar noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hatte, sondern in den beiden folgenden Tagen nochmals substanziell anstieg. Das Oberkommando in den Marken führte dies darauf zurück, dass erst am zweiten Streiktag, also dem 29. Januar, bekannt wurde, dass auch die Leitung der SPD »zur Mitarbeit an der Führung der ausständigen Massen bereit

79 Vgl. Bericht des Berliner Polizeipräsidenten, 29.1.1918.

80 Vgl. zum Beispiel *Feldman*, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland*, S. 361; *Müller*, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie*, S. 309.

81 Vgl. o. A., *Die Forderungen der Arbeiter*, in: *Vorwärts*, 29.1.1918, S. 1; Meldung des Kriminalbeamten Schatz, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 17.

82 Polizeipräsident Berlin, Abteilung VII, an das preuß. Ministerium des Innern, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 128f., hier: Bl. 128. Das Oberkommando in den Marken bezifferte die Zahl der Streikenden in Berlin für den 28. Januar auf 85.000, doch sei die Zahl »rasch« – also wohl bereits am 29. Januar? – auf das Doppelte gestiegen, als der Eintritt der SPD-Abgeordneten in die Streikleitung bekannt wurde und auch aus dem »Vorwärts« ersichtlich war, dass die Mehrheitssozialdemokraten an der Leitung des Streiks mitwirkten. Oberkommando in den Marken an das preuß. Kriegsministerium, 4.2.1918, BArch, R 43/548, Bl. 184–186, hier: Bl. 184.

83 Polizeipräsident Berlin, Abteilung VII, an das preuß. Ministerium des Innern (Entwurf), o. D. [vermutlich 31.1.1918], LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 133f.; vgl. *Stern*, *Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland*, S. 992f.; *Deist*, *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg*, S. 1157–1163, hier: S. 1160.

war«, wie der Eintritt der drei Vorstandsmitglieder in den Aktionsausschuss und die Berichterstattung des »Vorwärts« zeigte.⁸⁴ Diese These stieß im Übrigen auch unter leitenden Funktionären der Freien Gewerkschaften auf Zustimmung.⁸⁵ Die Relevanz dieses Befunds – der im Übrigen auch für Nürnberg gilt – ist ausdrücklich zu betonen: Die Streikbewegung in Berlin erhielt erst dann massenhaften Zulauf, als die Vertreter der Mehrheits-SPD in die Streikleitung eintraten. Ihre Beteiligung am Streik hatte eine »eindeutig mobilisierende Funktion«.⁸⁶

Die Größe der Streikbewegung hing in Berlin wie in anderen Städten auch von der Beteiligung von Arbeitern der verschiedenen Branchen und Gewerbebezüge ab. Bereits im Vorfeld des Streiks konnte die Polizei in Erfahrung bringen, dass nicht nur in Betrieben der Rüstungsindustrie, sondern auch unter den Holzarbeitern, Transportarbeitern und Schuhmachern für den Streik agitiert wurde.⁸⁷ Wie sich am ersten Streiktag zeigte, legte allerdings auch in manchen Betrieben der Rüstungsindustrie zunächst nur ein kleiner Teil der Beschäftigten die Arbeit nieder. Im Bezirk Charlottenburg etwa ruhte bereits am Vormittag des 28. Januar in nur zwei Rüstungsbetrieben – den Motoren- und Fahrzeugwerken der Loew AG und bei der Freundschen Maschinenfabrik in der Franklinstraße – die Arbeit vollständig. Bei einer Reihe der großen Rüstungsbetriebe im Bezirk war die Beteiligung zu diesem Zeitpunkt noch marginal. Das galt für die Firma Zwietusch – nur 10 Streikende unter rund 2.000 Beschäftigten –, für die Cassirer Kabelwerke – 150 Streikende bei mindestens 600 Beschäftigten – sowie vor allem für die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in der Kaiserin-Augusta-Allee, wo von 6.000 Beschäftigten am Morgen des 28. Januar nur 400 in den Streik eintraten. Im April 1917 war die Belegschaft dieses Werks umgehend vollzählig in den Streik getreten.⁸⁸

Wie bereits im Aprilstreik des Jahres 1917 blieben die Siemens-Werke, die an verschiedenen Standorten in Berlin rund 47.000 Beschäftigte zählten, auch vom Januarstreik 1918 weitgehend unberührt. Bereits am Nachmittag des 28. Januar legten 150 Arbeiter des Starkstromwerks in der Charlottenburger Franklinstraße die Arbeit nieder.⁸⁹ Am 30. Januar folgten ihnen 300 der rund 1.300 Beschäftigten

84 Oberkommando in den Marken an das preuß. Kriegsministerium, 4.2.1918, Bl. 184. Der gelernte Maschinenschlosser Fritz Ulm bemerkte bei einem Betrieb in Berlin-Johannisthal, dass dort beschäftigte Sozialdemokraten sich bei Beginn des Streiks zunächst danach erkundigten, ob die Gewerkschaften ihn unterstützten. Vgl. Erinnerungsbericht Fritz Ulm, 1951, BArch, SGY 30/643, Bl. 10.

85 Vgl. den Diskussionsbeitrag von Alexander Schlicke in der Konferenz der Verbandsvorstände am 1.2.1918: *Klaus Schönhoven* (Bearb.), *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*, Köln 1985, S. 414–437, hier: S. 430.

86 *Steinke*, *Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914 bis 1924*, S. 325.

87 Vgl. Polizeipräsident Berlin, Abteilung VII, 5. Kommissariat, 26.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 13.

88 Vgl. Polizeipräsident Berlin, Bericht, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 215; *Ziemann*, *Der Aprilstreik 1917*, S. 447. Zwei der hier genannten drei Betriebe – Zwietusch und Cassirer – sind nicht in der oben erwähnten Aufstellung von 17 Berliner Großbetrieben enthalten, deren Beschäftigte am 28. Januar vor 12.00 Uhr in den Streik getreten waren. Für die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken liegt dort keine genaue Zahlenangabe vor, nur der Hinweis, dass dort »zum Teil gearbeitet« werde. Vgl. die Meldung des preuß. Kriegsministeriums/Kriegsamt, 28.1.1918.

89 Vgl. ebd.; zum Aprilstreik 1917 *Ziemann*, *Der Aprilstreik 1917*, S. 446f.

in der Elektrodenfabrik in der Herzbergstraße in Berlin-Lichtenberg. Siemensstadt, wo die Masse der Berliner Beschäftigten von Siemens & Halske und der Siemens-Schuckertwerke tätig war, war allerdings zumindest am 29. Januar noch nicht von der Streikbewegung erfasst. Am selben Tag versuchte eine Demonstration von rund 2.000 Streikenden, die von Charlottenburg bis vor die Tore des Werksgeländes in Siemensstadt zog, die Arbeiter der Firma zum Eintritt in den Streik zu überreden, jedoch vergeblich. Nur 25 Beschäftigte legten kurzfristig die Arbeit nieder. Das gleiche Vorhaben wiederholte sich am 31. Januar, diesmal mit einem Demonstrationsszug von Arbeitern aus Moabit. Nach Angaben der Unternehmensleitung traten im weiteren Verlauf aber doch einige Tausend Beschäftigte in den Streik, darunter vor allem Facharbeiter. Der wichtigste Grund für das weitgehende Ausscheren der Arbeiter in den Berliner Siemens-Werken aus der Streikfront lag in der Politik der Unternehmensleitung. Diese hatte vor 1914 massiv den wirtschaftsfriedlichen »gelben« Gewerkverein begünstigt. Im Jahr 1916 gehörten immer noch rund die Hälfte der Beschäftigten dem Siemens-Werkverein an. Damit gab es selbst gegen Ende des Kriegs nur sehr begrenzte Möglichkeiten für die Arbeit der Freien Gewerkschaften in dem Unternehmen und damit auch für die Mobilisierung für einen Arbeitskampf.⁹⁰

Am Berliner Januarstreik beteiligten sich auch Beschäftigte in Gewerbebezügen außerhalb der Rüstungsindustrie. Dazu zählten etwa die Buchdrucker. Sie traten unter anderem aus Protest gegen das dreitägige Verbot des »Vorwärts«, das die Behörden am 29. Januar ausgesprochen hatten, in den Streik. Für die Bezirke Lichtenberg und Schöneberg vorliegende Aufstellungen lassen erkennen, dass auch andere Unternehmen bestreikt wurden, die nicht zur Rüstungsindustrie zählten, beispielsweise Fabriken für Sattlerwaren, Möbel, Entlüftungsanlagen, Glasherstellung und eine Bauschlosserei. In den meisten dieser insgesamt 22 Betriebe trat aber jeweils nur ein Teil der Belegschaft in den Streik und die Beschäftigtenzahlen waren zu meist gering. So waren nach diesen Aufstellungen am 29. Januar in beiden Bezirken zusammen nur rund 4.000 Arbeiter im Streik.⁹¹ Wie bereits beim Aprilstreik 1917 lag ein wichtiges Ziel der Streikbewegung darin, die Beschäftigten der Straßenbahnen zum Eintritt in den Arbeitskampf zu bewegen. Denn damit wäre es möglich gewesen, das öffentliche Leben in der Millionenstadt Berlin weitgehend lahmzulegen, das zumindest in den ersten drei Streiktagen von dem Arbeitskampf weitgehend unberührt blieb – unter anderem, weil die Redner auf den Versammlungen am 28. Januar davon abgeraten hatten, Straßendemonstrationen durchzuführen. Auch

90 Bericht der Polizei Berlin-Lichtenberg, 30.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 282f.; Direktion der Siemens-Schuckert-Werke an das Oberkommando in den Marken, 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 222f.; Scholz, Ein unruhiges Jahrzehnt, S. 96f.; Ilse Costas, Management and Labor in the Siemens Plant in Berlin (1906–1920), in: Leopold Haimson (Hrsg.), Strikes, Social Conflict and the First World War. An International Perspective, Mailand 1992, S. 269–286, hier: S. 271, 276f. und 280.

91 Vgl. Aufstellungen der Polizei in Lichtenberg und Schöneberg für den 29.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 227f. und 277f.; für die Buchdrucker Schönhoven, Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution, S. 425.

beim Januarstreik gelang es nicht, die Beschäftigten der Straßenbahnen zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen.⁹²

Die Enttäuschung und Frustration über das Fernbleiben der Straßenbahner von der Streikbewegung war ein wichtiger Faktor für die Ausschreitungen am vierten Streiktag, dem 31. Januar. Bereits am Morgen hatte sich an insgesamt zehn verschiedenen Orten Berlins eine jeweils mehrere Tausend Personen umfassende Menschenmenge versammelt. Das jeweils vor Ort eingesetzte Polizeiaufgebot forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen. Daraufhin kam es an mehreren Plätzen zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen die Beamten mit der blanken Waffe vorgingen, aber auch Schüsse aus der Menge abgefeuert wurden, woraufhin die Polizisten selbst von der Schusswaffe Gebrauch machten. In der Kaiserin-Augusta-Allee, wo die Straßenschlacht besonders heftig geführt wurde, starb ein Polizist durch einen Schuss aus der Menge. 21 weitere Polizisten wurden durch Schüsse oder Stockhiebe verletzt. Im Zuge dieser gewaltsamen Auseinandersetzungen kam es verschiedentlich dazu, dass aus der Menschenmenge heraus Gruppen von 20 bis 30 Männern Straßenbahnwagen umstürzten, während andere die Leinen der Kontaktstangen zur Oberleitung durchschnitten und Fensterscheiben der Waggons zertrümmerten. Der Alexanderplatz, ein weiteres Zentrum dieser Zusammenstöße, musste im Verlauf des 31. Januar mehrfach von der Polizei geräumt werden. Noch am Abend warf eine Menschenmenge hier einen Straßenbahnwagen um.⁹³ Nach Informationen der Berliner Polizei missbilligten weite Teile der Arbeiterschaft das Verhalten der vorwiegend jungen Männer, die an diesen Ausschreitungen teilgenommen hatten, da sie die Streikbewegung als solche »diskreditier[t]en«.⁹⁴ Auch Frauen nahmen an den Ausschreitungen teil, wobei nicht immer klar ist, ob aktiv oder vielmehr als Beobachterinnen oder Schaulustige. Zu ihnen gehörte etwa die Arbeiterin Therese Hausbalk, die bei den Auseinandersetzungen durch einen Schuss am Unterarm verletzt wurde. Hausbalk arbeitete bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau. Sie war, wie die Behörden ermittelten, Mitglied der SPD und Abonnentin des »Vorwärts« und hatte sich am Streik in ihrem Betrieb beteiligt.⁹⁵

92 Vgl. Mitteilung der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, 30.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 24; zum Verzicht auf Demonstrationen vgl. Meldung des Kriminalbeamten Schatz, 29.1.1918.

93 Vgl. Mitteilung der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, 1.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 29f.; *Scholz*, Ein unruhiges Jahrzehnt, S. 96f.; *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1017–1019. Umstritten blieb, ob bei diesen Zusammenstößen auch sechs Demonstranten erschossen wurden. Der USPD-Abgeordnete Joseph Herzfeld behauptete dies unter anderem am 22. Februar im Reichstag, doch die Behörden bestritten dies vehement und verwiesen darauf, dass Herzfeld nicht die Namen der angeblich Verstorbenen nannte. Richard Müller wiederum bezeichnete entsprechende Berichte als »nicht der Wahrheit« entsprechend. *Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 122; vgl. *Wheeler*, USPD und Internationale, S. 39; Oberkommando in den Marken an den Reichsinnenminister, 5.3.1918, BArch, R 1501/20451, Bl. 48 und 125f.

94 Mitteilung der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, 1.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/2, Bl. 406f. (Zitat).

95 Vgl. Mitteilung der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, 26.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15841, Bl. 453–456.

Bei den Demonstrationen und Ausschreitungen an diesem Tag wurden auch Konflikte zwischen streikenden und arbeitswilligen Arbeitern bloßgelegt. Nach einer Versammlung der Arbeiter der Firma Zwietusch im Volkshaus Charlottenburg bildete sich ein Demonstrationszug von etwa 10.000 Menschen, dem sich auch Streikende der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in der Kaiserin-Augusta-Allee anschlossen. Die Menge bewegte sich nach Siemensstadt, wurde dabei mehrfach von der Polizei gesprengt, fand aber danach wieder zusammen. Vor dem Verwaltungsgebäude von Siemens & Halske rissen Teilnehmer einen berittenen Polizisten von seinem Pferd und verprügelten ihn. Dann sprach der USPD-Reichstagsabgeordnete Fritz Kunert zu den Arbeitern. Er betonte, dass sich etwa eine Million Arbeiter im Streik befänden.

»Die Eisenbahner und die Angestellten der Straßenbahn würden sich morgen anschließen. Wenn jetzt einer von den Streikenden die Einberufung zum Militär erhalte, so soll er diesem Ruf nicht Folge leisten. Diese Entschließung wurde von den Vertrauensleuten ausgegeben. Er forderte die aus den Fenstern sehenden und der Rede lauschenden Arbeiter auf, sich den Streikenden anzuschließen. Weiter sagte Kunert zu den Arbeitern, wenn ihr nicht freiwillig mitgeht, so brauchen wir Gewalt.«⁹⁶

Danach sprach Anna Nemitz. Die 1873 geborene Schneiderin war seit 1894 in der SPD aktiv und 1917 zur USPD übergetreten. Von 1920 bis 1933 war sie als Reichstagsabgeordnete tätig, ab 1922 wieder für die SPD. Nemitz forderte die Arbeiter von Siemens & Halske ebenfalls »dazu auf, die Arbeitsstätte sofort zu verlassen, da sonst gegen denjenigen, der nicht freiwillig mitgeht, Gewalt gebraucht werden würde«. Danach setzte sich der Zug in Richtung Bahnhof Jungfernheide in Bewegung, Straßenbahnwagen wurden angehalten und die Scheiben der Wagen eingeschlagen. Nach und nach zerstreute sich die Menge schließlich.⁹⁷

IV. Die Forderungen der Streikenden

Der Januarstreik war von Anfang an ein politischer Arbeitskampf. Die Berliner Versammlung der Fabrikdelegierten beschloss am 28. Januar einen aus sieben Punkten bestehenden Forderungskatalog. An erster Stelle stand die »schleunige Herbeiführung« eines Friedens ohne Annexionen gemäß den Vorschlägen der russischen Delegation in Brest-Litowsk, gefolgt von der »Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen«. Weitere Forderungen waren die Aufhebung des Belagerungszustands und aller kriegsbedingten Einschränkungen der Presse-, Meinungs- und Koalitionsfreiheit sowie der »Militarisierung der Betriebe« und die sofortige Freilassung aller »wegen politischer Handlungen« Verhafteten. In

96 Mitteilung der Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, 1.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15841, Bl. 279–281, hier: Bl. 280.

97 Ebd., Bl. 281. Für ihre Beteiligung an diesem Zusammenstoß mit der Polizei wurde Nemitz vom Oberreichsanwalt beim Reichsgericht im Mai 1918 des Hochverrats angeklagt. Das Verfahren kam jedoch bis zur Revolution nicht zur Verhandlung. Vgl. den biografischen Abriss *Ilse Fischer, Nemitz, Anna*, in: *Neue Deutsche Biografie* 19, 1999, S. 63, URL: <<https://www.deutsche-biographie.de/gnd12947424X.html>> [18.6.2025].

diesem Zusammenhang forderten die Streikenden aber auch die Wiedereinführung der bei Kriegsbeginn aufgehobenen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche in Gewerbebetrieben. Am Schluss stand der Ruf nach einer durchgreifenden »Demokratisierung« aller staatlichen Institutionen, konkret die Einführung des allgemeinen und gleichen Landtagswahlrechts für Frauen und Männer in Preußen. Der Streikaufruf der Revolutionären Obleute hatte diese Positionierung nicht enthalten. Eine im engeren Sinne wirtschaftliche Forderung war nur der dritte Punkt, die »bessere Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben« – also bei den landwirtschaftlichen Erzeugern – und deren gleichmäßige, gerechte Verteilung.⁹⁸

In einer Reihe weiterer Orte – so etwa in Dresden, Jena und Kassel – übernahmen die dortigen Vertreter der Streikenden diesen Forderungskatalog in Gänze, oft mit direktem Bezug auf das Berliner Vorbild. In anderen Städten gab es geringfügige Modifikationen. In München verfassten der Schreinermeister Albert Winter – Vorsitzender der dortigen USPD-Ortsgruppe – und sein gleichnamiger Sohn ein Flugblatt, das die Berliner Forderungen direkt übernahm, allerdings ohne das Verlangen nach besserer Erfassung und Verteilung der Lebensmittel. Ganz in diesem Sinne hob Kurt Eisner in einer Rede am 27. Januar als vorbildlich hervor, dass die streikenden Arbeiter in Wien »nicht um Brot oder Fleisch« feilschen würden, sondern »politische Forderungen« stellten.⁹⁹ In Fürth überreichte eine Delegation der Streikenden dem Magistrat der Stadt einen aus vier Punkten bestehenden Forderungskatalog. Neben einem Frieden »nach den Vorstellungen der Bolschewiki« und der Aufhebung des Belagerungszustands wurde auch hier die Freilassung aller aus politischen Gründen Inhaftierten gefordert, unter namentlicher Nennung von Karl Liebknecht. Die letzte Forderung bestand darin, dass jegliche »Maßregelungen« der streikenden Arbeiter unterbleiben sollten.¹⁰⁰ Außerhalb Preußens nahm man die Berliner Punkte auf und ergänzte sie um die Forderung nach Abschaffung eines dort geltenden Klassenwahlrechts, so etwa in Gotha für das Wahlrecht des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha.¹⁰¹

In einer Reihe von Orten stellten die Streikenden – so wie es zuvor der Arbeiterrat der Berliner Fabrikdelegierten getan hatte – im Zuge der Wahlrechtsforderung ganz explizit die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Nach dem jetzigen Forschungsstand geschah dies in Streikversammlungen in Dresden, Kassel, Nürnberg und Mannheim. In Mannheim sprach am 1. Februar Hans Brümmer, ein gelernter Schmied und Gewerkschafter, der 1917 zur USPD übergetreten war und in der

98 Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 217. Diese Forderungen finden sich auch in: o. A., Die Forderungen der Arbeiter, in: Vorwärts, 29.1.1918, S. 1; vgl. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie, S. 309.

99 Grau, Der Januarstreik 1918 in München, S. 283; vgl. für Kassel Stern, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1036f. und 1073; für Jena Pöhlend, Arbeiterbewegung in Ostthüringen, S. 125f.; für Döhlen bei Dresden: Bericht des sächsischen Innenministeriums, 2.2.1918, BArch, R 1501/20451, Bl. 71.

100 Stadtmagistrat Nürnberg an bayer. Ministerium des Innern, 28.1.1918, BHStA/II, Minn 66283.

101 Vgl. Ulrich Hess, Die Vorbereitung und Durchführung der Novemberrevolution 1918 im Lande Gotha. Eine Aktenpublikation, in: Der Friedenstein, 1959, S. 13–20, 42–47, 61–67, 88–91, 133–135, 148–154 und 171–176, hier: S. 66.

Revolution 1918/19 kurzfristig Mitglied der provisorischen Volksregierung in Baden war. Brümmer betonte in seiner Rede:

»Die bis jetzt politisch rechtlos gewesenen Frauen, die doch im Kriege bewiesen haben, daß sie den Anforderungen gewachsen sind, müssen das Frauenwahlrecht erlangen. Man sagt, die Frau gehöre ins Haus, aber die Entwicklung treibt sie doch aus dem Haus heraus.«¹⁰²

In einigen Orten gab es neben den politischen Forderungen auch solche, die ganz spezifisch auf die betriebliche Situation der Streikenden abgestellt waren. Dazu zählt etwa der am Nachmittag des 31. Januar auf einer Versammlung der bei der AG Weser in Bremen streikenden Werftarbeiter aufgestellte Forderungskatalog. Er lehnte sich zwar in vielem an das Berliner Vorbild an, nannte aber auch die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes und die Abschaffung des auf der Werft herrschenden »militärischen Drills« als separate, so wohl nirgendwo sonst formulierte Ziele.¹⁰³ Die am 29. Januar verabschiedete Resolution der Streikenden in Kiel erhob in diesem Sinne auch die Forderung, dass die »Vertrauensmänner der Arbeiter« nicht »zur Strafe« zum Militär einberufen werden dürften.¹⁰⁴

Der Katalog der Berliner Fabrikdelegierten wurde im Übrigen auch dort übernommen, wo Vertreter von SPD und USPD von vornherein bei der Durchführung des Streiks gemeinsam vorgingen, wie dies in Nürnberg der Fall war. Dort entwarf der Mehrheitssozialdemokrat Adolf Braun für beide Parteien und die Freien Gewerkschaften ein am 29. Januar verteiltes Flugblatt, das sich – wenn auch in anderer Reihenfolge – an die Berliner Forderungen anlehnte. An erster Stelle stand hier das Ziel einer Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen und Bayern. Wie in Fürth wurde auch in Nürnberg namentlich die Freilassung von Karl Liebknecht verlangt. Zu den auch andernorts erhobenen Forderungen kamen hier nur die nach der Einführung des Achtsturentags und der sofortigen Einberufung des Reichstags hinzu.¹⁰⁵ Allerorten standen so politische Ziele, an erster Stelle die Forderung nach

102 Vgl. *Kuhlbrodt*, Die proletarische Frauenbewegung, S. 76, Zitat: S. 294.

103 Telegramm der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten 31.1.1918 an das Reichsinnenministerium, BAArch, R 1501/112255, Bl. 61f. Die Diskrepanz zu dem bei *Ullrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 149, erwähnten Forderungskatalog bei der AG Weser ergibt sich wohl daraus, dass dieser in der Bremer Bürger-Zeitung veröffentlicht wurde, nicht aber den Wortlaut der in der Versammlung beschlossenen Punkte wiedergibt.

104 Abgedr. in: Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 78f.

105 Vgl. *Bernward Anton*, »Selbst wenn Fehler gemacht werden, sollten sie geschlossen gemacht werden [...] Deshalb war es ein unkluges, politisch sehr schädliches Beginnen, daß die »unabhängige« Partei sich gegründet hat.« Die Spaltung der bayerischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und die Entstehung der USPD. Vorgeschichte – Verlauf – Ursachen, Dissertation, Augsburg 2015, S. 1019f.; *Schwarz*, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, S. 246f.; Text des Flugblatts in *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 973f. Auch eine am 29. Januar in Kiel beschlossene, an den Reichskanzler adressierte Resolution forderte die Einbeziehung des Reichstags bei den Friedensverhandlungen – und nicht nur die Heranziehung von Arbeitervertretern wie im Berliner Katalog –, aber auch die sofortige Auflösung und Neuwahl des preußischen Abgeordnetenhauses. Vgl. *Ullrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 145f.; Institut für Marxismus-Leninismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II/2, S. 78f.

einem den Vorschlägen der russischen Delegation in Brest-Litowsk folgenden Friedensschluss, im Zentrum des Streiks.

Nur vereinzelt standen ganz klar wirtschaftliche Ziele im Vordergrund. Ein wichtiges Beispiel dafür ist Hamburg, wo am Vormittag des 29. Januar im Gewerkschaftshaus eine von rund 5.000 streikenden Arbeitern der Vulkanwerft und von Blohm & Voss besuchte Versammlung stattfand. Ihre Leitung lag in den Händen des Obmanns des Arbeiterausschusses von Blohm & Voss, der von vornherein die wirtschaftlichen Hintergründe des Streiks betonte. Damit stieß er zwar auf den Widerwillen einiger Teilnehmer, die mit Zwischenrufen wie »Nicht wahr!« reagierten.¹⁰⁶ Der von der Versammlung angenommene Forderungskatalog reflektiert die Prioritäten der freigewerkschaftlichen Obleute der Vulkanwerft, die ihn ausgearbeitet hatten. Seine zehn Punkte konzentrierten sich auf Fragen der Lebensmittelversorgung – etwa eine Erhöhung der Kartoffelration, die Austeilung von Knochen und die Bekämpfung des Schleichhandels – sowie eine Reform der innerbetrieblichen Machtverteilung etwa durch die Einschränkung des »willkürlichen Verhaltens« der Meister und die Forderung, dass die Namen von Arbeitern, die zum Militärdienst eingezogen werden, vorher dem Arbeitsausschuss vorzulegen seien. Im engeren Sinne politische Forderungen enthielten nur zwei separate Resolutionen, die die Versammelten beschlossen. Die erste sah in einem »sofortigen Frieden ohne Annexionen« das beste Mittel zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und forderte ein energisches Vorgehen gegen den Annexionismus der Vaterlandspartei. Im Entwurf dieser Resolution wurde noch das Wort »bitten« verwendet, auf Zurufe aus dem Kreis der versammelten Arbeiter wurde dies aber in das schärfere »fordern« geändert. Die zweite Resolution unterstützte die freigewerkschaftlichen Forderungen für eine Bekämpfung des Schleichhandels mit Lebensmitteln und verlangte die Beteiligung von Arbeitervertretern »in allen Körperschaften des Kriegsernährungsamts«.¹⁰⁷

Bei den streikenden Bergleuten der Zeche Kaiserstuhl in Dortmund stand die Forderung nach besserer Versorgung mit Lebensmitteln an erster Stelle.¹⁰⁸ In Lübeck unterbreitete eine aus 15 Vertretern bestehende Kommission der streikenden Arbeiter am Nachmittag des 30. Januar – dem ersten Streiktag – dem Bürgermeister der Hansestadt ihre Forderungen. Sechs der insgesamt acht Punkte betrafen die Verbesserung der Lebensmittelversorgung. An erster Stelle stand eine Erhöhung der Fettration auf 90 Gramm, gefolgt von der Verteilung der Tierknochen aus Militärschlachtungen und einer gerechteren Milchversorgung. Fisch sollte auf Karten verteilt und nicht an Hotels abgegeben werden. Erst die letzten zwei Forderungen betrafen die Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und das gleiche und direkte Wahlrecht zur Bürgerschaft. In der Erwartung, dass zumindest einige der

106 Ullrich, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 146; zur Teilnehmerzahl vgl. den Bericht der Hamburger Polizei, 30.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 70f.

107 Ebd. In Emden stellten die Streikenden vier Forderungen: Bekämpfung des Schleichhandels, bessere Belieferung mit Speisefetten, mit Teigwaren und Eiern sowie die Durchsuchung »aller Häuser auf gehamsterte Waren«. Berlin, Die Arbeiterbewegung in den Küstenstädten der Nordsee, S. 469.

108 Vgl. Telegramm des Arbeiterausschusses der Zeche Kaiserstuhl, 29.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 47.

ökonomischen Punkte erfüllt würden, beendeten die Streikenden in Lübeck am 31. Januar ihren Arbeitskampf.¹⁰⁹ Die Einbeziehung oder gar Betonung der Forderung nach einer besseren Lebensmittelversorgung musste keineswegs eine Schwächung der Streikbewegung nach sich ziehen – im Gegenteil. Der gelernte Bergmann Gustav Sobottka – 1918 Mitglied der USPD, von 1921 bis 1932 dann preußischer Landtagsabgeordneter der KPD – hat in einem später in der DDR verfassten Erinnerungsbericht zu Recht die Diskrepanz zwischen dem Dortmunder Bergrevier und den Zechen im Westen des Ruhrgebiets hervorgehoben. Nach seinen Erinnerungen und den in seinem Besitz befindlichen Unterlagen hatten sich die streikenden Bergleute auf Prosper II in Bottrop ganz auf die Forderung nach einem Generalstreik zur Beendigung des Kriegs konzentriert. Hier nahmen nur 85 der 1.100 unter Tage arbeitenden Bergleute am 30. Januar während der Tagschicht am Streik teil. Im Dortmunder Revier hingegen, wo die Forderung nach besserer Lebensmittelversorgung an erster Stelle stand, war die Beteiligung am Streik weitaus höher.¹¹⁰

In seinem Buch über die »Entstehung der Weimarer Republik« hat der Historiker Arthur Rosenberg moniert, dass dem Streikprogramm der Berliner Arbeiter »jeder sozialistische Charakter« gefehlt habe. Es sei weder die Frage nach der Vergesellschaftung des Eigentums gestellt noch beispielsweise die »Verstaatlichung der Rüstungsbetriebe« gefordert worden. Die Arbeiter hätten nicht mehr als einen »gemäßigten Frieden, Brot und bürgerliche Demokratie« verlangt, »klassenmäßig sozialistische Forderungen« hätten »jenseits ihres Horizonts« gelegen.¹¹¹ Diese Deutung vermag nicht zu überzeugen.¹¹² Denn Forderungen nach Aufhebung des Belagerungszustands, nach Freilassung der politischen Gefangenen und Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen kamen in der Konsequenz einer weitgehenden Entmachtung des repressiven Apparats des wilhelminischen Staats nahe. Es waren genuin sozialistische Forderungen, die keine der bürgerlichen Parteien unterstützen konnte und wollte, zumal dann nicht, wenn Karl Liebknecht, die Symbolfigur des linksradikalen Kampfs gegen den Krieg, explizit genannt wurde.

Ebenso wenig war die Forderung nach einem sofortigen Frieden »gemäßigt« – im Gegenteil: Die Arbeiter in Berlin und anderen Orten des Reichs machten sich explizit die Friedensziele der Bolschewiki zu eigen. Die Forderung nach der Einbindung von Arbeitervertretern in die laufenden Verhandlungen war nichts weniger als eine Revolution der diplomatischen Gepflogenheiten. Gerade hier zeigte die Streikbewegung, wie eng sie mit Programmatik und Politik der USPD verknüpft war. Auch

109 Vgl. o. A., Eine Protestaktion der Lübecker Arbeiterschaft, in: Lübecker Volksbote, 30.1.1918; Senat der Hansestadt Lübeck an das Reichsamt des Innern, 30.1.1918, GStA PK, I. HA Rep. 89, Nr. 15095, Bl. 104; Senat der Hansestadt Lübeck an das Reichsamt des Innern, 31.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 52.

110 Erinnerungsbericht von Gustav Sobottka (1950), BArch, SGY 30/772, Bl. 296–298. Aus der Erinnerung heraus siedelte Sobottka Prosper II fälschlich in Hamborn an. Zur Beteiligung in Prosper II beziehungsweise dem Dortmunder Revier vgl. Telegramme des Regierungspräsidenten in Arnsberg an den preuß. Staatskommissar für Volksernährung, 28.1., 31.1. und 2.2.1918, GStA PK, I. HA Rep. 197 A, Nr. 599, Bl. 13f., 30 und 43–45; Telegramm des Regierungspräsidenten in Münster an den preuß. Staatskommissar für Volksernährung, 31.1.1918, ebd., Bl. 38.

111 Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S. 187.

112 Vgl. Anton, Die Spaltung der bayerischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, S. 1019f.; Boll, Der Januarstreik 1918 in seinen friedenspolitischen Kontexten, S. 36.

die SPD verlangte im Gefolge des Streiks von der deutschen Regierung die Bereitschaft zu einem »allgemeinen Frieden, ohne offene oder verschleierte Annexionen und Kontributionen«.¹¹³ Aber angesichts der deutschen Verhandlungsführung in Brest-Litowsk war das nicht mehr als eine für jedermann leicht zu durchschauende Schutzbehauptung. Mit der Forderung nach einem durch die Hinzuziehung von Arbeitervertretern demokratisch legitimierten Frieden, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker Ostmitteleuropas vorbehaltlos anerkannte, hatte das nichts zu tun. Vor einer großen Menge streikender Arbeiter in Schweinfurt sprach der Arbeiterssekretär und USPD-Vertreter August Karsten am 30. Januar davon, dass »wir [...] mit unseren Brüdern, hauptsächlich Trotzki und Lenin in Frieden und Einigkeit leben« wollen.¹¹⁴ Aus Sicht der bürgerlichen Parteien und der Führungsspitze der Mehrheitssozialdemokratie war diese Hoffnung ebenso radikal wie inakzeptabel.

Die Forderungen der streikenden Arbeiter waren vom Geist des proletarischen Internationalismus geprägt. Dieser trat am stärksten und eindringlichsten in München hervor, wo die Streikenden in einer Versammlung in der Mathäser-Brauerei am Nachmittag des 31. Januar folgende Resolution einstimmig annahmen:

»Die streikenden Arbeiter Münchens, vornehmlich die der Krupp-Werke, entbieten ihren brüderlichen Gruss den belgischen, französischen, englischen, russischen und amerikanischen Arbeitern. Wir fühlen uns eins mit Euch in dem Entschluss, dem Weltkrieg sofort ein Ende zu bereiten. Wir sollen uns nicht morden. Wir werden unsere Regierungen, die verantwortlich für den Weltkrieg sind, zur Rechenschaft ziehen. Wir wollen gemeinsam den Weltfrieden erzwingen, der im Ausbau einer neuen Welt allen Menschen Freiheit und Glück sichert. Proletarier aller Länder vereinigt Euch!«¹¹⁵

V. Ausdehnung und Verlauf des Streiks außerhalb Berlins

Trotz der Absprachen am Rande des USPD-Gründungsparteitags in Gotha war der Aprilstreik 1917 auf zwei Zentren begrenzt geblieben. Außer in Berlin und Leipzig hatten nur noch in Chemnitz und Magdeburg mehrere Tausend Arbeiter gestreikt. Während des Januarstreiks 1918 hingegen traten Arbeiter in allen wichtigen Industrieregionen Deutschlands – mit Ausnahme des Saarreviers – in den Streik.¹¹⁶ Nach Recherchen von DDR-Historikern beteiligten sich Ende Januar 1918 Arbeiter in

113 So in der Sitzung des Parteiausschusses am 30.1.1918: *Matthias/Pikart*, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, Bd. II, S. 370 f.

114 Anlage zu Stadtmagistrat Schweinfurt an das bayer. Innenministerium, 30.1.1918, BHStA/II, MInn 66283.

115 Drahtbericht aus München, 31.1.1918, BArch, R 43/547, Bl. 152.

116 Die Ruhe im Saarrevier betonte auch der Bericht des preuß. Kriegsministers vom 5.2.1918: *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg, S. 1057–1063, hier: S. 1062; vgl. *Klaus-Michael Mallmann/Horst Steffens*, Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar, München 1989, S. 118–120. Im Saarrevier war es erst im September 1917 zu einem Streik der Bergarbeiter gekommen. Erst im Frühjahr 1918 kam es in Saarbrücken zur Gründung eines USPD-Ortsvereins.

insgesamt 57 Orten an Arbeitskämpfen.¹¹⁷ Diese Angabe ist jedoch in doppelter Hinsicht unzuverlässig. Zum einen umfasst sie sieben Städte, in denen Ende Januar 1918 nicht gestreikt wurde. Zum anderen gab es eine Beteiligung am Streik in einer ganzen Reihe weiterer Orte, die in der in der DDR zusammengestellten Liste nicht enthalten sind. Nach jetzigem Forschungsstand lässt sich eine Beteiligung am Januarstreik für insgesamt 69 Orte nachweisen.¹¹⁸ Es ist zu vermuten, dass intensive Recherchen noch Hinweise auf Arbeitsniederlegungen in weiteren Orten zutage fördern werden. Dies scheint vor allem für Städte und Gemeinden im Brandenburger Umland von Berlin, aber auch für Städte mit Werftbetrieben an der Ostsee plausibel.¹¹⁹ Die Beteiligung am Januarstreik war geografisch sehr weit gestreut, fiel allerdings je nach Region und Ort höchst unterschiedlich aus. Die lokalen und regionalen Schwerpunkte des Streiks deckten sich keineswegs – um ein wichtiges Ergebnis vorwegzunehmen – mit den Hochburgen der USPD.

Ein bedeutender regionaler Schwerpunkt des Januarstreiks waren die Werftbetriebe in den norddeutschen Hafenstädten. In Kiel begann der Streik früher als in allen anderen Orten des Reichs. Große Teile der Belegschaft der Torpedowerkstatt in Friedrichsort, einer Hochburg der USPD, stellten bereits am 25. Januar als Protest gegen die Einberufung gewerkschaftlicher Vertrauensleute die Arbeit ein.¹²⁰ Die Arbeiter der Germaniawerft in Gaarden schlossen sich dem Streik am folgenden Tag an, darauf in rascher Folge die Arbeiter von zehn weiteren Rüstungsbetrieben. Auf Initiative des USPD-Ortsvorstands bildeten zunächst die Arbeiter der Germaniawerft, denen sich die Arbeiter anderer Betriebe anschlossen, einen zehnköpfigen Arbeiterrat, der als lokale Streikleitung fungierte. Ihm gehörten neben Vertretern der USPD auch solche der SPD an, auf deren Drängen auch der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, Carl Legien, der zufällig in Kiel weilte, dem Streik seine Unterstützung aussprach.¹²¹ Am Tag des eigentlichen Streikbeginns, dem 28. Januar, waren dann die meisten Beschäftigten der Kieler Werften

117 Vgl. *Boll*, Frieden ohne Revolution, S. 242; Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 168f., und die in diesem Band eingelegte Karte 1. Spandau, Charlottenburg und Berlin wurden hier als separate Orte gezählt.

118 Vgl. Tabelle 1.

119 In Stettin gab es offenbar intensive Bemühungen der dortigen USPD, durch die Verteilung des Flugblatts der Reichstagsfraktion die Arbeiterschaft der örtlichen Betriebe zum Streik zu bewegen, allerdings ohne dass die Arbeit irgendwo nennenswert unterbrochen wurde. Das stellvertretende Generalkommando reagierte mit der Verhängung der Schutzhaft gegen bekannte Verteiler des Flugblatts und August Horn, den Bezirkssekretär der USPD. Vgl. Monatsbericht des stv. GK II. AK, 2.2.1918, BAArch, R 1501/112255, Bl. 227. Horn war bereits im Juni 1917 in Schutzhaft genommen worden, als Tausende von Arbeitern und Frauen in Stettin für mehrere Tage gestreikt und protestiert hatten. Vgl. *Wolfgang Wilhelmus*, Die ersten Aktionen der Spartakusgruppe in Stettin, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch 1, 1961, S. 89–96, hier: S. 93.

120 *Ulrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 120, behauptet fälschlich, die »gesamte Belegschaft« der Torpedowerkstatt sei in den Streik getreten.

121 Vgl. ebd., S. 145f.; zur Bildung des Arbeiterrates und der Beteiligung von Vertretern der SPD *Lothar Popp*, Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand, Kiel 1918, S. 7f. *Ulrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 151f., übergeht die Beteiligung von Vertretern der SPD. *Dirk Dähnhardt*, Revolution in Kiel: Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918–19, Neumünster 1978, S. 45, unterschätzt hingegen die Rolle der USPD.

und vieler Metallbetriebe im Arbeitskampf, insgesamt etwa 24.000 Arbeiter. Bereits am 30. Januar bröckelte die Streikfront jedoch ab, da sich nun viele vom Militärdienst zurückgestellte Arbeiter melden mussten. Am 31. Januar fand deshalb eine Urabstimmung statt, an der sich 10.000 Arbeiter beteiligten. Zwar stimmten 6.000 von ihnen für eine Weiterführung des Streiks. Da die meisten Beschäftigten aber ohnehin die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, rief die Streikleitung dazu auf, am nächsten Tag wieder in die Betriebe zurückzukehren.¹²²

In Hamburg traten am 28. Januar zunächst die Arbeiter der Vulkanwerft in den Streik. Als am Tag darauf die Belegschaften von Blohm & Voss, anderer Werften sowie einiger Metallbetriebe folgten, standen insgesamt 25.000 Hamburger Arbeiter im Arbeitskampf. Die Vertreter der Streikenden beschlossen nach der sofort einsetzenden Einberufung zahlreicher streikender Arbeiter am 1. Februar den Abbruch des Streiks. In Bremen traten zunächst rund 3.600 Arbeiter der AG Weser in den Streik, allerdings erst am 31. Januar. Der verspätete Beginn begrenzte hier die Wirkung, da sich nur ganz wenige Beschäftigte anderer Betriebe anschlossen. Die Höchstzahl der Streikenden in Bremen lag bei 4.100. Am 4. Februar wurde der Streik hier abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen.¹²³

In Wilhelmshaven nahmen am 30. Januar etwa 1.200 Arbeiter der Kaiserlichen Werft an einer Versammlung teil. Am nächsten Tag fanden sich etwa 7.000 bis 8.000 Arbeiter direkt vor dem Eingang zur Werft ein, andere hatten die Arbeit jedoch bereits wieder aufgenommen. Mit dem Ende dieser Versammlung war auch der Streik beendet. In Emden traten am 31. Januar rund 1.100 Werftarbeiter in den Streik, gingen aber bereits am 2. Februar wieder zur Arbeit.¹²⁴ Unter den wichtigen Hafenstädten an der Ostsee blieb in Rostock ein Streik der Werftarbeiter aus. Auf der dortigen Neptun-Werft verhandelten der Arbeiterausschuss und die Direktion Ende Januar über die Forderung nach Aufschlägen für Akkordarbeit. Am 30. Januar fand eine von der Mehrheitssozialdemokratie organisierte »wuchtige Kundgebung für den Frieden« statt. Zum Streik kam es in Rostock aber nicht, vor allem weil die Behörden des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin als Reaktion auf diese Versammlung umgehend ein außerordentliches Kriegsgericht einsetzten und der kommandierende General des IX. Armeekorps öffentliche Versammlungen verbot. Allerdings traten in Schwerin etwa 800 Arbeiter der Fokker Flugzeugwerke am 31. Januar in einen halbtägigen Demonstrationstreik.¹²⁵ In Lübeck streikten am 30. und 31. Januar etwa 6.000 Arbeiter.¹²⁶

122 Vgl. *Ulrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 146f.

123 Vgl. ebd., S. 146–157, Zahlen der Streikenden: S. 145–147 und 149; zur Höchstzahl für Bremen: Meldung des preuß. Kriegsministeriums/Kriegsamt, 2.2.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 85. Die Größenordnung der Zahl der Streikenden für Kiel, Hamburg und Bremen bestätigt der Bericht des preuß. Kriegsministers vom 5.2.1918: *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg, S. 1161f.

124 Vgl. *Berlin*, Die Arbeiterbewegung in den Küstenstädten der Nordsee, S. 449–480, Zahlen der Streikenden: S. 461–463.

125 *Antje Strahl*, Das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin im Ersten Weltkrieg. Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft, Köln/Wien etc. 2015, S. 275–279, Zitat: S. 276, Zahl der Streikenden: S. 277.

126 Vgl. *Julian Freche*, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919–1933), Kiel/Hamburg 2019, S. 59. Zu Beginn des Streiks in Lübeck am 30. Januar lag die Zahl der Streikenden noch bei 4.000. Vgl. Telegramm des Senats der Hansestadt Lübeck an das Reichsamt des In-

An der Ostseeküste in der Provinz Westpreußen beteiligten sich Werftarbeiter in Danzig und Elbing am Januarstreik. In Danzig waren dies am Nachmittag des ersten Streiktags, des 29. Januars, 3.350 Arbeiter oder 47 % der Beschäftigten der Kaiserlichen Werft sowie knapp 300 Arbeiter der Artilleriewerkstätten und der Königlichen Gewehrfabrik. Am 30. Januar trat dann auch ein »großer Teil« der Arbeiter bei der Danziger Niederlassung der Schichau-Werft in den Streik, nach Angaben der Behörden waren dies 400 Arbeiter. Bei der Schichau-Werft in Elbing, die sich auf die Produktion von Torpedobooten spezialisiert hatte, streikten 1.200 Arbeiter und damit die Hälfte der dortigen Belegschaft.¹²⁷ Am Morgen des 29. Januar zogen die Danziger Arbeiter von der Werft in die Innenstadt, wo auf einer Kundgebung jeweils ein Vertreter von SPD und USPD sprach. Auch eine dort gebildete Kommission bestand aus je drei Vertretern beider Parteien. Sie erhielt den Auftrag, die Forderungen der Streikenden beim Regierungspräsidenten und der Kommandantur vorzutragen, wo sie jeweils für eine Stunde empfangen wurde. Auf einer neuerlichen Kundgebung am Nachmittag des 29. Januar berichteten die Kommissionsmitglieder über die Gespräche. Der Redner der USPD war ein »Lithograph« namens »Eberlein«. Dabei handelte es sich um Hugo Eberlein, der seit Kriegsbeginn zum engsten Kreis der innerparteilichen Opposition um Rosa Luxemburg gehörte und führend an der organisatorischen Arbeit der Spartakusgruppe beteiligt war. Eberlein betonte, dass es sich um einen politischen Streik handele und dass deshalb mit Bedacht keine wirtschaftlichen Forderungen gestellt worden waren. Zugleich wies er den Vorwurf des Landesverrats zurück. Für englische und französische Kapitalisten habe er »ebenso wenig Sympathien« wie für die deutschen und auch die Arbeiter in Frankreich und Großbritannien hätten »nicht richtig gehandelt«. Für die Arbeiter der Danziger Schichau-Werft ging es aber in erster Linie um eine betriebsspezifische Forderung, nämlich um die immer noch verzögerte Schaffung eines Arbeiterausschusses nach dem Hilfsdienstgesetz. Zur Erreichung dieses Ziels hatten sich auch einige Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften, deren Führung den Streik entschieden ablehnte, dem Arbeitskampf angeschlossen. Als dies für April 1918 zugesagt wurde, waren die Arbeiter bei Schichau zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. Nachdem die mit Eberlein und fünf anderen Vertretern besetzte Kommission am 30. Januar nochmals mit dem Kommandanten gesprochen hatte und dieser einen Verzicht auf Maßregelungen zusagte, beschloss eine am selben Nachmittag einberufene Massenversammlung den Abbruch des Streiks und die

nern, 30.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 31f. Bestreikt wurde vor allem das Draegerwerk und die Lübecker Maschinenbaugesellschaft. Mitteilung des Kriegsamts, 30.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 35. Zur Berichterstattung: Lübecker Volksbote, 30. und 31.1.1918.

127 O.A., Die Streikbewegung in Danzig, in: Volkswacht (Danzig), 2.2.1918; vgl. Bericht des Regierungspräsidenten in Danzig, 1.5.1918, in: *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1329; *Günter Stavorinus*, Die Geschichte der Königlichen/Kaiserlichen Werft Danzig 1844–1918, Köln/Wien etc. 1998, Zahl für die Kaiserliche Werft: S. 257 und 436; Bericht des preuß. Kriegsministers, 5.2.1918, in: *Deist*, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, S. 1162, der nur für Danzig eine abweichende Zahl von 2.500 Streikenden nennt. Das preuß. Kriegsministerium/Kriegsamt gab in einem Bericht vom 30.1.1918 an, bei der Schichauwerft in Danzig seien 400 Arbeiter im Streik, vgl. BArch, R 1501/112255, Bl. 35. Beschäftigte eines weiteren privaten Werftbetriebes in Danzig, J. W. Klawitter, waren offenbar nicht im Streik.

Bildung eines zehnköpfigen Arbeiterrats, dem je fünf Vertreter von SPD und USPD sowie betriebliche Vertrauensleute, aber keine unorganisierten Arbeiter angehören sollten. Dieser Arbeiterrat sollte in der Folge »die Interessen der Massen« wahrnehmen.¹²⁸

Ein weiterer regionaler Schwerpunkt des Januarstreiks lag in Franken. In Nürnberg begann der Streik am 28. Januar. Am ersten Tag schlossen sich rund 26.000 Arbeiter der Streikbewegung an, die von Mitgliedern der USPD geleitet wurde. Bereits am Abend kam es allerdings zu einer Absprache zwischen Vertretern von USPD und SPD, die sich darauf einigten, die Bewegung gemeinsam zu leiten. Zu diesem Zweck wurde im Namen der beiden Parteien sowie der Freien Gewerkschaften ein Flugblatt mit einem Forderungskatalog verbreitet. Auf einer Massendemonstration am 29. Januar sprachen Vertreter aller drei Organisationen. Sie forderten die Teilnehmer am Ende dazu auf, am kommenden Tag die Arbeit wieder aufzunehmen, ganz im Einklang mit der Idee eines befristeten Demonstrationsstreiks. Insgesamt nahmen in Nürnberg etwa 42.000 Arbeiter aus 120 Betrieben an dem Streik teil, rund 80 % aller gewerblichen Arbeiter in der Stadt. Im benachbarten Fürth traten zunächst die Beschäftigten der Munitionsfabrik Stadeln in den Streik. Als auch hier die örtliche Führung der Mehrheitssozialdemokratie den Arbeitskampf unterstützte, weitete sich dieser aus, sodass insgesamt rund 4.000 Arbeiter beteiligt waren. Im unterfränkischen Schweinfurt begann der Streik erst am 30. Januar, als rund 3.000 Arbeiter aus verschiedenen Betrieben der Stadt einem Aufruf der USPD folgten. Bereits am folgenden Tag nahmen alle Streikenden die Arbeit wieder auf.¹²⁹

Beim Blick auf die geografische Verteilung des Januarstreiks fällt auf, dass es in einer ganzen Reihe von lokalen und regionalen Hochburgen der USPD entweder zu gar keiner Arbeitsniederlegung kam oder die Beteiligung, gemessen an der Zahl der Arbeiter und jener der USPD-Mitglieder, verschwindend gering blieb. Ein wichtiges Beispiel dafür ist Leipzig. Im April 1917 war die sächsische Industriestadt neben Berlin das wichtigste Zentrum der Streikbewegung gewesen. Mindestens 14.000, nach Angaben der Streikenden gar bis zu 30.000 Leipziger Arbeiter waren zu diesem Zeitpunkt in den Arbeitskampf getreten. Zugleich hatte sich die Leipziger USPD an die Spitze der Streikbewegung gestellt und mit ihren politischen Forderungen Einfluss auf das Geschehen in Berlin genommen, wo die Streikenden diese Forderungen mit einigen Tagen Verzögerung aufgriffen.¹³⁰ Bereits im Vorfeld des Januarstreiks stellte sich die Situation komplett anders dar. Bei einem Treffen in Berlin meldete der Leipziger USPD-Bezirk Bedenken gegen den geplanten Streik an.

128 O. A., Die Streikbewegung in Danzig, in: Volkswacht (Danzig), 2.2.1918. Eberlein war bereits 1915 einmal verhaftet und zum Militärdienst eingezogen worden. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Wahlkreisorganisation in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg im Juni 1916 wurde er erneut einberufen und verbrachte die Zeit bis zur Revolution zumeist in einer Garnison in Ostpreußen. In Danzig fungierte er im November 1918 wiederum als 2. Vorsitzender des Soldatenrates. Vgl. *Ottokar Luban*, Der Spartakusführer Hugo Eberlein und die kurze Räteherrschaft in Berlin-Mariendorf. Notizen über eine unveröffentlichte Rede Eberleins vom 19. November 1918, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 311–322, hier: S. 313f.; *Ernst Loops*, Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, Danzig 1929, S. 160.

129 Vgl. *Boldt*, Der Januarstreik 1918 in Bayern, S. 7–14; *Anton*, Die Spaltung der bayerischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, S. 1017–1025, Zahlen der Streikenden: S. 1021 und 1024.

130 Vgl. *Ziemann*, Der Aprilstreik 1917, S. 443.

Von den sächsischen Vertretern gab es nur aus Dresden uneingeschränkte Zustimmung. Ein wichtiger Faktor für die Zurückhaltung der Leipziger USPD war die Zersplitterung der örtlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Mehrheitssozialdemokratie verfügte in der Stadt zwar nur über eine verschwindend geringe Mitgliederzahl und konnte sich einem Arbeitskampf so nicht entgegenstellen. Aber die Spaltung des örtlichen Gewerkschaftskartells schwächte die Ortsverwaltung des DMV und schaltete ihn als »Organisator von Arbeitsniederlegungen faktisch aus«.¹³¹

Die Beteiligung am Streik fiel dann entsprechend der zuvor innerhalb der USPD geäußerten Bedenken in Leipzig äußerst gering aus. Der Ausstand begann erst am 31. Januar. Als einziger Großbetrieb der Rüstungsindustrie waren die Deutschen Flugzeugwerke betroffen, bei denen 1.000 Arbeiter in den Arbeitskampf traten. Daneben wurden 17 weitere, zumeist kleinere Betriebe mit jeweils nur einigen Dutzend oder wenigen Hundert Teilnehmern bestreikt. Der einzige weitere Leipziger Großbetrieb, dessen Belegschaft in den Arbeitskampf eintrat, war die Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. Dort streikten mindestens 850, nach anderen Angaben rund 1.000 Beschäftigte, fast ausschließlich Frauen. Allerdings gab es dort eine seit Längerem anhaltende Lohnbewegung, die den Anlass für die Streikbeteiligung bildete. Insgesamt waren in Leipzig zu keinem Zeitpunkt mehr als 3.500 Arbeiter am Januarstreik beteiligt. Die sofort einsetzende Repression durch die Militärbehörden war ein wichtiger Faktor für diese Entwicklung. Georg von Schweinitz, der stellvertretende kommandierende General des XIV. Armeekorps, verfügte noch am 31. Januar die Militarisierung der Deutschen Flugzeugwerke. Es wurden Dutzende von streikenden Arbeitern zum Heeresdienst eingezogen und Versammlungen verboten. Bei einer improvisierten Zusammenkunft im Leipziger Volkshaus musste der USPD-Reichstagsabgeordnete Karl Ryssel eingestehen, dass der Streik »erfolglos« sei, und forderte die Anwesenden auf, ihn abzubrechen. Am 2. Februar, dem dritten und letzten Streiktag in Leipzig, blieben nur noch 1.100 Arbeiter ihrem Arbeitsplatz fern.¹³²

Nach Berlin und Leipzig war das niederrheinische Industrierevier die dritte Hochburg der USPD. Aber auch hier fiel die Resonanz auf den Streikaufruf der Partei insgesamt ernüchternd aus. In Düsseldorf, wo das von ihr verfasste Flugblatt am 26. Januar in Arbeitervierteln und an Straßenbahnhaltestellen verteilt wurde, begann der Streik noch am selben Tag. Allerdings legten nur 200 der insgesamt 30.000 Beschäftigten von Rheinmetall die Arbeit nieder. Rund 150 von ihnen zogen am

131 Vgl. *Karsten Rudolph*, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923), Köln/Weimar etc. 1995, S. 151f., Zitat: S. 152.

132 Vgl. *Kurt Schneider*, Der politisch-ideologische Differenzierungsprozeß in der Leipziger Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges, Dissertation, Leipzig 1964, S. 250–256, Zitat: S. 254, Zahlen für einzelne Betriebe: S. LII; Bericht des sächsischen Kriegsministeriums, 31.1.1918, in: *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1021f. (Gesamtzahl von 3.500 Streikenden). Die bei *Sean Dobson*, *Authority and Upheaval in Leipzig, 1910–1920. The Story of a Relationship*, New York 2001, S. 166, ohne genauen Nachweis genannte Zahl von 5.000 Streikenden ist gewiss zu hoch. Die Behauptung von *Wilhelm Dittmann*, *Erinnerungen*, 3 Bde., bearb. und eingeleitet von *Jürgen Rojahn*, Bd. 2, Frankfurt am Main/New York 1995, S. 525, die Streikbewegung sei in Berlin und Leipzig »besonders groß« gewesen, deutet neben Wunschenken wohl darauf hin, dass es ihm an Kenntnissen über die Verhältnisse in Leipzig mangelte.

Nachmittag durch die Innenstadt, wurden aber schnell von der Polizei zerstreut. Nach Verhandlungen mit einem Vertreter des stellvertretenden Generalkommandos erklärte sich der Arbeiterausschuss des Betriebs noch am selben Tag bereit, zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen. Am 31. Januar traten nochmals 130 Arbeiter eines Betriebs im Stadtteil Rath in den Streik, nahmen die Arbeit aber am folgenden Tag wieder auf. Ein wichtiger Grund für die geringe Resonanz des Streikaufrufs war neben der sofort angedrohten Repression gewiss die Haltung der nichtsozialistischen Gewerkschaftsverbände, die den Streik am 28. Januar unisono ablehnten. Aber auch der mehrheitssozialdemokratische Ortsleiter des DMV verhielt sich neutral. Er weigerte sich, den Arbeitskampf zu verurteilen, unterstützte ihn aber auch nicht. Offenkundig stieß die politische Agenda des Streiks selbst unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nur auf begrenzte Resonanz. Das war im Übrigen, wie die Polizei in Erfahrung brachte, auch die Haltung der älteren, in der Arbeiterbewegung geschulten Mitglieder der USPD vor Ort. Sie vertraten die Meinung, dass angesichts der Dominanz wirtschaftlicher Fragen die meisten Arbeiter einen Streik erst bei einer weiteren Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung als aussichtsreich ansähen. Allein die »radikalen jüngeren Elemente« in der USPD unterstützten den Streik vorbehaltlos.¹³³ In Remscheid, wo die USPD ebenfalls stark war, kam es im Januar 1918 zu keiner Arbeitsniederlegung. Erst im Juli 1918 streikten weite Teile der Remscheider Arbeiterschaft.¹³⁴ Nur in Elberfeld-Barmen, einer weiteren USPD-Hochburg in dieser Region, kam es zum Streik, an dem sich 6.000 Arbeiter beteiligten.¹³⁵

Auch in Thüringen, einer weiteren Region mit einer großen Anhängerschaft der USPD, blieb die Resonanz auf den von der Partei vorbereiteten Streik marginal. In Erfurt blieb er auf zwei Abteilungen der Gewehrfabrik beschränkt. In Gera stellten Teile der Arbeiterschaft Lohnforderungen, ohne jedoch die Arbeit niederzulegen. Nur in Gotha gab es eine relativ starke Streikbeteiligung. Die USPD war hier für die Vorbereitung und Einleitung des Arbeitskampfs, der erst mit einigen Tagen Verzögerung einsetzte, jedoch nicht maßgeblich. Zwar hatte die lokale Partei um den Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bock am 13. Januar die Vorbereitung des Streiks diskutiert. Der von der USPD-Reichstagsfraktion veröffentlichte Aufruf konnte sogar, von der Zensur unbehelligt, am 21. Januar im »General-Anzeiger«, dem örtlichen Parteiblatt, abgedruckt werden. Doch offenkundig unternahm der Kreis der gemäßigten USPD-Anhänger um Bock keine koordinierten Anstrengungen zur Streikvorbereitung, obwohl Bock das Flugblatt der USPD selbst unterzeichnet hatte. Sie blieb den vereinzelt Anhängern der Spartakusgruppe überlassen, die einen eigenen Streikaufruf unter anderem in der Gothaer Waggonfabrik verteilten,

133 Vgl. Bericht der Polizeiverwaltung Düsseldorf, 11.2.1918, in: *Werner Abelshauser/Ralf Himmelmann* (Hrsg.), *Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918–1923*, Essen 1988, S. 13–18, Zitat: S. 17; *Josczok*, *Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Düsseldorf*, S. 78–84.

134 Vgl. *Erhard Lucas*, *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt am Main 1976, S. 146f.

135 Vgl. Tabelle 1; dagegen die durch diese Zahlen überholte Darstellung von *Jürgen Reulecke*, *Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, in: *ders.* (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen*, Wuppertal 1974, S. 205–239, hier: S. 232.

die während des Kriegs zur Produktion von Militärflugzeugen übergegangen war. Aufgrund dieser mangelnden Vorbereitung blieb in Gotha am 28. Januar alles ruhig. Erst als die Nachrichten aus Berlin und anderen Städten eintrafen, legten am Morgen des 31. Januar rund 500 Arbeiter einer Eisengießerei die Arbeit nieder, am Nachmittag auch ein Teil der Arbeiter in der Waggonfabrik. Nach dem Berliner Vorbild wurde nun ein Arbeiterrat als Streikvertretung gebildet, dem neben Bock und einem weiteren USPD-Vertreter zwei Betriebsvertrauensleute angehörten. Seine höchste Beteiligung erreichte der Streik in Gotha am 1. Februar, als in acht Fabriken der Stadt 2.564 von knapp 4.400 Beschäftigten im Streik waren.¹³⁶

Schließlich sind noch drei weitere lokale Hochburgen der USPD zu nennen, in denen die Arbeiterschaft sich Ende Januar 1918 nicht an dem Arbeitskampf beteiligte. In Stuttgart, wo die radikale USPD-Linke besonders stark war, betätigte sich die Partei im Januar intensiv agitatorisch. Der auf der Durchreise in der Stadt eintreffende Robert Dißmann bemühte sich vergeblich, den Stuttgarter USPD-Vorstand von der Ausrufung des Streiks zu überzeugen. Angesichts der Verhaftung zahlreicher örtlicher USPD-Funktionäre verweigerte sich der verunsicherte Ortsvorstand diesem Vorschlag.¹³⁷ Auch in Frankfurt am Main wurde die Agitation der USPD durch die intensive Repressionstätigkeit der Behörden erheblich behindert. Zugleich war unter den Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie die Unterstützung für den Krieg und die Burgfriedenspolitik so weit zurückgegangen, dass diese nur noch Funktionärskonferenzen ohne Beteiligung der Mitglieder einberief, damit eine kriegskritische Mehrheit unter ihnen nicht etwa eine Kursänderung verlangte. Max Quarck, der Frankfurt seit 1912 im Reichstag vertrat, stand auf dem rechten Flügel der Mehrheits-SPD. Als Redakteur des Parteiblatts »Volksstimme« hatte er in deren Spalten wiederholt seiner Zustimmung zur Politik von Reichskanzler Bethmann Hollweg Ausdruck verliehen. Die innerparteiliche Kritik an Quarcks Haltung erreichte ein solches Ausmaß, dass eine Parteiversammlung im Juni 1917 ihm das Misstrauen aussprach und er daraufhin seinen Redakteursposten zum Oktober 1917 aufgab. Auch innerhalb der Ortsverwaltung des DMV gewann die USPD nach ihrer Gründung erhebliche Unterstützung. Dennoch streikten im Januar 1918 in Frankfurt am Main nur 150 Arbeiter einer einzigen Munitionsfabrik. Nach Informationen der Behörden war es Quarck am 30. Januar in einer von der SPD einberufenen Versammlung gelungen, »beruhigend« auf die Arbeiterschaft einzuwirken, obwohl selbst weite Teile der SPD-Mitgliedschaft seine politische Haltung kritisierten. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, die sich den Forderungen der Berliner Streikenden weitgehend anschloss. Aber zum Streik rief sie nicht auf, und auch eine Versammlung der in Frankfurt überwiegend burgfriedenskritischen DMV-Mitglieder am 31. Januar fasste einen solchen Beschluss nicht.¹³⁸ Eine der

136 Vgl. *Buchsbaum*, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung, S. 81–93, Zahl: S. 91. Das Kriegsamt schätzte die Zahl der Streikenden auf etwa 3.000. Vgl. Meldung des preuß. Kriegsministeriums/Kriegsamt, 1.2.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 58. Zum Abdruck des Streikaufrufs in einigen USPD-Zeitungen vgl. *Wheeler*, USPD und Internationale, S. 300.

137 Vgl. *Mai*, Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg, S. 370f.

138 Vgl. Meldung des preuß. Kriegsministeriums/Kriegsamt, 3.2.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 97; *Judith Pákh* (Bearb.), Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten, Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg bis zur faschistischen Diktatur, 1914–1933, Frankfurt am Main 1997, S. 701f.; *Kai Gniffke*,

wenigen lokalen Hochburgen der USPD in Bayern lag im oberfränkischen Hof und den umliegenden Industriegemeinden. Aber auch dort wurde im Januar 1918 nicht gestreikt. Vertreter der Mehrheits-SPD führten dies darauf zurück, dass die örtliche Arbeiterbewegung durch die Parteispaltung stark geschwächt worden sei, da viele frühere Mitglieder sich ganz von der Sozialdemokratie abgewandt hätten.¹³⁹

Ein weiteres wichtiges Industriegebiet, dessen Betriebe vom Januarstreik kaum erreicht wurden, war allerdings keine Hochburg der USPD: das Ruhrgebiet.¹⁴⁰ Dafür gab es eine ganze Reihe von Gründen. In den Betrieben der Schwerindustrie wie Krupp in Essen oder Thyssen in Mülheim verfochten die Unternehmensleitungen eine entschieden gewerkschaftsfeindliche Politik und beharrten auf dem »Herr-im-Hause«-Standpunkt. Dazu gehörte nicht zuletzt die Förderung von betriebseigenen wirtschaftsfriedlichen Gewerkvereinen. Hinzu kam aufgrund der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung des Ruhrgebiets die Stärke der Christlichen Gewerkschaften, die den Januarstreik ablehnten. Viele DMV-Mitglieder unter den Beschäftigten der Kruppschen Gußstahlfabrik in Essen neigten zwar zur USPD. Aber der DMV war hier viel zu schwach, um den Streik aus eigener Initiative einleiten zu können. So waren die meisten der maximal 1.500 Streikenden bei Krupp nur wenige Stunden im Ausstand.¹⁴¹ Ähnlich stellte sich die Situation in den Kohlenzechen des Ruhrgebiets dar. Die Berliner Streikleitung war nach Informationen der Polizei an Otto Hue herangetreten, der die Geschicke des freigewerkschaftlichen Alten Verbands der Bergarbeiter leitete. Ziel war es, die Mitglieder des Alten Verbands zur Unterstützung des Streiks zu bewegen. Hue lehnte dies ab. Auf einer Versammlung der vier Bergarbeiterverbände in Essen am 30. Januar weigerte er sich aber ebenso, einen Aufruf gegen den Streik zu unterzeichnen.¹⁴² Dieses vorsichtige Vorgehen reflektierte die immer noch fragile Situation, in der sich der Alte Verband befand. Bis zum Jahresende 1917 war dessen Mitgliedschaft gegenüber dem Vorjahr zwar um 106 % auf 110.454 gestiegen und hatte damit nach den kriegsbedingten Verlusten der Jahre 1914 bis 1916 sogar den Vorkriegsstand übertroffen. An diesem Zuwachs hatte das Ruhrrevier mit 19.258 Neueintritten zwar absolut den größten Anteil; prozentual war der Zuwachs in anderen Revieren wie an der Saar und im Raum Kattowitz aber viel größer. Zudem blieb der Alte Verband nur eine von mehreren Bergarbeitergewerkschaften. Der Christliche Bergarbeiterverband zählte Ende 1917

Genosse Dr. Quarck. Max Quarck – Publizist, Politiker und Patriot im Kaiserreich, Frankfurt am Main 1999, S. 253–267; Miller, Burgfrieden und Klassenkampf, S. 378.

139 Vgl. Anton, Die Spaltung der bayerischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, S. 888–897 und 1025; Rudolf Macht, Geschichte der Hofer Arbeiterbewegung, Bd. 2: Bewährung (1891–1918), Hof 1991, S. 629.

140 Jürgen Tampke, The Ruhr and Revolution. The Revolutionary Movement in the Rhenisch-Westphalian Industrial Region 1912–1919, London 1979, S. 65, geht auf den Januarstreik nur ganz cursorisch ein. Gerd Krumeich, Januarstreiks, in: Gerhard Hirschfeld/ders./Irina Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München etc. 2009 (zuerst 2003), S. 591–593, hier: S. 592, behauptet fälschlich, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hätten sich bis zu 200.000 Arbeiter am Streik beteiligt.

141 Vgl. die Analyse bei Klaus Wisotzky, Unruhige Zeiten. Politische und soziale Unruhen im Raum Essen 1916–1919, Münster 2019, S. 65–74.

142 Vgl. Bericht des preuß. Innenministers, 15.2.1918, in: Stern, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1159–1168, hier: S. 1166f.

immerhin 63.761 Mitglieder und auch die gelben Gewerkvereine, die 1913 immerhin 64.951 Bergleute unter ihren Mitgliedern zählten, blieben stark.¹⁴³ Am Beginn des letzten Kriegsjahrs war der Alte Verband im Ruhrgebiet nicht mehr so schwach wie unmittelbar vor dem Krieg, als er im Jahr 1913 gerade einmal 15,6 % aller Bergarbeiter an der Ruhr vertrat.¹⁴⁴ Aber seine Position war bei Weitem nicht so stark, dass er gegen den Widerstand der anderen Richtungsgewerkschaften die Teilnahme an einem Massenstreik einfach anordnen konnte.

Bereits beim jetzigen, immer noch lückenhaften Forschungsstand wird schließlich ein weiteres regionales Zentrum des Januarstreiks erkennbar. Dabei handelt es sich um eine ganze Reihe überwiegend kleinerer Städte und Gemeinden im Brandenburger Umland von Berlin. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war die Mark Brandenburg von einer doppelten Industrialisierungswelle erfasst worden. Sie ging zum einen auf Berliner Betriebe zurück, die sich neue Produktionsstandorte im Berliner Umland erschlossen. Hinzu kam zum anderen die Ansiedlung von Betrieben im weiter entfernten Brandenburger Umland, die auf den Absatz ihrer Produkte in der rasch expandierenden Reichshauptstadt setzten. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Stadt Brandenburg an der Havel, wo die Gebrüder Reichstein 1871 einen Betrieb gründeten, der zunächst Korbwaren und Kinderwagen produzierte, seit den 1880er-Jahren aber auch Fahrräder unter dem Markennamen Brennabor herstellte.¹⁴⁵ Ab 1914 wurden die Brennabor-Werke auf die Produktion kriegswichtiger Gegenstände umgestellt, unter anderem Munition.

Ebenso wie Brandenburg an der Havel war auch die 25.000 Einwohner zählende, rund 50 Kilometer südlich von Berlin gelegene Kleinstadt Luckenwalde eine Hochburg der Sozialdemokratie. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatten die Freien Gewerkschaften hier 6.000, die SPD selbst hatte 2.000 Mitglieder. Trotz heftiger Kritik an der Burgfriedenspolitik kam es bis Kriegsende nicht zur Gründung einer USPD-Ortsgruppe.¹⁴⁶ Luckenwalde wies zahlreiche Betriebe der Textil- und Metall-

143 Vgl. für die Zahlen *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 307, 1129 und 1131; zur Zahl für die gelben Gewerkvereine *Klaus Tenfelde*, Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890–1918, in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, Wuppertal 1980, S. 38–61, hier: S. 54.

144 Vgl. für die Zahl ebd., S. 53.

145 Vgl. *Ingo Materna*, Die Mark als Industriestandort im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Liselott Enders/Klaus Neitmann* (Hrsg.), Brandenburgische Landesgeschichte heute, Potsdam 1999, S. 91–102; die hilfreiche Übersicht *Wolf-Rüdiger Knoll*, Industrialisierung in Brandenburg bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Industriegeschichte Brandenburgs, 25.6.2022, URL: <<https://www.brandenburgikon.net/index.php/de/zeitphasen/industrialisierung>> [26.8.2025]; speziell zu Brandenburg an der Havel *Uwe Müller*, Die Wirtschaft der Stadt im industriellen Zeitalter, in: *Gerd Heinrich/Klaus Heß/Winfried Schich* u. a. (Hrsg.), Stahl und Brennabor. Die Stadt Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert, Potsdam 1998, S. 379–417, insb. S. 391–401; *Katharina Kreschel*, Zwischen Fabrik und Freizeit – Brandenburger Alltag um 1900–1933, in: *Wolfgang Kusior/Thomas Reichel* (Hrsg.), Erinnerungen an eine Rote Hochburg. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Brandenburg an der Havel, Potsdam 2012, S. 92–112, insb. S. 92f.

146 Vgl. *Heiko Tammerna*, »Unser schönes rotes Luckenwalde«. Lager, Milieu und Solidargemeinschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen Ausgrenzung und Verstaatlichung, Münster/Hamburg etc. 1999, S. 67–156; *ders.*, Milieu, Lager und Solidargemeinschaft – Spurensuche in einer kleinen Stadt, in: *Comparativ* 9, 1999, H. 2, S. 57–77, hier: S. 68. *Roman Schmidt*,

industrie auf. Am 30. Januar trat die große Mehrheit der Arbeiter der Stadt in den Streik, und zwar in 47 Betrieben vor allem der Metall- und Maschinenbauindustrie, aber auch der Tuch-, Hut-, Holz- und Papierherstellung, von denen fünf komplett bestreikt wurden. Dies geschah nach Behördenangaben auf Anstiftung durch aus Berlin entsandte Arbeiter. Es fanden zeitgleich drei genehmigte »sozialdemokratische« Streikversammlungen statt. Sie forderten das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen und einen sofortigen Friedensschluss ohne Annexionen und bekundeten die Absicht, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn beide Forderungen erfüllt seien. Die Veranstalter gaben vor, die Arbeit zunächst für eine Woche nicht wiederaufzunehmen. Der Streik wurde in Luckenwalde am 2. Februar eingestellt. Insgesamt nahmen hier 3.710 Arbeiterinnen und Arbeiter am Januarstreik teil, knapp 15 % der Wohnbevölkerung. Relativ zur Bevölkerungszahl dürfte dies die zweitstärkste Teilnahme am Januarstreik im gesamten Reich gewesen sein.¹⁴⁷

Nur in Brandenburg an der Havel war die Beteiligung am Januarstreik noch größer. Dort legten am 30. Januar zunächst 3.000 Arbeiter in der Munitionsabteilung der Brennabor-Werke die Arbeit nieder und zogen zum sozialdemokratischen Volkshaus der Stadt, wo sie beschlossen, mindestens bis zum folgenden Tag zu streiken. Am 1. Februar schlossen sich 2.000 weitere Arbeiter der Brennabor-Werke sowie 2.020 Arbeiter von sechs größeren und sechs kleineren Betrieben der Stadt dem Streik an, zudem 1.400 Beschäftigte der außerhalb von Brandenburg in Briest gelegenen Brandenburgischen Flugzeugwerke. Insgesamt waren dies 3.420 weitere Streikende. Mit einer Gesamtzahl von 8.420 Streikenden – knapp 18 % der Bevölkerung – dürfte Brandenburg an der Havel relativ zur Bevölkerungszahl die größte Beteiligung am Januarstreik im Reich gehabt haben.¹⁴⁸ Ein wichtiger Faktor für diese außerordentlich hohe Streikbeteiligung war, dass nicht nur alle rund 5.000 Beschäftigten der Brennabor-Werke, sondern auch die Belegschaften sechs weiterer Betriebe praktisch vollständig in den Arbeitskampf traten.¹⁴⁹ Weitere Städte und Gemeinden im Berliner Umland, in denen es nach dem jetzigen Forschungsstand zum Streik kam, waren Golm, Hennigsdorf, Königs Wusterhausen, Nowawes, Potsdam, Staaken und Wildau. Insgesamt waren damit im Brandenburger Umland von Berlin rund 25.000 Arbeiter im Streik. Nach Berlin, Nürnberg und Hamburg war dies die viertgrößte Ballung an Streikenden.

Luckenwalde, Erfurt 2000, S. 31, datiert die Gründung der USPD-Ortsgruppe anders als Tammerna auf 1919.

147 Vgl. Landratsamt Jüterbog-Luckenwalde an den Regierungspräsidenten in Potsdam, 30.1. und 2.2.1918, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA), 2A I Pol 1412, Bl. 217, 224 und 248, Zitat: Bl. 224; zur Zahl und weiteren Details: Streiknachweisung, 4.2.1918, BLHA, 2A I Pol 1439, Bl. 263.

148 Vgl. für die Zahlen den Zeitungsbericht des Oberbürgermeisters von Brandenburg, 2.4.1918, BLHA, 2 A I P, Nr. 744, Bl. 29; Polizeiverwaltung Brandenburg an den preuß. Staatskommissar für Volksernährung, 30.1., 1.2. und 5.2.1918, GStA PK, I. HA Rep. 197 A, Nr. 599, Bl. 26, 53 und 81. Wie die Polizei meldete, blieb es in der Stadt selbst ruhig, da die Arbeiter nach der Abhaltung von Betriebsversammlungen wieder in ihre Wohnungen zurückkehrten. Am 4. Februar wurde in allen Betrieben der Stadt wieder gearbeitet.

149 Vgl. o. A., Lokales, in: Brandenburger Anzeiger, 1.2.1918. Anja Grothe vom Stadtmuseum Brandenburg an der Havel, die mir diese Quelle zur Verfügung gestellt hat, danke ich herzlich für ihre Hilfe.

Tabelle 1: Zahl der Teilnehmer am Januarstreik 1918

Ort	Zahl der Streikenden (Höchstzahl)
Altona	1.000
Ammendorf	500
Antonienhütte	171
Barmen	6.000
Berlin	250.000
Bielefeld	7.850
Bochum	1.453
Bottrop	488
Brandenburg an der Havel	8.420
Bremen	4.100
Breslau	5.000
Charlottenburg	
Danzig	4.050
Deuben	350
Diemitz	500
Döhlen	900
Dortmund	6.257
Dresden	280
Düsseldorf	330
Elbing	1.200
Emden	1.110
Erfurt	1.000
Erkerschwick	468
Essen	1.500
Frankfurt am Main	150
Frankenthal	5.000
Fürstenwalde	keine Angabe
Fürth	4.000
Golm	1.125
Gotha	2.564
Halle an der Saale	1.500
Hamburg	25.000
Hannover	1.000
Heidenau	660
Hemelingen	350
Hennigsdorf	4.000
Herne	10

Ihringshausen	500
Jena	2.500
Kassel	10.500
Kiel	24.000
Köln	5.000
Königs Wusterhausen	1.200
Leipzig	3.500
Leverkusen	200
Lübeck	6.000
Luckenwalde	3.710
Ludwigshafen	7.000
Lüdinghausen	keine Angabe
Lünen	3.617
Magdeburg	23.000
Mannheim	22.000
München	9.230
Nowawes	1.564
Nürnberg	42.000
Pirna	450
Potsdam	325
Rünthe	521
Schweinfurt	3.000
Schwerin	800
Spandau	2.500
Spremberg	keine Angabe
Staaken	1.175
Staßfurt	340
Waltrop	679
Wildau	3.500
Wilhelmshaven	8.000
Witten	560
Zwickau	keine Angabe
Summe	535.657

Die Quellen für die hier angegebenen Zahlen sind in einer erweiterten Version dieser Tabelle dokumentiert, URL: <https://collections.fes.de/1775699> [12.9.2025].

Nach jetzigem Forschungsstand nahmen in 69 Städten und Gemeinden insgesamt etwas mehr als 500.000 Arbeiterinnen und Arbeiter am Januarstreik teil. Diese Gesamtzahl ist deutlich geringer als die oft kolportierte Angabe, es hätten mehr

als eine Million Arbeiter gestreikt.¹⁵⁰ Allerdings ist auf der Grundlage dieses Datenmaterials auch erkennbar, dass der Januarstreik eine weitaus größere geografische Breite und Streuung aufwies, als dies bisher bekannt war.

VI. Fortgang und Beendigung des Streiks in Berlin

Der am Nachmittag des 28. Januar von rund 400 Betriebsdelegierten konstituierte Arbeiterrat hatte die Streikleitung in die Hände des aus Vertretern der Revolutionären Obleute und der beiden sozialdemokratischen Parteien gebildeten Aktionsausschusses gelegt, der diese Verantwortung ab dem 29. Januar übernahm. Das Oberkommando in den Marken hatte bereits im Vorfeld des Streiks angeordnet, dass alle Betriebsversammlungen, auf denen Belegschaften den Fortgang des Streiks diskutieren könnten, anzeigepflichtig seien und nur mit einer polizeilichen Genehmigung erfolgen konnten. Anders als im Aprilstreik 1917 stand den Berliner Arbeitern dieses Forum also von Beginn an – mit wenigen Ausnahmen – nicht zur Verfügung. Am 29. Januar erging ein pauschales Verbot aller Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten besprochen wurden, worunter auch die Sitzungen des Arbeiterrats fielen. Gleichzeitig wurden dem Aktionsausschuss – der sich zunächst in einem Zimmer des Gewerkschaftshauses am Engelufer traf – weitere Sitzungen untersagt. Am 30. Januar verfügten die Militärbehörden seine Auflösung. Seine Sitzungen mussten fortan geheim stattfinden, Kommunikation zwischen dem Aktionsausschuss und dem Arbeiterrat war nur noch in Einzelfällen möglich.¹⁵¹

In seiner zweiten Sitzung am 29. Januar kamen die Mitglieder des Aktionsausschusses überein, dass Scheidemann mit dem Reichsminister des Innern, Max Wallraf, ein Treffen vereinbaren solle, an dem sowohl Abgeordnete als auch Arbeitervertreter aus dem Aktionsausschuss teilnehmen sollten. Doch Wallraf lehnte Gespräche mit den Arbeiterdelegierten im Aktionsausschuss – nicht jedoch mit den ihm angehörenden Reichstagsabgeordneten – ab, und zwar auch dann, als eine Delegation dieses Gremiums im Ministerium vorsprach.¹⁵² Hinter den Kulissen versuchte Vorwärts-Chefredakteur Friedrich Stampfer, die Regierung von der Notwendigkeit eines Gesprächs mit den Arbeiterdelegierten zu überzeugen. Das Verbot des Aktionsausschusses mache eine Lenkung des Streiks »durch vernünftige Leute«

150 Vgl. etwa *Michael Wildt*, *Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918 bis 1945*, München 2022, S. 28; *Kathleen Canning*, *Claiming Citizenship. Suffrage and Subjectivity in Germany after the First World War*, in: *dies./Kerstin Barndt/Kristin McGuire* (Hrsg.), *Weimar Publics/Weimar Subjects. Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York/Oxford 2010, S. 116–137, hier: S. 125; *Matthew Stibbe/Anna Hammerin/Katharina Hermann* u. a., *Socialist Women and ›Urban Space‹. Protest, Strikes and Anti-Militarism, 1914–18*, in: *Corinne Painter/Ingrid Sharp/Matthew Stibbe* (Hrsg.), *Socialist Women and the Great War, 1914–21. Protest, Revolution and Commemoration*, London/New York etc. 2022, S. 31–64, hier: S. 50.

151 Vgl. Oberkommando in den Marken an das preuß. Kriegsministerium, 4.2.1918, BArch, R 43/548, Bl. 184–186; Polizeipräsident Berlin an den preuß. Innenminister, 30.1.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15840/1, Bl. 130 f.; mit teilweise ungenauer Chronologie *Müller*, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie*, S. 312 f.

152 Vgl. *Müller*, *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 116–118. Vgl. dazu auch den Briefwechsel zwischen Wallraf und Scheidemann von Ende März/April 1919, BArch, R 43-I/915, Bl. 3–6.

unmöglich und werde seine Radikalisierung befördern. Zugleich wies Stampfer darauf hin, welche »Zurücksetzung« die Verweigerung eines Empfangs durch Wallraf bedeute, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass eine Arbeiterdelegation der Streikenden in Wien von der dortigen Regierung empfangen worden sei.¹⁵³

Bereits am 30. Januar hatte der Aktionsausschuss den ursprünglich abgesteckten Rahmen des Streiks erweitert, indem er in einem Flugblatt dazu aufforderte, so lange zu streiken, bis die Regierung den Forderungen der Streikenden nachkomme.¹⁵⁴ Am 31. Januar änderte sich – wie bereits geschildert – das Erscheinungsbild des Streiks insofern, als es nun an vielen Orten Berlins zu gewaltsamen Zusammenstößen von Streikenden mit der Polizei kam. Doch das für den Fortgang des Streiks in Berlin entscheidende Problem war weiterhin, ob und unter welchen Bedingungen Vertreter der Streikenden mit der Reichsregierung verhandeln könnten. Nach der Ablehnung eines Gesprächs durch Innenminister Wallraf hatte sich Reichskanzler Georg von Hertling schon am 30. Januar entschieden, ein Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands zu empfangen. Dieser beschloss, Gustav Bauer zu senden, der zwar kein Mitglied des Parteivorstands war, aber in seiner doppelten Rolle als Reichstagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der Generalkommission für Partei und Gewerkschaften sprechen konnte. An dem Gespräch am Morgen des 31. Januar nahm dann neben Bauer noch Robert Schmidt teil, der ebenfalls für die Generalkommission sprach. Hertling beharrte dabei ausdrücklich darauf, dass neben Abgeordneten der beiden Fraktionen auch Vertreter der Generalkommission an einem Gespräch teilnehmen müssten. Die Hinzuziehung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sei möglich. Verhandlungen mit Vertretern der »Streikleitung« – also den Arbeiterdelegierten des Aktionsausschusses – lehnte Hertling hingegen konsequent ab.¹⁵⁵

Am 31. Januar teilten die drei Vertreter der SPD diese Zusammenhänge in einer Sitzung des Aktionsausschusses mit. Die Arbeiterdelegierten lehnten Verhandlungen unter diesen Bedingungen jedoch ab. Daraufhin schlug Hugo Haase vor, dem Reichskanzler Verhandlungen mit jeweils zwei Vertretern der Fraktionen sowie fünf von den Streikenden zu nominierenden Gewerkschaftsfunktionären zu empfehlen. Dies führte zu hektischen telefonischen Verhandlungen, die Friedrich Ebert am Abend des 31. Januar und am Morgen des 1. Februar mit der Reichskanzlei

153 Aufzeichnung von Erhard Deutmoser über eine Unterredung mit Friedrich Stampfer, 30.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 58–62, hier: Bl. 58f.

154 Vgl. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 118; Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie, S. 313.

155 Aktennotiz, 31.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 77f.; zur Anbahnung des Gesprächs von Hertling mit Bauer bereits am 30.1.1918 vgl. Erhard Deutmoser an Wilhelm von Radowitz, den Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt, 30.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 57. Die sächsische Staatsregierung ging ähnlich vor. Am 1. Februar fand sich eine Abordnung der Streikenden aus Döhlen zusammen mit dem USPD-Landtagsabgeordneten Hermann Fleißner im Ministerium des Innern in Dresden ein, um ihren acht Punkte umfassenden Forderungskatalog zu diskutieren. Der Innenminister lehnte es jedoch ab, diese Delegation zu empfangen. Er traf sich stattdessen am selben Tag mit Mitgliedern des sächsischen SPD-Landesvorstandes zu einem Gespräch, in dem er die Agitation »bezahlter Agenten« der Feindmächte als eigentliche Ursache des Streiks hinstellte und sich kompromisslos zeigte. Sächsisches Ministerium des Innern an Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und Abschrift einer Notiz über das Gespräch, 2.2.1918, BArch, R 1501/20451, Bl. 71f.

führte. Dabei beharrte der Reichskanzler darauf, dass zwei Mitglieder der Generalkommission – gedacht war wohl an Bauer und Schmidt – in dieser Eigenschaft, und nicht etwa als Reichstagsabgeordnete, teilnehmen müssten. Während Ebert das als reinen »Formalismus« zurückwies, insistierte der Reichskanzler, dass nur so zum Ausdruck komme, dass er »die Vertreter der Arbeiterschaft und nicht eine lokale Streikleitung empfinde«.¹⁵⁶ Die Arbeiterdelegierten im Aktionsausschuss lehnten eine Beteiligung der Generalkommission an solchen Gesprächen aber strikt ab.

Während die drei USPD-Abgeordneten im Aktionsausschuss bislang stets im Einvernehmen mit den Arbeiterdelegierten gehandelt hatten, zeigten sich in dieser Situation taktische Differenzen und Meinungsverschiedenheiten. Haase und Ledebour schlugen am 1. Februar ein gemeinsames Treffen mit den Vertretern der Mehrheitspartei beim Reichskanzler mit dem Ziel vor, eine Versammlung der Betriebsdelegierten zu ermöglichen, die über Fortführung oder Abbruch des Streiks entscheiden konnte. In dieser Besprechung, die am Morgen des 2. Februar in der Reichskanzlei stattfand, wies Ebert zunächst darauf hin, dass der Streik inzwischen durch eine Aussprache unter den Streikenden wie in Kassel beendet wäre, wenn die Berliner Militärbehörden nicht »blindwütend« zu repressiven Maßnahmen gegriffen hätten. Ledebour und Haase wiederholten den von Ebert vorgebrachten Punkt und stellten klar, dass eine Versammlung der Betriebsdelegierten nicht der Durchsetzung von Forderungen, sondern ihrer Diskussion dienen sollte. Unter den Regierungsvertretern trat vor allem der preußische Innenminister Wilhelm Drews als kompromissloser Scharfmacher auf, während sich Hertling weitgehend zurückhielt. Drews erklärte wiederholt, dass ein Streik in der Rüstungsindustrie strafrechtlich als Landesverrat zu bewerten sei. Deshalb sei eine Versammlung, in der es um die Beratung und Vorbereitung landesverräterischer Bestrebungen ginge, auszuschließen.¹⁵⁷

Die Abgeordneten von SPD und USPD wiesen die Bezeichnung des Streiks als Landesverrat in der Sitzung am 2. Februar einhellig mit großer Entschiedenheit zurück. Selbst ein Vertreter des äußersten rechten Flügels der SPD wie Wolfgang

156 Aktennotiz, 31.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 77f.; vgl. Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 119; Matthias/Pikart, *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. II, S. 369.

157 Stichwortnotizen über die Sitzung in der Reichskanzlei, 2.2.1918, BArch, R 43/548, Bl. 104–113, hier: Bl. 106. Der SPD-Parteivorstand und Richard Müller stellten es übereinstimmend so dar, als sei eine Versammlung der Delegierten aus Sicht der Reichsregierung nur dann möglich gewesen, wenn sie den Abbruch des Streiks beschlossen hätte, vgl. Matthias/Pikart, *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. II, S. 369f.; Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik*, S. 120. Das Protokoll der Sitzung zeigt aber klar, dass sowohl Drews als auch Friedrich von Payer, der Stellvertreter des Reichskanzlers, den Streikenden jegliche Legitimation absprachen und deshalb die Genehmigung einer Versammlung ablehnten. Bieber, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution*, S. 454, spricht davon, es sei aufgrund der »Meinungsverschiedenheiten« zwischen SPD, Generalkommission sowie Reichsleitung auf der einen Seite sowie der USPD auf der anderen Seite zu keinen Verhandlungen mit der Streikleitung gekommen. Diese Behauptung ist falsch. Die Ursache war die unbeugsame Ablehnung solcher Verhandlungen durch die Reichsleitung. Wie das Protokoll der Sitzung am 2. Februar zeigt, sprachen die Abgeordneten von SPD und USPD dort mit einer Stimme. Das Urteil von Gerald D. Feldman, die SPD-Spitze habe im Streik ein »besonders jämmerliches Bild« abgegeben, habe die Massen gefürchtet und habe »in vielen Fällen« aus Annexionisten bestanden, ist unzutreffend und durch die Quellen nicht gedeckt. Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland*, S. 364.

Heine kritisierte das Vorgehen der Reichsleitung brieflich als das »ganze Gegenteil dessen, was im Interesse des Reiches geschehen musste«.¹⁵⁸ Gustav Bauer war das einzige Mitglied des engeren Führungszirkels der SPD, das das gemeinsame Vorgehen der Abgeordneten von SPD und USPD im Aktionsausschuss grundsätzlich infrage stellte. Seiner Meinung nach hätte die SPD am 1. Februar aus dem Aktionsausschuss austreten und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrufen müssen, nachdem der Reichskanzler Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hatte. Aber Adolf Cohen, Bezirksleiter des DMV und Mitglied der Generalkommission, lehnte dieses Vorgehen ebenso ab wie rund 100 der SPD zuneigende beziehungsweise angehörende Betriebsdelegierte, deren Meinung der Parteivorstand anhörte. Maßgeblich für diese Entscheidung war, dass die Masse der Arbeiter ein solches Vorgehen als Verrat empfunden hätte.¹⁵⁹

So blieb es den Revolutionären Obleuten und ihren Vertretern im Aktionsausschuss überlassen, über den Fortgang des Streiks zu entscheiden.¹⁶⁰ Die Spartakusgruppe war an dieser Entscheidung nicht beteiligt, da dem elfköpfigen Aktionsausschuss kein Mitglied des Spartakus angehörte. Offenbar gab es zwischen den Mitgliedern des Aktionsausschusses und der Spartakusgruppe eine erhebliche Distanz. Paul Eckert, Branchenleiter der Maschinenschlosser im Berliner DMV und Mitglied des Aktionsausschusses, berichtete rückblickend, dass die Mitglieder des Spartakus »oft überheblich« gewesen seien und »nicht immer den richtigen Kontakt mit den Massen« gehabt hätten.¹⁶¹ Die Mitglieder des Aktionsausschusses erwogen drei Optionen. Auf den Vorschlag des Reichskanzlers einzugehen und die Generalkommission zu Verhandlungen zu autorisieren, hätte ihr Vertrauen bei der Masse der Arbeiterschaft beschädigt. Den Streik zu einem »Aufruhr« zu eskalieren, wie es der Spartakusbund propagierte, war angesichts der raschen Beilegung des Streiks außerhalb Berlins illusorisch. So blieb, wie Richard Müller rückblickend festhielt, nur die dritte Option: der Abbruch des Streiks ohne Verhandlungen. So erging am 3. Februar die Aufforderung, am Montag, dem 4. Februar, die Arbeit wieder aufzunehmen.¹⁶² Mit dieser Entscheidung reagierte der Aktionsausschuss aber wohl auch auf die Stimmungslage unter den Streikenden. Denn der Polizei waren bereits am 2. Februar Informationen darüber zugegangen, dass die Arbeiterausschüsse in einer ganzen Reihe von Betrieben sich dazu entschlossen hatten, am 4. Februar die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch Wilhelm Dittmann berichtete rückblickend 1924, dass die Streikleitung auf die Entscheidung über Abbruch oder Weiterführung des Streiks nur begrenzten Einfluss hatte und letztlich dem Votum

158 Wolfgang Heine an Harry Graf Kessler (Kopie), 31.1.1918, BArch, R 43/548, Bl. 87.

159 Vgl. das Protokoll der Fraktionssitzung vom 5.2.1918, in: *Matthias/Pikart*, Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie, Bd. II, S. 362.

160 *Sven Felix Kellerhoff*, Heimatfront. Der Untergang der heilen Welt. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Köln 2014, S. 261, behauptet fälschlich, SPD und Gewerkschaften hätten den Abbruch des Streiks beschlossen.

161 Notizen über ein Interview mit Paul Eckert am 16.6.1950, BArch, SGY 30/151, Bl. 6; zu den Mitgliedern des Aktionsausschusses vgl. *Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie, S. 311 f.

162 *Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 120 f.; vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 169–172.

der Arbeiter folgen musste.¹⁶³ Die große Mehrzahl der Streikenden nahm so am Vormittag des 4. Februar die Arbeit wieder auf. Eine kleine Minderheit setzte den Streik allerdings auch noch an diesem Montag fort, so etwa 2.356 Arbeiter in 14 Betrieben im Bezirk Schöneberg, darunter drei Niederlassungen der Firma Optische Anstalt C. P. Goerz.¹⁶⁴

VII. Die Haltung der Gewerkschaften und der Mehrheitssozialdemokratie

Die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaftsverbände reagierten gemäß ihren politischen Präferenzen auf den Beginn des Januarstreiks. Die Christlichen Gewerkschaften, die katholischen Arbeitervereine, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und selbstverständlich auch die wirtschaftsfriedlichen »gelben« Werkvereine lehnten die Streikbewegung in scharfen Worten ab. Für die Freien Gewerkschaften stellte sich die Lage weitaus komplizierter dar. Sich offen gegen den Streik zu stellen, kam angesichts der hohen Streikbeteiligung in Berlin und der starken Opposition gegen den Burgfriedenskurs vor allem im DMV nicht infrage.¹⁶⁵ Im Gefolge des Aprilstreiks hatte die Generalkommission eine Erklärung veröffentlicht, deren Tenor darin bestand, dass Streiks »zu vermeiden« seien, da sie die »Widerstandskraft« des Reichs schädigten und damit dem Ziel eines baldigen Friedens entgegenstünden.¹⁶⁶ Eine solche Position konnte und wollte die Generalkommission im Januar 1918 nicht mehr einnehmen. In einer Sitzung am 29. Januar beschloss sie die »Neutralität der Gewerkschaften« in Bezug auf die laufende Streikbewegung, da diese »eine rein politische Angelegenheit« sei.¹⁶⁷

Die Begründung dieser Haltung und die Vorbereitung einer ausführlichen Stellungnahme war die Aufgabe einer Konferenz der freigewerkschaftlichen Verbandsvorstände, die auf Einladung der Generalkommission am 1. Februar stattfand. Gustav Bauer, der stellvertretende Vorsitzende der Generalkommission, begründete einleitend nochmals diesen Neutralitätsstandpunkt. Er betonte weiterhin, dass es keine Notwendigkeit gab, sich wie bei früheren Gelegenheiten gegen den Streik zu wenden, da aufgrund der politischen Lage – Bauer spielte hier auf das Auftreten der Vaterlandspartei und die Verweigerung einer preußischen Wahlrechtsreform an – die »Erregung in den Massen« extrem groß sei. Es sei deshalb gutzuheißen, wenn die Regierung durch den Streik »die wahre Stimmung in den Massen kennenlernt«, zumal es sich nur um einen Demonstrationsstreik handle. Zugleich lehnte Bauer es ab, den Streik als Mittel zur Revolution zu verstehen, wie es offenbar in Teilen der Berliner Arbeiterschaft der Fall gewesen sei.¹⁶⁸

163 Vgl. Abteilung VII, Außendienst, 3. Kommissariat, an den Polizeipräsidenten Berlin, 2.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15841, Bl. 140f.; *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 988.

164 Vgl. Polizei Schöneberg, 4.2.1918, LAB, A. Pr.Br.Rep. 030, 15841, Bl. 171.

165 Vgl. *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 450 und 453.

166 Zit. in: *Ziemann*, Der Aprilstreik 1917, S. 456.

167 Zit. nach: *Schönhoven*, Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution, S. 415.

168 Protokoll der Vorstandskonferenz vom 1.2.1918, in: ebd., S. 414–437, hier: S. 415. Die Darstellung von *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 453f., übergeht die in dieser Sitzung geäußerten Positionen und wirft den Verbandsvorständen fälschlich vor, sie hätten in

Danach entwickelte sich eine intensive und durchaus differenzierte Diskussion. Auffallend daran ist, dass nur zwei Teilnehmer eine scharfe Kritik am von der Generalkommission eingeschlagenen Kurs vorbrachten. Vonseiten des rechten, extrem bürgerfriedlichen Flügels war es nur der DMV-Vorsitzende Alexander Schlicke, der kritisierte, dass die Generalkommission den Streik nicht sofort verurteilt hatte. Schlicke konstatierte durchaus zu Recht eine »syndikalistische Tendenz« bei den Urhebern des Streiks und sah einen nicht mehr gutzumachenden »Schaden« darin, dass eine weitere innenpolitische Annäherung der SPD an die Regierung mit dem Streik verhindert werde. Doch Schlicke stand mit dieser Haltung allein auf weiter Flur. Carl Giebel, der Vorsitzende des Verbands der Büroangestellten, widersprach ihm entschieden mit dem Argument, dass eine Ablehnung des Streiks nur den »Spartakussen« in die Hände gearbeitet hätte. Giebel gab zudem zu bedenken, dass radikale Forderungen in der Arbeiterschaft nur eine begrenzte Resonanz hätten und »unser Ansehen in der Masse durchaus nicht so gelitten hat, wie es vielfach geglaubt wird«. Als Beleg dafür konnte er darauf verweisen, dass Ledebours Forderung in der Delegiertenversammlung am 28. Januar, keine SPD-Vertreter in den Aktionsausschuss aufzunehmen, mit großer Mehrheit abgelehnt worden war.¹⁶⁹

Vonseiten der Linken war es nur Paul Lange, Vorstandsmitglied des Zentralverbands der Handlungsgehilfen und Redakteur von dessen Zeitschrift, der den Neutralitätsbeschluss zum Anlass für eine neuerliche Generalabrechnung mit der Bürgerfriedenspolitik der Gewerkschaften nutzte und dies mit scharfen Vorwürfen gegen die Generalkommission und insbesondere deren Vorsitzenden Carl Legien verband. Lange – zugleich USPD-Mitglied – legte ein Schreiben seines Verbandsvorstands vor, das den Rücktritt der Mitglieder der Generalkommission sowie deren Neuwahl und Ersetzung durch Gewerkschafter forderte, welche die »Massenstreiks zu einem siegreichen Ende« bringen wollten. Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme – die von Lange selbst – abgelehnt.¹⁷⁰

Zwei weitere USPD-Mitglieder in der Generalkommission äußerten sich sehr viel differenzierter. Hermann Jäckel, USPD-Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Textilarbeiterverbands, erklärte die von der Generalkommission bezogene Neutralitätsposition ausdrücklich »für richtig«, weil er – durchaus zutreffend – erkannte, dass dies eine »Abkehr« von der bisher bei Massenstreiks eingenommenen Haltung war. Zugleich forderte er, eine »wohlwollende Neutralität« zu praktizieren, bei der das Verhalten der Arbeiterschaft »Verständnis« finde, die Haltung von Regierung und Militärs hingegen scharf kritisiert werde. Der USPD-Reichstagsabgeordnete Josef Simon, der den Schuhmacherverband vertrat, kritisierte an dem Entwurf einer Resolution vor allem, dass die Friedensfrage dort ausgeklammert sei. Er vermisste eine Verurteilung der radikalnationalistischen Annexionisten und ihrer auf eine Verhinderung eines baldigen Friedens zielenden Politik. Von bürgerfriedlichen Vertretern der Mehrheits-SPD in der Generalkommission wie Robert Schmidt unterschied sich Simon dadurch, dass er dem öffentlich beteuerten Friedenswillen der Reichsleitung keine Glaubwürdigkeit zumaß. Die schließlich mit

dem Streik nicht mehr als eine »Demonstration« gesehen, obwohl genau dies auch die Position der USPD und – zumindest zu Beginn des Streiks – der Revolutionären Obleute gewesen war.

169 *Schönhoven*, Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution, S. 421 f.

170 Vgl. ebd., S. 418 f. und 427, Zitat: S. 418.

zwei Gegenstimmen – vermutlich jene von Schlicke und Lange – verabschiedete und umgehend veröffentlichte Resolution kam den Forderungen von Jäckel und Simon sehr weit entgegen. Gleich eingangs machte sie die Regierung »verantwortlich« für die Streiks, da sie berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in der Ernährungsfrage, der Handhabung des Versammlungsrechts und der Wahlrechtsfrage nicht entgegengekommen sei. Besondere Erwähnung fand die Friedensfrage, in der es die Regierung unterlassen habe, der Vaterlandspartei eine »unzweideutige Absage« zu erteilen. Schließlich erhob die Resolution »schärfsten Protest« gegen die von den Militärbehörden zur Niederschlagung des Streiks ergriffenen »Gewaltmaßnahmen«. ¹⁷¹

Während in der Beratung der Generalkommission Meinungsverschiedenheiten in der Bewertung des Streiks hervortraten, herrschte in der Spitze der Mehrheitssozialdemokratie große Einmütigkeit darüber, wie die Partei reagieren sollte. Am 30. Januar nahm der Parteiausschuss einstimmig eine Resolution an, die den Streik als den »Ausbruch« einer durch Ernährungsschwierigkeiten, Verhinderung der preußischen Wahlreform und den Annexionismus der Vaterlandspartei entstandenen »Volksstimmung« erklärte und damit implizit auch rechtfertigte. Ziel des Eintritts der mehrheitssozialdemokratischen Vertreter in die Berliner Streikleitung müsse es aber sein, »die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen«. Die Resolution warf der Regierung vor, unter »kleinlichformalistischen Vorwänden« Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden abgelehnt und »mit erbitternden Unterdrückungsmaßregeln« gegen die Streikenden vorgegangen zu sein. Die Resolution richtete fünf Forderungen an die Reichsregierung. Sie stellte dabei die Forderung nach einer besseren Erfassung der Nahrungsmittel an die erste Stelle, verlangte aber des Weiteren – ebenso wie die Resolution der Berliner Fabrikdelegierten – die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, die Aufhebung des Belagerungszustands sowie Presse- und Versammlungsfreiheit und ein Ende der Militarisierung von Betrieben. Abgesehen von der unterschiedlichen Reihung der Forderungen, die das weniger kontroverse Thema der Nahrungsmittelversorgung nach vorn rückte, unterschied sich dieser Katalog nur in zwei wichtigen Punkten von dem der Fabrikdelegierten: Die Forderung nach der Freilassung wegen politischer Handlungen verhafteter Personen erhob die SPD nicht. Und in dem für die Streikenden wichtigsten Punkt forderte der Parteiausschuss »einen allgemeinen Frieden ohne offene und verschleierte Annexionen und Kontributionen« auf der Grundlage des demokratisch zu bestimmenden »Selbstbestimmungsrechts der Völker«. ¹⁷² Das war eine dehnbare Formel, ganz anders als der direkte Bezug der Fabrikdelegierten auf die Vorschläge der russischen Delegation in Brest-Litowsk und ihre Forderung nach der Beteiligung von Arbeitervertretern an den Verhandlungen, die das etablierte Muster der als staatliche Geheimsache betriebenen Diplomatie aufsprengte.

171 Vgl. ebd., S. 423 und 432–437, Zitate: S. 423 und 436. Bezeichnend ist, dass das preußische Kriegsministerium den Abdruck dieser Resolution in der Presse untersagte, vgl. ebd., S. 437. *Steinke*, *Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914 bis 1924*, S. 316f., betont zu Recht die »positive Grundhaltung« der Freien Gewerkschaften gegenüber der Streikbewegung im Januar 1918.

172 *Matthias/Pikart*, *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. II, S. 370f.

Die Spitzen der Mehrheitssozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften hatten damit klare Richtlinien dafür aufgestellt, wie die Partei und die Verbände auf den Streik reagieren sollten. Allerdings erfolgte diese Klarstellung erst zu einem Zeitpunkt, als die Streikbewegung in den meisten deutschen Städten bereits ihren Höhepunkt erreicht hatte, in anderen schon abgebrochen worden war. Damit gab es für die lokalen Funktionäre von SPD und Freien Gewerkschaften die Möglichkeit, auf eigene Initiative hin tätig zu werden und die Entwicklung des Streiks vor Ort zu steuern. Analysiert man das Streikgeschehen aus dieser Perspektive, dann wird rasch erkennbar, dass es in einer Reihe von wichtigen Zentren der Streikbewegung außerhalb Berlins zu einem gemeinsamen Vorgehen von USPD, SPD und Freien Gewerkschaften kam.

Ein wichtiges Beispiel dafür, Nürnberg, wurde bereits kurz erwähnt. Die örtlichen USPD-Vertreter waren hier offenkundig von der Resonanz auf den Streikaufruf überrascht und zugleich ohne klare Vorstellung davon, in welche Richtung sie die Bewegung lenken sollten. Am Morgen des 28. Januar kamen drei Demonstrationzüge streikender Arbeiter auf dem Egidienplatz zusammen. Vor einer etwa 4.000 Köpfe zählenden Menschenmenge hielt dort Johann Baier, der Kassenwart der USPD-Ortsgruppe, eine kurze Ansprache. »Wie er gehört habe« – so die sehr unverbindliche Einführung – »solle dies eine Demonstration für den Frieden sein.« Baier empfahl Ruhe und ließ sich als Leiter des Streiks akklamieren. Am Nachmittag fand er sich mit weiteren USPD-Vertretern im Rathaus ein, um sich eine für den nächsten Tag geplante Großkundgebung genehmigen zu lassen. Kurz darauf fand eine weitere Kundgebung statt, zu der aber nur rund 7.000 der etwa 26.000 Streikenden erschienen. Baier sprach wiederum nur kurz, dankte den Behörden für ihr Entgegenkommen und tröstete die Menge auf eine »Parole« für den Streik, die noch eintreffen werde. Baier hatte gegen Mittag Hugo Haase telegrafisch darum gebeten, einen USPD-Reichstagsabgeordneten nach Nürnberg zu schicken, der diese Parole vorgeben solle. Offenkundig war die Nürnberger USPD weder in der Lage, den Streikenden eine genaue Marschroute und Ziele zu nennen, noch dazu fähig, eine Mehrheit der Streikenden auf die Straßen zu bringen.¹⁷³

Die örtlichen Vertreter von SPD und Freien Gewerkschaften hatten am ersten Streiktag zunächst abgewartet. Als deutlich wurde, dass die USPD ebenso unentschlossen wie planlos agierte, suchten Vertreter der Mehrheitspartei am Abend das USPD-Vereinslokal auf und schlugen ein gemeinsames Vorgehen vor. Man beschloss, im Namen von USPD, SPD und Freien Gewerkschaften ein Flugblatt mit Forderungen zu drucken und den Streik am Abend des folgenden Tags, dem 29. Januar, zu beenden. Die sieben Punkte des Forderungskatalogs kombinierten Positionen beider Parteien. In der Friedensfrage blieb es beim Verlangen nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen – die Positionen der Bolschewiki wurden nicht erwähnt. Dafür gab es die Forderung nach Freilassung der aufgrund des Belagerungszustands Verhafteten, unter namentlicher Nennung von Karl Liebknecht. Die Forderung nach sofortiger Einberufung des Reichstags konnten beide Parteien unterschreiben, während die Forderung nach der Einführung des Achtstundentags auf die Gewerkschaften zurückging. Am Vormittag des 29. Januar fanden Massen-

173 Vgl. Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, S. 236–246, Zitate: S. 242 und 245.

versammlungen statt, an denen sich rund 20.000 Menschen beteiligten, etwa die Hälfte der nun 42.000 Streikenden, auf denen Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien sprachen. Adolf Braun, der erst im Verlauf des ersten Streiktags in Nürnberg eingetroffen war, konnte den Verlauf des Streiks als Beleg für die »Einheit« der Nürnberger Arbeiterschaft feiern und zugleich »aufs freudigste« – wie er in einem Brief an Karl Kautsky formulierte – als einen Erfolg für die Mehrheitssozialdemokratie reklamieren.¹⁷⁴ Denn erst deren Eintritt in die Streikleitung hatte zur Formulierung einer klaren Liste von Forderungen geführt sowie zugleich die Beteiligung der Arbeiterschaft am Streik selbst und an der Massenversammlung in der Nürnberger Innenstadt erheblich vergrößert.

Auch in Hamburg und Kiel entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen USPD, SPD und Freien Gewerkschaften, welche die Leitung des Streiks gemeinsam in die Hand nahmen. In Kiel geschah dies bereits am ersten Streiktag, dem 26. Januar, an dem Vertreter der SPD in die Streikleitung eintraten. In Hamburg wiegelten die örtlichen Vertreter der freigewerkschaftlichen Verbände zunächst noch ab und erklärten ratsuchenden Betriebsdelegationen, dass die Gewerkschaften an dem Streik nicht beteiligt seien. Bereits am zweiten Streiktag, dem 29. Januar, fassten die Ortsvorstände von SPD und Gewerkschaftskartell aber den Beschluss, ihre Organisationen in den Dienst der Streikbewegung zu stellen. Maßgebend dafür war die Überlegung, dass man allen Kredit bei der Arbeiterschaft verspielen würde, wenn man sich von der Streikbewegung komplett fernhalte. So aber gelang es der SPD, maßgeblichen Einfluss auf den Fortgang der Streikbewegung zu gewinnen. Als ein Polizeibeamter in der von 10.000 Personen besuchten Streikversammlung am 30. Januar eine Diskussion untersagte, gab es zunächst heftige Proteste. Doch Otto Stolten, der 1901 als erster Sozialdemokrat in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt worden war und die Partei auch im Reichstag vertrat, gelang es im Handumdrehen, die versammelte Menge zu beruhigen. Die örtliche USPD begrüßte den Eintritt der Hamburger Mehrheitssozialdemokraten in die Streikleitung ausdrücklich. Dies war zum einen der Tatsache geschuldet, dass die sehr kleine USPD-Ortsgruppe mit der Organisation einer Massenbewegung deutlich überfordert war. Zum anderen wurde deutlich, dass in diesem Moment die Differenzen, die zur Spaltung der Partei geführt hatten, gerade im Bewusstsein der Arbeiterschaft zurücktraten. Hinzu kam, wie zumindest aus Kiel berichtet wurde, dass die Vertreter der USPD den Streik – wie von vornherein geplant – nur als eine befristete Demonstration verstanden – und »ihr größtes Bestreben« darin sahen, »die Massen wieder zur Ruhe und zur Arbeit zu bringen«.¹⁷⁵

In Mannheim begann der Streik erst am 30. Januar, und zwar mit einer paritätisch von SPD und USPD besetzten Leitung in einem zwölfköpfigen engeren Ausschuss. In Versammlungen mit Rednern beider Parteien nannten diese das Verhalten der Regierung in der Friedensfrage und die Agitation der Vaterlandspartei als wichtigste Anlässe für den Streik. Der veröffentlichte Forderungskatalog kombinierte wiederum Positionen beider Parteien. In der Friedensfrage blieb es bei der Forderung, gemäß den Vorstellungen der Sozialistischen Internationale zu handeln.

174 Vgl. ebd., S. 246–250, Zitate: S. 249f.

175 Vgl. Ullrich, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution, S. 151–155, Zitat: S. 154.

Einen Hinweis auf die Positionen der russischen Delegation um Trotzki gab es nicht, aber es wurde die Hinzuziehung von Arbeitervertretern zu den Verhandlungen gefordert. Auch in Mannheim verlangten die Streikenden die Freilassung von politischen Gefangenen sowie ganz ausdrücklich die Einführung des Frauenwahlrechts. Am 4. Februar billigten die Streikenden mit großer Mehrheit den Antrag des SPD-Reichstagsabgeordneten Oskar Geck zur Wiederaufnahme der Arbeit. In einer Debatte im badischen Landtag hoben Redner von SPD und USPD die guten Gründe der Streikenden für den Arbeitskampf hervor und wandten sich gegen das repressive Vorgehen der Berliner Militärbehörden. Vertreter der SPD betonten den rein demonstrativen Charakter des Streiks, während Adolf Geck für die USPD die andauernde Betonung der Vaterlandsverteidigung durch die Mehrheitssozialdemokraten kritisierte und seine qualifizierte Zustimmung zur Politik der Bolschewiki kundgab.¹⁷⁶

Auch in Kassel begann der Streik erst am 30. Januar. Die Initiative ging hier von den Arbeitern einer im Kasseler Vorort Ihringshausen gelegenen optischen Fabrik aus, vor allem von den dort beschäftigten Drehern, unter denen es zahlreiche USPD-Anhänger gab. Die Arbeiter aus Ihringshausen zogen nach Kassel, wo die Menge weiter anwuchs. In einem Lokal wurde eine Streikleitung gewählt, zu der neben dem SPD-Reichstagsabgeordneten Georg Thöne auch ein Dreher namens Schang gehörte, der Vorsitzende der USPD-Ortsgruppe. Am 31. Januar fand eine von der Kasseler Polizei genehmigte Kundgebung mit etwa 4.000 Teilnehmern statt. Der Mehrheitssozialdemokrat und Vorsitzende des örtlichen Gewerkschaftskartells Albert Grzesinski – er bekleidete später in der Weimarer Republik in Preußen und im Reich für die SPD Ministerämter – leitete das Treffen. Grzesinski rief den »herrschenden Klassen« in seiner Rede zu: »Lernt, ihr seid gewarnt!« Er betonte, dass beide sozialdemokratische Parteien die Führung des Streiks übernommen hatten, rief dann allerdings zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der aus acht Punkten bestehende Forderungskatalog, den Grzesinski verlas, lehnte sich eng an die Forderungen der Berliner Arbeiterdelegierten an und bezog sich so auch auf die Forderungen der russischen Delegation in Brest-Litowsk zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.¹⁷⁷

In Köln wich der Verlauf des Streiks von dem der bisher behandelten Städte ab, weil die USPD, die hier gerade einmal 100 Mitglieder zählte, zu schwach war, um den Arbeitskampf in eigener Regie durchzuführen. Zudem wurden am 30. Januar zwei Vertrauensleute der Kölner USPD verhaftet, da sie das Flugblatt der Reichstagsfraktion ihrer Partei verteilt hatten. Weitergehende Vorbereitungen vonseiten

176 Vgl. *Klaus-Peter Müller*, Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimationsverlust des badi-schen Staates 1914–1918, Stuttgart 1988, S. 471–476; *Kurt Hochstuhl*, »Frieden nach Außen, Freiheit im Innern«. Der Metallarbeiterstreik im Februar 1918 in Mannheim, in: *Frank Engen-hausen/Reinhold Weber* (Hrsg.), Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie, Stuttgart 2018, S. 83–100.

177 Vgl. Bericht des Regierungspräsidenten von Kassel, 1.2.1918, in: *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1036–1038, Zitat: S. 1038; *Thomas Albrecht*, Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 68–70. In seinen Erinnerungen sparte Grzesinski diese Episode geflissentlich aus. Vgl. *Albert Grzesinski*, Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, hrsg. von *Eberhard Kolb*, München 2001, S. 80.

der USPD gab es nicht. Die örtliche Mehrheitssozialdemokratie ließ dagegen bereits im Vorfeld des Streiks zunehmend radikale Äußerungen vernehmen. Sie fühlte sich dadurch ermutigt, dass nach den Kommunalwahlen zum Jahresende 1917 auch drei Sozialdemokraten als Abgeordnete im Stadtrat vertreten waren. Bereits Anfang Januar verlangten sie in einem Antrag die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Kommunalwahlen. Bei der Begründung dieses Antrags unterstützte Wilhelm Sollmann den »bewundernswerten politischen Streik der österreichischen Arbeiterklasse« und drohte damit, dass auch in Deutschland die »Massen« in dieser Form »in Aktion treten« könnten. Auch das örtliche Parteiblatt, die »Rheinische Zeitung«, rechtfertigte in mehreren Artikeln Ende Januar den nun bevorstehenden Streik. Konkrete Schritte zur Vorbereitung des Streiks unternahm die Kölner SPD allerdings ebenfalls nicht. Als der Streik dann am 31. Januar begann, beteiligten sich Arbeiter in insgesamt 23 Betrieben der metallverarbeitenden Industrie, von denen aber nur zwei vollständig bestreikt wurden. In den meisten dieser Betriebe waren nur Mitglieder und Obleute der Freien Gewerkschaften im Streik; in den Christlichen Gewerkschaften organisierte Arbeiter blieben ihm fern. Erst auf Drängen einer Gruppe von Streikenden organisierte die SPD am Nachmittag des 31. Januar eine von rund 300 Arbeitern besuchte Vertrauensleuteversammlung, die fünf an den Katalog der SPD angelehnte Forderungen beschloss. Immerhin waren Regierungspräsident Karl von Starck und Oberbürgermeister Konrad Adenauer bereit, die Mitglieder eines siebenköpfigen Streikausschusses zu empfangen, dem auch zwei Unabhängige angehörten. In einer Versammlung am folgenden Tag, dem 1. Februar, beschlossen die Vertrauensleute die Wiederaufnahme der Arbeit. Auch hier erschien nochmals der Regierungspräsident, der bereits am Tag zuvor seine Sympathie für die Forderungen der Arbeiter ausgedrückt hatte.¹⁷⁸

In Elbing und in Danzig stellten sich örtliche Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie an die Spitze der Streikbewegung, nachdem der Arbeitskampf begonnen hatte. In Elbing stand der Gewerkschaftssekretär – er leitete den Ortsverband der Zimmerer – und SPD-Stadtverordnete Konrad Finsel an der Spitze einer Streikdelegation, die ihre Forderungen auf dem Rathaus vorbrachte. Auch in Danzig stand die Verteilung des Flugblatts der USPD-Reichstagsfraktion am Beginn des Streiks. Ein Werftarbeiter und USPD-Mitglied wurde bereits in der Woche vor dem Streikbeginn in Berlin wegen der Verteilung von Flugblättern in Haft genommen. Die Forderung der Werftarbeiter nach seiner Entlassung scheint dort der eigentliche Auslöser des Streiks gewesen zu sein. An der Spitze einer Delegation von fünf Arbeitern der Kaiserlichen Werft – drei Unabhängige und zwei von der Mehrheit –, die den Standpunkt der Streikenden beim Regierungspräsidenten vertrat, stand dann allerdings ein Gewerkschaftssekretär und Redakteur der »Danziger Volksstimme«.¹⁷⁹

178 Vgl. Faust, Sozialer Burgfrieden im Ersten Weltkrieg, S. 125–133, Zitate: S. 126.

179 Vgl. Zeitungsbericht des Regierungspräsidenten in Danzig, 1.5.1918, in: Stern, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1328–1330; Telegramm Erster Staatsanwalt Danzig an den preuß. Justizminister, 30.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 36; Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973, S. 389. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der Kaiserlichen Werft in Danzig äußerte allerdings gegenüber der Werftleitung seine strikte Ablehnung des Streiks. Vgl. Stavorinus, Die Geschichte der Königlichen/Kaiserlichen Werft Danzig, S. 435–438.

In Magdeburg veröffentlichte der Bezirksvorstand der SPD am 28. Januar zunächst eine Erklärung, in der er jede Verantwortung für den Streik und seine Folgen ablehnte. Der Streik begann dort am 29. Januar. Er hatte in den Großbetrieben der Metallindustrie und im Maschinenbau, vor allem in den Krupp-Werken, in denen allein 11.000 Beschäftigte streikten, seinen Schwerpunkt. Die Vertrauensleute aus den bestreikten Betrieben versammelten sich am Nachmittag des 29. Januar und machten sich einstimmig die Forderungen der Berliner Arbeiterdelegierten zu eigen. Bei nur wenigen Gegenstimmen verurteilten sie die genannte Erklärung des SPD-Bezirksvorstands. Zugleich beschloss diese Versammlung, dass am 31. Januar die Arbeit wieder aufgenommen werden solle. Die Ortsvorstände von SPD und Gewerkschaftskartell entschlossen sich daraufhin, die Streikenden öffentlich zu unterstützen, und formulierten am 30. Januar zusammen mit der USPD-Ortsgruppe einen entsprechenden Aufruf. Dieser sprach die Erwartung aus, dass die Bewegung auch nach dem Ende des Streiks fortgesetzt werde, und betonte ausdrücklich, dass die »Einmütigkeit mächtiger Gegner« es erforderlich mache, dass die drei Organisationen alles »Trennende« zurückstellten. In einer Vertrauensmännerversammlung am 31. Januar forderten einige Mitglieder der USPD, den Streik nach einer kurzen Pause fortzusetzen, falls die Berliner Forderungen nicht erfüllt würden. Dem widersprach Alwin Brandes, der örtliche Geschäftsführer des DMV und Reichstagsabgeordnete, der erst Ende 1917 zur USPD übergetreten war. Er vertrat die Auffassung, dass es keineswegs einer Selbstaufgabe der Bewegung gleichkomme, wenn man jetzt zunächst die Arbeit wieder aufnähme. Es war maßgeblich seiner Intervention zu verdanken, dass die Forderung nach einer Fortsetzung des Streiks abgelehnt und am 1. Februar die Arbeit überall in Magdeburg wieder aufgenommen wurde.¹⁸⁰

Zu einer Zusammenarbeit von SPD und USPD kam es schließlich auch in kleineren Städten. Ein Beispiel dafür ist die Gemeinde Döhlen bei Dresden, seit 1921 Teil der Stadt Freital. Dort waren am 31. Januar, auf dem Höhepunkt des Streiks, von den etwa 4.000 Beschäftigten der Gussstahlfabrik rund 900 im Streik. Die Initiatoren des Streiks waren Mitglieder der USPD. Doch in Belegschaftsversammlungen setzten die streikenden Arbeiter durch, dass auch örtliche Vertreter der SPD paritätisch in die Streikleitung berufen wurden. Örtliche Funktionäre des DMV hielten sich vom Streikgeschehen gänzlich fern.¹⁸¹

Die Darstellung in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Deutschland im Ersten Weltkrieg, S. 164, ist unzutreffend. Danach aber auch *Bieber*, Gewerkschaften in Krieg und Revolution, S. 452.

180 Vgl. *Siegfried Mielke/Stefan Heinz*, Alwin Brandes (1866–1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer, Berlin 2019, S. 68–71; vgl. o. A., »Scheu vor Arbeitern«, in: Volksstimme (Magdeburg), 31.1.1918 (Zitate).

181 Vgl. *Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke*, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 47. Zur Zahl der Streikenden: Telegramm an das Reichsministerium des Innern, 31.1.1918, BArch, R 1501/112255, Bl. 60; *Stern*, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, S. 1021.

Ausblick auf Teil 2

Der zweite Teil dieses Aufsatzes wird die staatlichen Repressionsmaßnahmen, das Sozialprofil der Streikenden, die Reaktionen auf den Streik unter den Soldaten an der Front, im Besatzungsheer und in der Kriegsmarine behandeln sowie die These diskutieren, der Streik sei eine »Generalprobe der Novemberrevolution« gewesen. Daneben erörtert er die zeitgenössische Bewertung des Streiks in SPD und USPD. Am Ende des Aufsatzes stehen einige Schlussfolgerungen.